

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

29 JUN 1983

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

München, Juni 1983

Einzelpreis 4,- DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E

6/83

Aus dem Inhalt:

Nicht dem Rechtskurs anpassen – aktiven Widerstand leisten!	2
Der Tragödie vierter Teil – Beschlüsse zur Operation '84	
Von Prof. Dr. jur. Bernd Klees	4
Mit angezogener Handbremse kann nichts erreicht werden	7
Memorandum '83: Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenkurs	10
Jugend der IG Metall fordert: Frieden und Arbeit für alle	11
14. DPG-Bundesjugendkonferenz gegen Pershing II und Berufsverbote	12

NACHRICHTEN-Dokumentation

1. Mai 1983: Auszüge aus Reden bekannter Gewerkschafter	
DGB-Stellungnahme zur Regierungserklärung	
IGM-Arbeitsprogramm für die 35-Stunden-Woche	
Beschlüsse der Gewerkschaft Kunst und der DPG-Jugend	13–22

Gewerkschaft Kunst stellt Weichen für Mitgliederorganisation	23
Gegen Mittelstreckenraketen „wird Widerstand zur Pflicht“ Interview mit Ingo Lehmann, Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck und Papier	24
CDU-Parteitag steuert Rechtskurs	
Verhöhnung junger Arbeitsloser	28
Neue Belastungen für Kranke: Soziale Sicherung ist passé	30
Frankreich in unruhigen Zeiten: Die Gewerkschaften sind gefordert	33

Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg, die Regierungserklärung Helmut Kohls und der CDU-Parteitag haben mehr als deutlich gemacht, daß die NATO und die ihr ergebene Bundesregierung auf Biegen und Brechen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles in unserem Land und Europa durchziehen wollen. In Gent führen die USA nur noch Scheinverhandlungen. Werden diese Waffen aber bei uns stationiert, so dürfte ein neuer Rüstungswettlauf unvermeidlich sein. Die Kriegsgefahr würde wachsen.

Ist es angesichts des Ausverkaufs der nationalen Interessen der Bundesrepublik nicht gerechtfertigt, wenn die Friedensbewegung darauf mit politischen Aktionen, Arbeitsniederlegungen bis hin zum Generalstreik antworten will? Immer stärker greift auch in den Gewerkschaften diese Erkenntnis Platz. Die Frage Krieg oder Frieden wird letztlich in den Betrieben entschieden. In den zahlreichen Beschlüssen von gewerkschaftlichen Gremien der letzten Wochen und Monate, von der Gewerkschaft Kunst bis zur Jugendkonferenz der IG Metall, wird daher gegen die wahnsinnige Raketenstationierung und den mit ihr einhergehenden rigorosen Sozialabbau auch der politische Streik, notfalls der Generalstreik, in Betracht gezogen. Man beruft sich dabei auf das Widerstandsrecht nach Artikel 20 GG. Wen wundert es da, wenn Unternehmersprachrohre wie FAZ und Handelsblatt, getretenen Hunden gleich, laut zu bellen beginnen. Indirekt fordert die FAZ in ihrem Leitartikel vom 20. Mai den DGB-Bundesvorstand auf, gegenzusteuern. Offiziell schwieg der DGB. Und in der Tat hat er bisher mehr mit Generalstreiks in Polen sympathisiert. Die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Fehrenbach

Gegen Raketen Generalstreik völlig legitim

und Brusis, und auch der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Rappe, verwiesen darauf, daß politische Streiks gegen demokratische Entscheidungen nicht legitim seien. Artikel 20 GG gelte nur im Falle der Gefährdung der Demokratie. Sie müssen sich schon fragen lassen, ob eine demokratische Grundordnung nicht auch durch Atomraketen zerstört werden kann? Gehören die Menschen nicht zu ihr? Nicht zuletzt der 30. Januar und 2. Mai 1933 sollten mahnen.

Ein von vielen Gewerkschaftern gewollter Massenprotest fällt nicht vom Himmel. Es wird in den Betrieben und der gewerkschaftlichen Basis ausdauernder Bemühungen bedürfen, ihn zu organisieren. Der bevorstehende Antikriegstag, die Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis 20. Oktober, der „Tag der Betriebe“ am 19. Oktober, sind Daten, an denen den Rüstungsbefürwortern spürbar demonstriert werden kann, was die arbeitende Bevölkerung von deren Rüstungsgelüsten, den Raketenprofiteuren zu Lasten des sozialen Lebensstandards, hält. Das Geschrei der Ewiggestrigen, Konservativen und aller Rechten gegen die Generalstreikforderung beweist, daß es notwendig ist, sie fortzuführen. beka

Nicht dem Rechtskurs anpassen – aktiven Widerstand leisten!

Gegenwärtig hat ein konzertierter Generalangriff auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung und die Existenz ihrer Organisationen begonnen, wie ihn die Bundesrepublik in ihrer Geschichte noch nie erlebte. Die vom Großkapital gelenkten Unternehmerverbände, Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wollen gemeinsam – im Gefolge der Rechtswende – den Lebensstandard der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung radikal senken, nahezu alle durchgesetzten Errungenschaften abbauen und mit der Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr verschärfen.

Einzelheiten über die weiteren sozialen Demontagen sind in mehreren Beiträgen dieser Ausgabe dargelegt und sind auch aus der Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes (siehe Einhefter) zur Regierungserklärung zu entnehmen. Aus all diesen Plänen kristallisieren sich folgende Schwerpunkte heraus:

- Drastische Senkung des Lohn- und Gehaltsniveaus, der Ausbildungsvergütungen, Arbeitslosengelder, Sozialhilfe und auch der Renten und Pensionen. Neben dem Abbau gesetzlicher Leistungen wollen die Unternehmer auch tarifliche Leistungen reduzieren bzw. Betriebsvereinbarungen einseitig aufkündigen und künftig auf Sozialpläne weitgehend verzichten.

- Weiterer Abbau im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung, z. B. Abbau des Mutterschaftsgeldes und noch mehr Selbstbeteiligung im Krankheitsfalle.

- Weitere Einschränkung der im Grundgesetz garantierten Rechte und Freiheiten, z. B. des Demonstrationsrechtes, sowie der Versuch, mit Hilfe der Justiz den gewerkschaftlichen Widerstand zu kriminalisieren.

- Beginn der Stationierung von atomaren Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern und damit weiterer Gefährdung des Friedens und Hochschnellen der Rüstungsausgaben

Gegen diese Wende von rechts haben sich bisher die Spitzen von DGB und Einzelgewerkschaften unterschiedlich geäußert. Im Grunde werden zwei Tendenzen sichtbar, die – vereinfacht ausgedrückt – sich einerseits in Anpassung an die Bonner Rechtskoalition und andererseits im aktiven gewerkschaftlichen Widerstand zeigen.

Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner schon erwähnten Stellungnahme zur Regierungserklärung vom 4. Mai, die 13 Punkte umfaßt, zwar viele kritische Einwände gegen das sozialreaktionäre Regierungsprogramm dargelegt, jedoch nicht einmal im Ansatz zum Widerstand gegen diese Politik aufgerufen. Dafür bedauert der DGB-Bundesvorstand, daß

die Regierung Kohl Genscher nicht dem „Angebot“ des DGB gefolgt sei, „die Arbeitslosigkeit sowie ihre finanz- und sozialpolitischen Folgen gemeinsam mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu bewältigen“.

GLOSSE

Was wäre, wenn?

Für alle Bürger müsse wieder gelten: Wer mehr wage und sich mehr plage, der müsse auch Anspruch auf Erfolg und Gewinne haben. So tönte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung. Viele werden sich gefragt haben, wen denn nun unser Herr Bundeskanzler gemeint hat? Meinte er etwa die Arbeitslosen, Kurzarbeiter oder Ausbildungsplatzsuchenden oder diejenigen, die täglich um ihren Arbeitsplatz bangen müssen? Oder meinte er gar die Bau-, Berg- und Stahlarbeiter, die sich nicht nur ein Leben lang plagen, sondern dazu noch ständig das Gesundheits- und Lebensrisiko tragen? Weit gefehlt.

Wenn es nach ihm ginge, würden die kleinen Leute allesamt tüchtig geschmöckelt oder mit billigen Versprechungen abgespeist, die Unternehmergewinne hingegen tüchtig weiterwachsen. Folglich sollen in Kohls „Gesellschaft mit menschlichem Antlitz“ diejenigen, die kaum Existenzrisiken haben und nicht von ihrer eigenen, sondern von fremder Arbeit schon jetzt gut leben, weiter begünstigt werden.

Was wäre aber, wenn nun Kohl beim Wort genommen würde, wenn diejenigen, die sich plagen, an die Spitze der Einkommen kämen, die Playboys und Kuponabschneider aber, also die wahren Berufstaulenzer, mit dem abgefunden würden, was ihrem tatsächlichen Risiko und ihrer wirklichen Plage entspricht? Aber vielleicht ist auch unser Herr Bundeskanzler der Meinung, daß Sozialhilfe für diese zuviel sei. okulus

Dies liegt auf der gleichen Linie wie das Angebot von Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, an Unternehmer und Regierung, eine „gesellschaftliche Verabredung zu treffen“, sowie der Tatsache, daß entgegen der eigenen Forderung an den letzten DGB-Kongreß nach der 35-Stunden-Woche, für 96 Prozent der Beschäftigten der chemischen Industrie die 40-Stunden-Woche bis zum Jahre 1987 tarifvertraglich festgeschrieben wurde.

Gegenüber dem Anpassungs- und Sozialpartnerschaftskurs innerhalb der DGB-Spitze und einiger Einzelgewerkschaften mehren sich die Stimmen, die auf aktiven Widerstand orientieren. Dazu gehören starke Kräfte in zahlreichen Gewerkschaften, wie in der IG Metall, der IG Druck und Papier, den Gewerkschaften Holz und Kunststoff sowie Handel, Banken und Versicherungen. Sie haben schon damit begonnen, den Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich im Jahre 1984 vorzubereiten. Aus diesen Gewerkschaften, wie auch der GEW und der Gewerkschaft Kunst, liegen die meisten Beschlüsse und Anträge vor, die konsequent gegen den NATO-Raketenbeschluß Stellung nehmen und zu betrieblichen Widerstandsaktionen bis hin zum politischen Streik aufrufen und sich für ein gemeinsames Vorgehen mit der Friedensbewegung einsetzen.

Eine Absage allein an den Kurs der Anpassung und Sozialpartnerschaft reicht noch nicht aus. Ob es in der Perspektive gelingen wird, das Unternehmer- und Regierungstabus gegen die 35-Stunden-Woche zu durchbrechen, einen weiteren Reallohnabbau zu verhindern oder die Rücknahme des NATO-Raketenbeschlusses zu erreichen, hängt von der Kampfkraft der Gewerkschafter in den Betrieben und letztlich vom Kampf ab. Dabei werden auch die ökonomischen Kämpfe zunehmend einen politischen Charakter erhalten. Darauf wies der Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, in einem Referat auf der Bezirkskonferenz seiner Gewerkschaft am 28. Mai 1983 in Karlsruhe hin: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist weit mehr als nur ein ökonomischer Kampf, dabei geht es um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Um diese Auseinandersetzung bestehen zu können, ist eine gewerkschaftliche Praxis und ein politisches Bewußtsein nötig, das noch nicht im ausreichenden Maße existent ist.“

Steinkühler leitete daraus ab, daß es jetzt Aufgabe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sei, auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf das Bewußtsein der Mitglieder und Funktionäre entsprechend einzuwirken. Dazu bedürfe es auch „der strategischen Klarheit der Führung und der Kampfbereitschaft der Organisation“.

Werner Petschick

Brauner Spuk

Nicht erst ab Pfingsten dieses Jahres steht das hessische Bad Hersfeld in dem Geruch, Gastgeber alter und neuer Nazis zu sein; denn seit fünf Jahren treffen sich hier ehemalige Angehörige der SS-Standarten Adolf Hitler und Hitlerjugend, gemeinsam mit im Marschtritt folgenden jungen Neonazis. Pläne werden geschmiedet, Geschichte wiederholbar zu machen. So auch in diesem Jahr, beschützt von der Polizei und mit wohlwollender Duldung des CDU-Bürgermeisters Boehmer sowie der Stadtratsfraktionen von CDU und FDP. In Erinnerung an „glorreiche Taten“, die vor 50 Jahren ihren Anfang nahmen, trugen die Ewiggestrigen eine goldene 50 am Rockaufschlag.

Unbestreitbar ist der Weg der SS durch eine Blutspur markiert. Sie ist sichtbar in den Folterhöhlen unseres Landes ebenso wie im tschechischen Lidice, im holländischen Putten, im französischen Oradour, im italienischen Marzobotto sowie in unzähligen Orten der Sowjetunion und Polens. Aufgrund ihrer Verbrechen, die in der Geschichte ohnegleichen sind, wurde die SS in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen vor nunmehr 37 Jahren als verbrecherische Organisation verurteilt. Konsequenzen seitens der Bundesregierungen, ob von CDU oder SPD geführt, blieben jedoch aus.

Es blieb dem DGB, den demokratischen und antifaschistischen Organisationen vorbehalten, vor der uns bedrohenden faschistischen Gefahr zu warnen. So riefen für den Pfingstamstag die DGB-Gewerkschaften sowie 60 weitere Organisationen zu einer Protestkundgebung in Bad Hersfeld auf. Vor den über 8000 Teilnehmern forderte der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richtert, „nicht sprach- und tatenlos das Treiben alter und neuer Nazis hinzunehmen“. Das kritische Erinnerungsjahr 1933 dürfe nicht zum Jubeljahr der Ewiggestrigen werden. Dieser Spuk muß ein für allemal vorbei sein.“ Auch Emil Carlebach, der 12 Jahre die Herrschaft der Nazis im KZ am eigenen Leibe zu spüren bekam, wies mahnend auf einige Symptome hin, die beweisen, daß der Schoß immer noch fruchtbar ist, aus dem das kroch.

Unterstützt wurden die Demonstranten von Schauspielern. Mehrere von ihnen lösten ihre Verträge für die Bad Hersfelder Festspiele. „Als Verfolgter des Naziregimes, der Mutter und sechs Geschwister in Nazi-Gaskammern verloren hat, sehe ich mich außerstande, an den Festspielen teilzunehmen, solange ehemalige SS-Organisationen Gastrecht in der Stadt genießen“, telegrafierte der weltbekannte Regisseur Imo Moszkowicz an Bürgermeister Boehmer, Sprecherin der Schauspieler auf der Bad

Hersfelder Protestkundgebung war Eva Renzi. Weil sie in einem privaten Gespräch erwähnt hatte, daß der Schirmherr der Festspiele, Bundespräsident Carstens, bis zuletzt Mitglied der NSDAP gewesen sei, wurde ihr Vertrag fristlos gelöst. Mit ihr solidarisierten sich zehn Schauspieler der Festspiele, so daß bis Redaktionsschluß ungewiß war, ob einige Premieren überhaupt stattfinden können.

Die Protestaktion des DGB und anderer Organisationen hatte Erfolg. Wie aus Hersfeld zu hören ist, wird es künftig keine Treffen ehemaliger SS-Angehöriger in den Mauern der Stadt geben. Erfreulich ist, daß darüber hinaus immer mehr Menschen die Lehre aus Faschismus und Krieg ziehen. Stellvertretend für die vielen ist der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi zu nennen, der in einer Grußansprache an die Delegierten des Bundeskongresses der VVN Mitte Mai u. a. erklärte: „Es darf für jene, die gemeinsam in den Konzentrationslagern gelitten und gekämpft haben, und es darf für die, die ihren Spuren folgen wollen, heute keine Berührungängste geben.“ G. M.

Flexibilisierung

Um der gewerkschaftlichen Strategie einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich entgegenwirken zu können, haben die Unternehmer ein neues Schlagwort erfunden, die „Flexibilisierung der Arbeitszeit in vielfältiger Form“. Dr. Walter H. Schusser von der Siemens AG, der, wie auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die gewerkschaftliche Forderung nach einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung ablehnte, sprach sich auf der 32. Geschäftsführertagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) für individuell kürzere Vertragsarbeitszeiten, selbstverständlich ohne Lohnausgleich, aus, d. h. für nichts anderes als eine festgeschriebene Kurzarbeit und damit nicht unerhebliche Senkung des Lohnniveaus.

Zahlreiche Beispiele flexibler betrieblicher Arbeitszeitorganisation belegten nach seiner Auffassung die Vorteile für die Unternehmen. Es bestünde die Möglichkeit, die individuelle Arbeitszeit zu verkürzen und zugleich die Betriebszeiten zu verlängern und dadurch das investierte Kapital besser zu nutzen. Dazu seien allerdings neue betriebliche Instrumente des Arbeitskräfteeinsatzes und der Arbeitskräfteplanung erforderlich.

Zwar bringe eine Teilung der Arbeitsplätze – und er schätzt, daß von ihnen zwischen 5 und 40 Prozent teilbar seien – höhere Gemeinkosten. Dies würde aber überkompensiert durch einen deutlichen Rückgang der Fehlzeiten und einen erheblichen Anstieg der Leistung durch deren Verdichtung. H. Sch.

Rechtskoalition und Berufsverbot

Ohne Zweifel hat sich mit der am 6. März in Bonn vollzogenen Etablierung der Rechtskoalition die Gefahr für noch vorhandene Grundrechte verschärft. Keine Rede ist mehr von der Liberalisierung des sogenannten Radikalen-Erlasses, dessen Opfer bereits 4000 kritische Demokraten geworden sind. Bei der Post finden erneut Anhörungen mit dem Ziel statt, vorerst Mitgliedern der DKP ihre Existenzgrundlage zu nehmen. Alle Indizien sprechen dafür, daß Anhänger der Friedensbewegung und engagierte Sozialdemokraten in verstärktem Maße folgen sollen. Die ersten Fälle gibt es schon.

Franz Josef Strauß und die von ihm geführte bayerische Staatsregierung haben auf diesem Feld die Vorreiterrolle übernommen. Nach dem Motto: „Wer nicht kuscht, der fliegt“ trat am 1. Mai eine Verordnung der bayerischen Staatsregierung in Kraft. Diese besagt, daß sich die Beamten in ihren politischen Aktivitäten zurückzuhalten hätten. Zu Recht stellte der Landesverband Bayern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fest, daß aus den Beamten „Marionetten“ gemacht werden sollen. Gegen die „Bekanntmachung zur politischen Betätigung von Beamten und Richtern“ – so nennt sich die Verordnung offiziell – hat die GEW Widerspruch eingelegt und öffentlichkeitswirksame Aktionen angekündigt.

Angesichts dieser Entwicklung, die das Ziel verfolgt, Friedhofsruhe bei der Durchsetzung des NATO-Raketenbeschlusses und einem weiteren sozialen Kahlschlag zu schaffen, kommen mahnende Stimmen aus dem Gewerkschaftsbereich. So erklärte der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richtert anläßlich der Eröffnung des Landesbezirkstages der IG Druck und Papier Mitte Mai in Frankfurt: Man dürfe nicht zulassen, daß Postbeamte wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft aus dem Dienst entfernt werden. „Wenn wir das dulden, dann werden Sozialdemokraten folgen.“ Auch die DPG-Bundesjugendkonferenz forderte in einem Beschluß: „Weg mit Berufsverboten und Gesinnungsschnüffelei.“

In diesen Tagen und Wochen fanden allorts DGB-Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften statt. Viele Lehren wurden gezogen. Sie sollten beherzigt werden. Eine der wichtigsten lautet: dafür einzutreten, daß die Berufsverbotspraxis beseitigt wird und Meinungs- sowie Demonstrationsfreiheit gesichert bleiben. Denn mit Friedhofsruhe begann schon einmal der Weg, dessen Ende uns allen bekannt ist. G. M.

Der Tragödie vierter Teil – Beschlüsse zur Operation '84

Von Prof. Dr. jur. Bernd Klees

Neues Spiel, neues Glück. Doch daß die Bank gewinnt, weiß zwischenzeitlich jedes Kind. Nur die Einsätze sind diesmal höher; sie werden zudem Jahr für Jahr für die arbeitende Bevölkerung steigen. Um das Bild zu wechseln: Nun geht es Schrittlchen für Schrittlchen dichter an das Eingemachte. Doch daß dies überraschend kommt, kann wahrlich niemand behaupten. Der Wähler hat gewählt und bekommt nun den ersten Teil der Rechnung präsentiert. Doch die Schlußrechnung ist noch offen: Wir werden sie alle begleichen oder rechtzeitig den Wirt wechseln müssen. Daß der Aufschwung kommt, ist eine Mär. Wer schon „Licht am Ende des Tunnels“ sah, sollte auch an den Gegenzug denken, der sich hier ankündigt kann.

Immerhin erfolgt die Präsentation des ersten Teils der Rechnung noch moderat. Das gewählte Verfahren richtet sich nach den bisherigen Ülichkeiten. So ist der Grundsatzbeschluss der Bundesregierung über den materiellen Inhalt der gesetzlichen Maßnahmen und die Eckwerte des Haushalts 1984 am 18. Mai 1983 gefaßt worden. Über die Frage einer (weiteren) Verschiebung der am 1. Juli 1984 fälligen Rentenanpassung wird in einer Kabinettsitzung am 1. Juni gesondert entschieden. Abschließend behandelt und verabschiedet werden soll von Seiten der Bundesregierung der Haushaltsentwurf 1984 unter Einschluß des Entwurfes eines Artikelgesetzes über die Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Rentenversicherungsträger sowie über die Verlängerung des Investitionshilfegesetzes (Haushaltsbegleitgesetz 1984) am 29. Juni dieses Jahres. Bei den dann noch erforderlichen Lesungen der Gesetzentwürfe durch das Parlament und deren Verabschiedung nach der Sommerpause werden sicherlich noch kleinere Korrekturen im Detail erfolgen, da die Sparbeschlüsse selbst in den Koalitionsparteien zum Teil umstritten sind, doch werden die Grundlinien der Beschlüsse vom 18. Mai eingehalten werden.

Unsicherheitsfaktor: Arbeitslosigkeit

Welche Grundsatzbeschlüsse sind nun am 18. Mai im einzelnen gefaßt worden? Entsprechend der Regierungserklärung Helmut Kohls vom 4. Mai 1983 sollen die Ausgaben des Bundes gegenüber 1983 nur um etwa 2 Prozent – auf 257,5 Milliarden Mark – ansteigen. Es ist zudem beabsichtigt, die Neuverschuldung 1984 auf 39 Milliarden Mark zu begrenzen. Ob dies eingehalten werden kann oder ein Nachtragshaushalt erforderlich sein wird, wird sich zeigen. Der größte Unsicherheitsfaktor dürfte dabei die

weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit sein. Bei den anstehenden Massenentlassungen im Bereich der Stahlindustrie und der Werften und den verschärften Rationalisierungsmaßnahmen auf allen Gebieten im Gefolge des Einsatzes der „neuen Technologien“ dürfte die Jahresdurchschnittlich für 1984 angenommene Arbeitslosenzahl von 2,5 Millionen zu tief angesetzt sein. Als reales Wirtschaftswachstum werden hingegen 2,5 bis 3 Prozent zugrunde gelegt – eine hohe Vorgabe!

Während für die Unternehmen und die Vermögenden Entlastungen in einer Größenordnung von 3,58 Milliarden Mark festgelegt worden sind, beschloß die von der Rechtskoalition getragene Regierung parallel dazu Kürzungen im Sozialbereich von 5,1 Milliarden Mark, die durch Ressortverhandlungen mit den einzelnen Ministerien um weitere 1,4 Milliarden auf insgesamt 6,5 Milliarden Mark aufgestockt werden sollen. Ein in den Koalitionsvereinbarungen angekündigter Abbau von Subventionen, den das Lambsdorff-Papier noch linear um 5 bis 10 Prozent forderte, verdünnte sich in der Regierungserklärung, verdünnte sich in der Regierungserklärung zur „Überprüfung“ und verflüchtigte sich in den Grundsatzbeschlüssen vollständig. Selbst wenn in den Ressortverhandlungen einzelne Eingriffe vorgenommen werden sollten, so bestätigten die Ausnahmen nur die Regel. Die Umverteilung von arm zu reich schreitet also mit der „Wende“ und der „geistig-moralischen Erneuerung“ fort.

Getreu dem Glaubensbekenntnis der Besitzenden – „Die Opfer (der abhängig Beschäftigten) von heute sind die Investitionen von morgen, und die Investitionen von morgen sind die (angeblichen) Arbeitsplätze von übermorgen (richtiger: die wegrationalisierten Arbeitsplätze)“ – wird klassenspezifisch umverteilt.

Insbesondere aus der zum 1. Juli 1983 wirksamen Mehrwertsteuererhöhung von 13 auf 14 Prozent, die als indirekte

Steuer von der Masse der Bevölkerung aufzubringen ist, werden folgende „Wohltaten“ für die Besitzenden als „Geschenkpaket“ finanziert:

■ Betriebsvermögen bis 200 000 Mark (das ist der Nettowert abzüglich der Betriebsschulden) sollen von der Vermögensteuer befreit werden. Darüber hinaus werden die jetzigen Werte nur mit 75 Prozent angesetzt, bei Seeschiffsvermögen sogar nur zu 50 Prozent. Diese Regelungen sollen aber nicht für die freien Berufe gelten.

■ Für Körperschaften, die nach geltendem Recht 0,7 Prozent zahlen, soll in Zukunft ein Vermögensteuersatz von nur 0,6 Prozent gelten.

■ Die „Schachtelgrenze“ wird von 25 auf 10 Prozent herabgesetzt, was sich auf verbundene Unternehmen auswirkt: Die Beteiligung der Muttergesellschaft an der Tochtergesellschaft wird bei der Vermögensteuer nicht berücksichtigt, wenn sie mindestens 10 Prozent beträgt. Das gleiche soll für die Gewerbesteuer gelten.

Den ohnehin strapazierten Länderkassen wird dies allein jährlich 1,6 Milliarden Mark an Einnahmen entziehen. Aber auch bei den Ertragsteuern sind Entlastungen von rund 2 Milliarden Mark vorgesehen. Das gilt vorwiegend im Abschreibungsbereich, wobei der Stichtag 18. Mai gelten soll:

■ Verkürzung des Abschreibungszeitraums um 20 Prozent für längerlebige Wirtschaftsgüter (mit einer Nutzungsdauer von mindestens 10 Jahren, ausgenommen Gebäude), die nach dem Stichtag angeschafft oder hergestellt werden.

■ Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe (Einheitswert höchstens 50 000 Mark) in Höhe von 10 Prozent für neue bewegliche Anlagegüter. Ausgenommen davon sind Personenwagen, wenn sie nicht im eigenen Betrieb als Taxi-, Miet- oder Fahrschulwagen eingesetzt werden.

■ Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von maximal 40 Prozent für bewegliche Wirtschaftsgüter und 15 bzw. 10 Prozent für unbewegliche Wirtschaftsgüter (zum Beispiel Gebäude) bis zum 31. Dezember 1989. 15 Prozent können die Unternehmer abschreiben, wenn sie das Gebäude zu mehr als zwei Drittel für Forschung und Entwicklung nutzen; bei einem Drittel Nutzung für diesen Zweck soll das Unternehmen künftig 10 Prozent abschreiben können.

■ Des weiteren werden die am Ende des Jahres eigentlich auslaufenden Sonderabschreibungen für Handelsschiffe und die Seefischerei sowie für Luftfahrzeuge bis zum Ende dieses Jahrzehnts verlängert.

■ Die Steuervergünstigung für Modernisierung, Wärmeschutz, Lärmschutz und Energiesparmaßnahmen (Para-

graph 82 a der Einkommensteuer – Durchführungsverordnung), die Mitte dieses Jahres auslaufen sollte, soll für bestimmte Anlagen bis zum 31. Dezember 1987 verlängert werden (insbesondere nachträgliche Anbindung an Fernwärmeversorgung, die zum Beispiel aus der Verbrennung von Müll oder aus der Abwärmeverwertung gespeist wird).

Weitere Entlastungen: Nur für Unternehmer

Außerdem sollen noch weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer eingeführt werden, die jedoch nur Unternehmern zugute kommen (die grundlegende Reform der Lohn- und Einkommensteuer steht weiter aus):

■ Die bisherige Begrenzung des Verlustrücktrages von fünf Millionen Mark wird erstmals für Verluste des Jahres 1983 auf zehn Millionen Mark verdoppelt. Diese Möglichkeit erlaubt Unternehmern verstärkt, aus zurückliegenden Gewinnjahren nachträglich Steuern zu sparen. Die steuerliche Entlastung soll 200 Millionen Mark betragen.

■ Erhöhung des Freibetrages von bisher 60 000 auf 120 000 Mark bei Veräußerung des Betriebes wegen Alter oder Berufsunfähigkeit.

Diese Maßnahmen belasten den Bund mit nicht ganz einer Milliarde Mark. Den Löwenanteil von insgesamt 2,5 Milliarden Mark sollen die Länder übernehmen, wobei von den Gemeinden ein „Zuschuß“ von rund einer halben Milliarde Mark eingeplant ist.

Entlasten wird sich der Bund hingegen mit seinen „Sparmaßnahmen“ zu Lasten der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien mit rund 6,5 Milliarden Mark. Rechnet man noch die vorgesehenen Einsparungen zugunsten der Länder, Gemeinden, Bahn, Post und Sozialversicherungsträger hinzu, so werden insgesamt rund 11,5 Milliarden Mark gestrichen. Allein dieser Kaufkraftausfall wird weitere Konsequenzen haben.

„Sparmaßnahmen“ für Rentner und Arbeitslose

Doch nun zu den „Sparmaßnahmen“ im einzelnen, die einen weiteren Schritt zur Demontage des Sozialstaats darstellen. Allein bei den Arbeitslosen sollen rund zwei Milliarden Mark gekürzt werden:

● „Absenkung“ des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes sowie des Schlechtwettergeldes von bisher 68 auf nunmehr 63 Prozent, wenn die Leistungsempfänger keine Kinder haben. Zudem sollen beim Schlechtwettergeld die Arbeitnehmer den ersten Tag pro Monat selbst übernehmen. Dies bedeutet ei-

nen verdeckten Einstieg in die Karenztage, die bisher noch im Arbeitslosenrecht und bei der Lohnfortzahlung trotz Drängens insbesondere von Graf Lambsdorff vermieden werden konnte.

■ Arbeitslosenhilfeempfänger ohne Kinder müssen einen Abbau von 58 auf 56 Prozent hinnehmen. Jugendliche, die nach erfolgreich absolvierter Berufsausbildung Arbeitslosengeld, bemessen an 75 Prozent des zukünftigen Facharbeiterlohns, erhielten (gleiches gilt etwa für Sozialarbeiter nach dem Berufspraktikum), sollen nunmehr einen „Lohnersatz“ in noch nicht genau festgelegter Höhe bekommen, der sich nach der bisherigen Ausbildungsvergütung richtet. Da hierfür Beiträge abgeführt werden, ist eine im Gespräch befindliche Bemessung nach 75 Prozent des „Lehrlingslohnes“ kaum verfassungsgemäß. Zudem haben sie die oben beschriebene „Absenkung“ zu erwarten.

■ Das Unterhaltsgeld für Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen bzw. das Übergangsgeld für Behinderte wird nochmals erheblich gekürzt. Es soll zukünftig grundsätzlich nicht höher liegen als das Arbeitslosengeld. Damit entfällt der bisher bewußt erzeugte materielle Anreiz, sich an den Maßnahmen der beruflichen Bildung zu beteiligen. Im Zusammenhang mit den schon in der „Operation '83“ beschlossenen Streichungen beim Bafög wird deutlich, daß eine weitere Qualifizierung der Arbeitnehmerschaft trotz gegenläufiger öffentlicher Bekundungen sozialökonomisch nicht mehr erforderlich ist und daher auch nicht mehr gefördert wird. Dies bestätigt die Richtigkeit der These, daß die neuerliche Rationalisierungswelle mehr dequalifizierte als qualifizierte Arbeiter erzeugt und benötigt.

■ Die Lohnprämien, die ein Arbeitgeber für die Einarbeitung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen erhält, sollen von bisher 80 auf 70 Prozent gekürzt werden, wobei der berechnete Personenkreis weiter eingeschränkt wird. Auch die Zuschüsse des Arbeitsamtes etwa für einen Umzug („Mobilitätshilfe“) sollen eingeschränkt werden, obwohl immer stärker „Mobilitätsforderungen“ an die Arbeitslosen gerichtet werden (Stichwort: Zumutbarkeits-Anordnung).

■ Wie die Renten sollen auch Arbeitslosengeld und -hilfe künftig an die niedrigeren Raten der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer angepaßt werden. Die Berechnungsgrundlage soll nunmehr die Einkommensentwicklung des jeweiligen Vorjahres sein.

■ Die Zuschüsse, die die Arbeitsämter bisher noch für sonstige Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (also nicht für Mangelberufe) gezahlt haben, sollen auf „Kann“-Leistungen umgestellt werden.

■ Empfänger von Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeld sollen künftig ihren

Anteil an den Rentenversicherungsbeiträgen selbst bezahlen. Dies entspricht einer Kürzung um 9,25 Prozent. Auch bei der beruflichen Wiedereingliederung von Kranken und Behinderten sowie an den Rentenbeiträgen, die für Behinderte in Werkstätten für Behinderte gezahlt werden, soll gespart werden.

■ Einschränkungen der Vergünstigungen für Schwerbehinderte, Kürzung des Bundeszuschusses für die knappschaftliche Rentenversicherung und die landwirtschaftliche Altershilfe.

■ Einschränkung der Dauer des Mutterschaftsurlaubs auf drei Monate und Kürzung auf monatlich 600 Mark bei gleichzeitiger Ankündigung der Ausdehnung auch auf Hausfrauen ab 1987.

■ Lohnpause für den gesamten öffentlichen Dienst bis 1. April 1985; Herabstufung der Eingangsbesoldung für Akademiker während der Probezeit und der ersten zwei Dienstjahre. Der Zuschuß von einer Mark zur Gemeinschaftsverpflegung im öffentlichen Dienst (Kantinenessen) soll entfallen.

Immer mehr werden Sozialhilfeempfänger

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst werden mit etwa 900 Millionen Mark, die Schwerbehinderten mit rund 100 Millionen Mark, die berufstätigen Mütter mit 320 Millionen Mark und die Knappschaften mit rund 768 Millionen Mark belastet. Der „Rest“ von über einer Milliarde Mark ist von den Rentnern nach Maßgabe der Kabinettsbeschlüsse vom 1. Juni 1983 aufzubringen. Zudem ist beabsichtigt, statt eines weiteren Ausbaus der Forschungen zur „Humanisierung der Arbeit“ den Projektträger aufzulösen und statt dessen die Voraussetzungen für den Bezug von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten zu verschärfen. Bedenkt man, daß etwa ein Drittel der Beschäftigten vor Erreichung der Altersgrenze stirbt, ein Drittel vorher berufs- oder erwerbsunfähig wird und nur ein Drittel aktiv die Altersgrenze erreicht, so kann man bei diesen Maßnahmen nur mit dem Kopf schütteln. Ist das die „geistig-moralische Erneuerung“ und die „Gesellschaft mit dem menschlichen Gesicht“?

Viele Menschen werden durch die beschlossenen und weiter beabsichtigten Maßnahmen zu Sozialhilfeempfängern. Doch anstatt die Leistungen der Sozialhilfe, die entgegen dem gesetzlichen Wortlaut in der Praxis ohnehin am Existenzminimum ausgerichtet sind, entsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten von über 5 Prozent anzupassen, soll zur Entlastung der Länder und Gemeinden der Regelsatz der Sozialhilfe nur um 1,5 Prozent angehoben werden. Zudem plant die Bundesregierung derzeit eine völlige Neuregelung der Sozialhilfe, die weitere Einschnitte bringen wird.

Geheime Schlichtungsverhandlungen im Widerspruch zur Basisaktivität

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, bei Bahn und Post haben die diesjährigen Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt. Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der ÖTV, begründete die Entscheidung ihrer Gewerkschaft: „Die Verhandlungsführer der anderen Seite mit Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) an der Spitze blieben in den bisherigen vier Lohnrunden stur und rückten nicht von ihrem Lohndiktat ab.“ Dieses Lohndiktat sieht die Übernahme einer 2-Prozent-Lohn- und Gehalts-Erhöhung bei vier sogenannten Nullmonaten vor, wie es den Beamten per Gesetz bereits aufgezwungen wurde.

Rund 300 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben sich aus Protest gegen das zweiprozentige Lohndiktat und die rigorosen „Spar“pläne der Bonner Rechtskoalition in den vergangenen Wochen an Demonstrations- und Warnstreiks beteiligt. Losungen und Transparente wie „Zwei Prozent, das ist ein Lohn – wir brauchen fünf Prozent mehr Lohn!“ oder „Wir brauchen fünf Prozent mehr Moneten – keine Rüstung und Raketen!“ haben dabei die Entschlossenheit der Arbeiter und Angestellten deutlich gemacht, für ihre berechnete Lohn- und Gehaltsforderung kämpferisch einzutreten, gleichzeitig aber auch auf den Zusammenhang mit der Bonner Hochrüstungspolitik hingewiesen.

Demgegenüber unterstrich CSU-Zimmermann einmal mehr, daß mit dem bereits verabschiedeten Beamtenbesetzungsgesetz „die gesamte Tarifbewegung beeinflusst werden sollte“. Mit nicht geringem Erfolg, wie man heute eingestehen muß, wenn man sich die Tarifabschlüsse in anderen Wirtschaftszweigen, z. B. in der Metallindustrie mit 3,2 Prozent oder bei Stahl mit 2,6 Prozent, vergegenwärtigt. Die neue Rechtskoalition in Bonn hat sich auf strikten „Spar“kurs bei den Lohn und Gehaltsempfängern festgelegt und scheut deshalb auch vor Lohnleitlinien, Lohndiktat und Eingriffen in die Tarifautonomie nicht zurück. Die Feststellung eines ÖTV-Funktionärs: „Wenn wir ihnen jetzt unterliegen, dann verordnen sie uns nicht mehr Null-Monate, sondern Null-Jahre“, trifft den Nagel voll auf den Kopf.

Mit der jetzigen Lohnleitlinie von 2 Prozent, verbunden mit einer viermonatigen Lohnpause, versuchen die Unternehmer den Boden vorzubereiten, um bei künftigen Tarifverhandlungen allen Arbeitern und Angestellten das Fell über die Ohren zu ziehen. Die DGB-Gewerkschaften werden deshalb höllisch darauf achten müssen, daß ihr Auftrag, den Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erhalten, zu sichern und auszubauen, nicht gänzlich auf der Strecke bleibt. Schon

in den letzten drei Jahren wurde dieser Auftrag nicht mehr erfüllt, nahm man seitens der Gewerkschaften doch einen ständigen Reallohnverlust in Kauf. Für den Bereich des öffentlichen Dienstes lagen darüber hinaus die Abschlüsse in diesen Jahren noch zwischen 0,3 und 0,6 Prozent unter denen der gewerblichen Wirtschaft.

Begründet wurde dies meist mit dem Märchen von den sicheren Arbeitsplätzen und den fehlenden Geldern im Staatssäckel. In den letzten Jahren wurden jedoch bei der Bundesbahn über 100 000 Arbeitsplätze vernichtet, die Post hat gerade die Entlassung von rund 6500 Beschäftigten angekündigt, und auch in den Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes sind in den vergangenen Jahren unzählige Arbeitsplätze durch Rationalisierung, Privatisierung und Stellenbesetzungssperren abgebaut worden. Gleichzeitig wurden von Bund, Ländern und Gemeinden einschneidende Kürzungen bei allen Leistungen vorgenommen und Steuern und Gebühren meist um Prozentzahlen erhöht, die weit über der Inflationsrate lagen.

So kassierten z. B. die Gemeinden 1982 1000 Millionen DM mehr als 1981. Neueste amtliche Schätzungen erwarten 1983 sogar Mehreinnahmen von 4,4 Prozent, was etwa 2200 Millionen DM entsprechen würde. Allein das Bundesland Hessen hat im ersten Quartal 1983 stolze 9,1 Prozent mehr eingestrichen, das sind 2900 Millionen DM. Die amtliche Steuerschätzung geht für 1983 von einer weiteren bundesweiten Steigerung von 3,1 Prozent aus. Der Bund rechnet 1983 mit Mehreinnahmen gegenüber der ersten Steuerschätzung von 827 Millionen DM, zu denen noch weitere 4000 Millionen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer – die ja auch vom Verbraucher geleistet werden muß – kommen.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes besteht also wahrlich kein Grund, von ihrer geforderten Lohn- und Gehaltserhöhung Abstand zu nehmen. Um so krasser ist der Gegensatz zwi-

schen den ohne Angabe von Ort, Verlauf und Inhalt in aller Stille geführten Schlichtungsverhandlungen zu den kämpferischen Aktionen der letzten Wochen. Eines dürfte bei dem provokativen Verhalten der öffentlichen Unternehmer doch sicher sein: Ohne eine solche Rückenstärkung, wie sie die 300 000 Streikenden in den letzten Wochen gaben, läßt sich kein Abschluß durchsetzen, der auch nur „in der Nähe der geforderten fünf Prozent“ liegt, für die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eintreten.

Wie sehr die öffentlichen Unternehmer jedoch Arbeitskämpfmaßnahmen der Beschäftigten fürchten und mit welch skandalösen Mitteln sie in Zukunft dagegen vorgehen wollen, dokumentiert ein in Bonn bekanntgewordenes Papier der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Danach sollen die dem VKA angehörenden Städte und Gemeinden aufgefordert werden, bei künftigen Streiks die Mitglieder der Streikleitungen namentlich zu erfassen, streikende Angehörige des öffentlichen Dienstes zu fotografieren oder zu filmen und genaue Aufzeichnungen aller Einzelheiten und sog. „Streikvorfälle“ anzufertigen. Absicht und Ziel solcher Bespitzelungen ist es zweifelsohne, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einzuschüchtern, von möglichen Arbeitskämpfmaßnahmen abzuhalten und Streiks generell zu kriminalisieren.

Georg Diederichs

Der Schlichtungsspruch im öffentlichen Dienst sieht vom 1. Juni vor: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. März 1983 um 2 Prozent und zum 1. Juli 1983 bzw. dem 1. März 1984 um jeweils weitere 0,5 Prozent. Da die Laufzeit 18 Monate beträgt, erreicht die Erhöhung auf das Jahr umgerechnet ganze 1,7 Prozent. Zusammen mit der Erhöhung des Urlaubs um einen Tag für alle, die noch keine 30 Tage Urlaub haben, dürfte das materielle Gesamtergebnis 1,9 Prozent nicht übersteigen. Wenn man zudem noch berücksichtigt, daß die Gewerkschaften zustimmen, daß die Altersversorgung im öffentlichen Dienst wesentlich verschlechtert und letztlich auf 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens begrenzt werden soll, so kann schon von einer Fastnullrunde gesprochen werden.

Die Große Tarifkommission hat diese sogenannte Einigungsempfehlung mit 57 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Da die Unternehmer in den anschließenden Tarifverhandlungen das Ergebnis der Schlichtung als Angebot vorlegten und provokativ erklärten, das sei ihr letztes Angebot, hat die Große Tarifkommission erneut beraten und mit den Unternehmern eine Erklärungstrist bis zum 11. Juni vereinbart. Die Führung der ÖTV hat zu erkennen gegeben, daß sie keine Mobilisierung der Mitgliedschaft und keine Organisation der Kampfbereitschaft will.

Mit angezogener Handbremse kann nichts erreicht werden

Die Memorandum-Gruppe meint in ihrem letzten Gutachten – und hier befindet sie sich in völliger Übereinstimmung mit vielen Gewerkschaften –, daß der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden mit vollem Lohnausgleich eindeutige Priorität zugemessen werden müsse. Gleichzeitig müsse verhindert werden, daß die Unternehmer die positiven Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung durch steigende Arbeitsintensität und zunehmende Arbeitsbelastungen unterlaufen.

Eines der gewerkschaftlichen Hauptargumente, gegen das die Unternehmer Sturm laufen, besteht darin, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit für alle der hohen Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden soll. Gleichgewichtig daneben steht ein weiteres Argument. Hans Mayr, der 2. Vorsitzende der IG Metall, sagte auf der 13. Jugendkonferenz seiner Gewerkschaft: „Aber nicht nur arbeitsmarktpolitische Gründe sprechen für die Verringerung der Arbeitszeit. Die Arbeiterbewegung hat dieses Ziel immer auch aus grundlegenden gesellschaftspolitischen Überlegungen heraus verfolgt. Es geht um den Abbau der schweren Belastungen des arbeitenden Menschen in der modernen Industriegesellschaft. Es geht um die Beendigung des Raubbaus an der Arbeitskraft. Es geht schließlich auch darum, mehr Freizeit für die angenehmen Seiten des Lebens zu haben.“

Damit bei den Delegierten keinerlei Illusionen über die Schwierigkeit dieses Unterfangens deutlich wurden, rief er ihnen zu: „Den besseren Argumenten allein werden sich die Arbeitgeber nicht beugen. Jeder sollte sich heute schon darüber im klaren sein, der Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung wird zu einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ersten Ranges.“

Die Unternehmer bereiten sich auf diese Auseinandersetzung gründlich vor, ideologisch, politisch und organisatorisch, und niemand sollte sich der Hoffnung hingeben, daß es in dieser, von den Unternehmerverbänden tabuisierten Frage, leichte Erfolge geben könnte.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen aber auch, welche Mobilisierungsmöglichkeiten in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung liegen und welcher sozialer Sprengstoff. Es bedurfte des Aufstandes der schlesischen Weber 1844, der vielen Kämpfe in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – der 1. Mai ist hierfür ein symbolträchtiges Beispiel – bis hin zur Novemberrevolution 1918, um den Achtstundentag

durchzusetzen. Auch diesmal stehen die Gewerkschaften vor härtesten Auseinandersetzungen, wenn sie ihr Ziel, 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, durchsetzen wollen.

Nur wenn mobilisierende, für alle verständliche Forderungen aufgestellt werden, wenn die Informations- und Aufklärungsarbeit in den Betrieben verstärkt wird, wenn die noch vorhandenen organisatorischen Schwachstellen beseitigt und die richtigen Arbeitskämpftaktiken ausgearbeitet werden, die für längere Zeit durchgehalten werden müssen, können Einbrüche in die fest geschlossene Unternehmerfront erzielt werden. Erfolge werden jedoch auch wesentlich davon abhängen, wie die Belegschaften Klarheit über die gegenwärtigen kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse erlangen.

Wer in diese Auseinandersetzungen mit weichen Knien geht, wer über den Gegner Illusionen hegt, wer glaubt, eventuell durch Anbieten zum Erfolg zu kommen oder gar mit angezogener Handbremse in den Kampf ziehen zu können, der hat schon verloren, bevor die Sache richtig losgeht.

Verbale Bekundungen, „durch die Stärkung der politischen Kampfkraft der Arbeiterbewegung“ und „in Geschlossenheit“ der Demontage des Sozialstaates entgegenzuwirken oder der „rigorosen gegen die Arbeitnehmerinteressen gerichteten Politik“ durch „die geschlossene Kampfkraft der Gewerkschaften“ begegnen zu wollen, so der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, auf der Arbeitszeit-Tagung seiner Gewerkschaft am 29. April in Gelsenkirchen, bleiben ohne Wert, wenn diesen starken Worten nicht auch entsprechende Taten folgen.

Wie aber soll denn diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu erreichen sein, wenn Rappe zur Strategie – Wochen- oder Lebensarbeitszeit – meint: „Hier muß jede Gewerkschaft nach Abwägen aller gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkte ihre eigene Entscheidung treffen.“ Wenn jede

Gewerkschaft glauben würde, allein zum Erfolg kommen zu können, dann wäre die Niederlage schon vorprogrammiert. Deshalb beschloß der 12. ordentliche Bundeskongreß des DGB (16. bis 21. Mai 1982) im Antrag 280: „Die im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften bekräftigen ihre Entschlossenheit, durch ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchzusetzen.“

Von nicht geringerer Bedeutung als die Frage, mit wem, ist auch die Frage, gegen wen die Gewerkschaften kämpfen müssen. Und hier sind von Hermann Rappe wiederum eigenartige Töne zu hören. Vom Zustandekommen einer „gesamtwirtschaftlichen Vereinbarung“ oder von einem „Solidarpakt zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise“ ist die Rede, als ob jemals wesentliche Arbeitszeitverkürzungen mit den Unternehmern und ihrer Regierung zustande gekommen wären!

So wundert es auch nicht, daß die Forderungen Rappes zuerst an den Gesetzgeber gerichtet sind. Wäre es nicht an der Zeit, sich von der Illusion zu lösen, als ob von dieser Rechtsregierung und dieser Bundestagsmehrheit, die angetreten sind, rücksichtslos ein Programm des sozialen Kahlschlags durchzusetzen, auch nur die geringste Hilfe für die Gewerkschaften zu erwarten wäre. Wer kann ernsthaft darauf hoffen, daß sie die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 im gewerkschaftlichen Sinn novellieren würden?

Aber bevor die Auseinandersetzung richtig begonnen hat, erklärt Rappe, daß „auch die Arbeitnehmer für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zusätzliche Opfer bringen“ müßten. Arbeitszeitverkürzungen seien „weder für die Betroffenen mit vollem Lohnausgleich noch für die noch beschäftigten Arbeitnehmer ohne finanzielle Konsequenzen“ durchzusetzen. Wer aber anders als die Arbeiter und Angestellten haben bisher Opfer gebracht, und zwar in einer Höhe von Dutzenden von Milliarden, die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, die Ausbildungsplätze Suchenden und nicht zuletzt die noch Beschäftigten durch Reallohnsenkungen?

Immerhin ist es merkwürdig, wenn Hermann Rappe von einem von seiner eigenen Gewerkschaft auf dem 12. ordentlichen Bundeskongreß des DGB eingebrachten und dort verabschiedeten Antrag abrückt (Antrag 202), in dem es heißt: „Für die Arbeitszeitverkürzung ist ein voller Lohn- und Gehaltsausgleich anzustreben. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu einer höheren Belastung des einzelnen Arbeitnehmers führen.“ Von Opfern, Solidaropfern oder gar zusätzlichen Opfern ist hier nicht die Rede. Heinz Schäfer

Textil- und Bekleidungsarbeiter wollen Unternehmern Zähne zeigen

Unter den Mitgliedern der Gewerkschaft Textil – Bekleidung wächst die Empörung über die Unternehmerverbände, die in den bisherigen Lohnverhandlungen unerschämte, für die Gewerkschafter unannehmbare Angebote unterbreiteten. Dabei liegen die Löhne der Beschäftigten in diesen beiden Branchen im Vergleich zu denen der übrigen Industriezweige am Ende der Lohnskala. In der Textilindustrie hatten die Unternehmer die Stirn, 2,8 Prozent ab 1. Juni und 0 Prozent für Mai, folglich 2,56 Prozent und in der Bekleidungsindustrie 2,6 Prozent ab 1. Juni, nach Abzug des Nullmonats Mai sind dies 2,38 Prozent, anzubieten.

Aber noch nicht genug damit. In der Bekleidungsindustrie sollen die Auszubildenden im 2. und 3. Ausbildungsjahr keine Erhöhung und im 1. Lehrjahr gar eine Senkung um nicht weniger als 100 Mark diktiert bekommen. Auch der Einstellungslohn für Anzulernende soll für die ersten drei Monate von 9 auf 7,20 Mark pro Stunde gesenkt werden. Kalt-

In der Textilindustrie wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen ab 1. Juni um 3,2 Prozent vereinbart. Für den Monat Mai wird eine Pauschale von 50 Mark gezahlt. Die Ausbildungsvergütungen werden zwischen 15 und 20 Mark erhöht. Bei dem relativ niedrigen Lohn- und Gehaltsniveau dürfte das Volumen des Abschlusses nur unwesentlich unter 3,2 Prozent liegen. Die Laufzeit beträgt 12 Monate.

schnäuzig sagten die Unternehmer: „Wir nehmen ein Abkoppeln der Bekleidungsarbeiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung in Kauf.“

Es ist kein Wunder, daß sich überall Protest breit macht. Immer mehr Belegschaften gingen zu Warnstreiks über. Auf einer Protestveranstaltung der in der südhessischen Textil- und Bekleidungsbranche beschäftigten Gewerkschafter, die am 24. Mai in Darmstadt stattfand, müssen den Unternehmern die Ohren geklungen haben. Fast 200, meist Frauen, waren gekommen. Hier wurde Tacheles geredet, angefangen vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Frankfurt, Jürgen Trühe, bis hin zu den Betriebsräten der Unternehmen Hauba, Heppenheim; Polydress, Michelstadt; Lösch, Dreieich; Wiedekind, Dreieich; Philipp, Hanau, und Kubach, Mainz-Kastell.

Tatsachen wurden auf den Tisch gelegt. Es wurde gefragt, wie man mit einem Stundenlohn um die 11 Mark und netto 1100 bis 1200 Mark, maximal 1300 Mark bei 13,80 Mark, überhaupt leben soll. Mit Vehemenz wandten sich die

Frauen, rund 90 Prozent der Anwesenden, gegen das Argument, daß sie nur zuverdienten, um Luxus zu treiben. Gisela Behres sagte: „Wir gehen arbeiten, um die Familien durchzubringen.“ Doris Trühe rechnete vor, daß der Unternehmervorschlag in der Lohngruppe 4, in der die meisten beschäftigt sind, monatlich brutto ganze 36,33 Mark ausmachen würde, netto wären dies noch nicht einmal 20 Mark und real ein weiterer Verlust. Die Unternehmer hätten sich die Jugendlichen und Auszubildenden nur deshalb ausgesucht, sagte sie, weil sie hofften, daß hier die Solidarität nicht so hoch sei. Würde die Gewerkschaft dies hinnehmen, dann würden unweigerlich die Beschäftigten anderer Bereiche drankommen.

Brigitte Horstmann wandte sich dagegen, Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen. Unter dem Beifall der Anwesenden sagte sie: „Nicht die anderen haben zuviel, sondern wir haben

zuwenig.“ Sie verwies darauf, daß es sich bei den Millionen, die Flick den Parteien gab und die der „Stern“ für die „Hitler-Tagebücher“ ausgab, um nichts anderes als um vorenthaltenen Lohn handele. „Jedes Prozent“, rief sie aus, „das wir nicht erkämpfen, vergrößert den Profit der Unternehmer.“

Immer wieder wurde aufgezeigt, daß es nicht mehr nur um die Wurst auf dem Brot, sondern um das Brot selbst gehe, zugleich aber auch um die Würde der Arbeitenden. Niemand sollte sagen, daß kein Geld da sei. Es sei nur in den falschen Händen. Die Unternehmer in der Textil- und Bekleidungsindustrie verdienen sich eine goldene Nase. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres sei die Produktion pro Beschäftigten um 5,3 bzw. 7,2 Prozent gestiegen. Die Unternehmer könnten folglich die Forderung der Gewerkschaften, die Real-löhne und damit die Kaufkraft zu sichern, aus der Portokasse zahlen.

Scharf wurde die Unternehmerwirtschaft angegriffen. Welchen Sinn denn die Marktwirtschaft habe, so wurde gefragt, wenn sie darauf hinauslaufe, daß nur noch geschuftet werden solle, daß man nicht mehr in Urlaub fahren könne, daß man bei Krankheit um seinen Arbeitsplatz bangen müsse und sich kein Auto mehr leisten könne, das heute lebensnotwendig sei. Es gäbe Länder, die ohne Unternehmer auskämen, aber kein Land komme ohne Arbeiter aus. Wenn die Unternehmer sagten, sie trügen die Verantwortung, so solle ihnen erwidert werden: „Aber wir tragen euch.“ Jürgen Trühe schloß die Konferenz mit dem Hinweis, nicht Caritas, sondern Solidarität, nicht Opportunismus und Duckmäusertum, sondern aufrechter Gang und Zivilcourage seien gefragt. Heinz Schäfer

Die Großbanken sahen ab

„Das Jahr der Konkurse und der steigenden Arbeitslosenzahlen war für sie das Jahr mit dem größten Gewinnzuwachs seit Kriegsende.“ Und „Die guten Gewinne ließen sich trotz aller ‚Risikovorsorge‘, wie die Bankiers vornehm zu sagen pflegen, nicht mehr verstecken.“ Diese Sätze wie die untenstehenden Zahlen der Bankiers-Einkommen entnahmen wir der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Capital“, die belegen, wer auf wessen Kosten lebt. Nur 125 000 DM haben sich die Vorstandsmitglieder der Dresdner Bank 1982 draufgelegt. Ihr Salär ist „jedoch bescheiden“ im Vergleich zur Deutschen Bank, meint die Unternehmerngazette, die die erstmals überschrittene Millionengrenze heftig feiert. Bleibt noch anzufügen, daß die Vorstands-„arbeit“ nicht die einzige Einnahmequelle der Bankherren ist.

	Durchschnittsbezüge 1982 je Vorstandsmitglied in DM	Veränderung gegenüber 1981 in Prozent
Deutsche Bank	1 036 010	+ 4,4
Dresdner Bank	645 058	+ 23,9
Bayer. Hypo-Bank	556 759	+ 22,3
Bayer. Vereinsbank	546 946	+ 3,1
Commerzbank	470 526	+ 0,7
National-Bank	304 448	- 12,0

Steinkohlenbergbau: Volumen unter 3 Prozent

Für die vier Steinkohlenreviere Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren wurde folgende Lohn- und Gehaltserhöhung vereinbart. Ab 1. Juni werden die Löhne und Gehälter um 3,05 Prozent erhöht. Da für den Monat Mai eine Pauschale von nur 50 Mark vereinbart wurde, sinkt das Volumen des Abschlusses unter drei Prozent. Die Ausbildungsvergütungen steigen ab 1. Mai um 20 Mark monatlich. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt 12 Monate und endet am 30. April 1984.

Redakteure erhalten ebenfalls 3,2 Prozent

Rückwirkend ab 1. Mai erhalten die Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften eine lineare Gehaltserhöhung um 3,2 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten der jeweiligen Tarifverträge. Zu keinem Abschluß kam es bei den gleichzeitig stattgefundenen Mantelitarifverhandlungen für Redakteure an Zeitschriften. Statt den Forderungen der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier und des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) zu entsprechen, legten die Verleger „Gegenforderungen“ vor, die auf eine Verschlechterung der bestehenden unzureichenden Regelungen hinauslaufen.

Die Gehälter der Redakteure bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) steigen für den gleichen Zeitraum wie bei Tageszeitungen und Zeitschriften ebenfalls um 3,2 Prozent. Zusätzlich wurde in dem Haustarifvertrag für Bezirksredakteure die Arbeitsplatzzulage von bisher 300 auf 375 DM erhöht und die Bezahlung des Vertretungsausgleichs verbessert. Die Spanne der erhöhten Tarifgehälter bei dpa reicht bei den Redakteuren von 2817 DM bis 5235 DM. Die Volontäre erhalten 1443 DM bzw. 1657 DM im 1. und 1918 DM im 2. Ausbildungsjahr.

Arbeitskampf nicht ausgeschlossen

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat Ende Mai das Scheitern der Tarifverhandlungen für die rund 20 000 Beschäftigten des privaten Güter- und Personenverkehrsgewerbes in Hessen beschlossen. Nach Mitteilung der Gewerkschaft fühlen sich die Betroffenen regelrecht von den Unternehmern verschaukelt, eine zunehmende Verbitterung mache sich bemerkbar. Besonders die Fernlastfah-

rer, die für ihre durchschnittlichen 80 Arbeitsstunden pro Woche monatliche Bruttolöhne zwischen 2200 und 2700 DM erhalten, seien nicht mehr bereit, Leben und Gesundheit unter diesen Bedingungen zu gefährden. Die ÖTV hatte die Erhöhung der Ortsklasse „S“ um 6,5 Prozent und den Abbau der Differenzierung der Ortsklassen „A“ und „S“ gefordert. Die Unternehmer waren lediglich zu Lohnerhöhungen zwischen 2,7 und 3,2 Prozent bereit. Angesichts der starren Unternehmerhaltung schließt die ÖTV Kampfmaßnahmen nicht aus.

IGM: Nicht ohne Lohnausgleich

Die IG Metall sei nicht bereit, im kommenden Jahr eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu akzeptieren. Das erklärte der Hauptkassierer Norbert Fischer Ende Mai auf einer Bezirkskonferenz seiner Gewerkschaft in Osterode. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich sei nichts anderes als unbezahlte Kurzarbeit. Dazu werde die IG Metall ihre Hand nicht reichen.

Gewerkschaft HBV mit Abschlüssen

Rückwirkend ab 1. März erhalten die 105 000 Beschäftigten des hessischen Großhandels Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,2 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen wurden zwischen 18 und 23 DM angehoben. Ebenfalls um 3,2 Prozent stiegen die Löhne und Gehälter für die rund 160 000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel. Beide Tarifverträge, die eine Laufzeit von 12 Monaten haben, wurden Anfang Mai abgeschlossen.

Tarifverhandlungen gescheitert

Die Tarifverhandlungen für die rund 100 000 Landarbeiter sind Ende Mai gescheitert. Wie die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) mitteilte, legten die Unternehmer zur 2. Verhandlungsrunde kein verhandlungsfähiges Angebot vor. Beide Tarifvertragsparteien haben die Schlichtung angerufen. Die GGLF hatte – neben einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden – eine spürbare Verringerung des Lohnabstandes des Landarbeiters zum Industriearbeiter gefordert. Z. Zt. verdient ein Landarbeiter um 25 Prozent weniger als vergleichbare Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. Juni – 0,4 Mill.

Chemische Industrie Saarland und Bayern (76 700); Kautschukindustrie Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (65 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Niedersachsen (ohne Weser-Ems und Ostfriesische Nordseeinsel – 56 500); Gas-, Wasser-, Elektrizitätsunternehmen e. V. Essen (53 000); Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagebau, Spengler-, Sanitärinstallateur- und Kupferschmiedehandwerk (31 800); Ersatzkassen Bundesgebiet, mit Ausnahme der Techniker-Krankenkasse (28 300); Großküchen, Kantinen, Casinos und sonstige Verpflegungsbetriebe Bundesgebiet und Westberlin (19 800); Klempner- und Installateurhandwerk Hessen (15 200); Kfz-Handwerk Bremerhaven, Hessen (14 800); Groß- und Außenhandel Saarland (15 000); Kfz-Handel Hessen (8400); Bekleidungsindustrie (Heimarbeiter Bundesgebiet – 11 700); Gablonzener Glasindustrie Bundesgebiet (6000); Süßwarenindustrie Saarland, Baden-Württemberg (7500); Brot- und Backwarenindustrie Hessen, Westberlin (6100); Fleischwarenindustrie Hessen, Saarland, Westberlin (5300); Brennstoffhandel Hessen (8200).

31. Juli / 31. August – 0,16 Mill.

Hohlglaserzeugung Hessen und Nordwest, Hohl- und Kristallglasindustrie Bayern (11 800); Hohlglasveredelung, papiererzeugende Industrie (59 500); Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen (30 900); Bäckerhandwerk Hessen (10 900); Milchindustrie Bayern, Süßwarenindustrie Rheinland-Pfalz, Brauereien Nordrhein-Westfalen (15 300); Nahrungsmittelindustrie Schleswig-Holstein, Sektellereien Hessen, Rheinhessen, Pfalz und Trier, Hotel- und Gaststättengewerbe Bremen, Energiewirtschaft (VEW u. a.).

30. September / 31. Oktober – 0,2 Mill.

Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen (96 000); Texaco und Shell Hamburg (10 000); Erdgas-, Erdöl-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet (10 000); – 31. Oktober – Schuhindustrie Bundesgebiet (53 000).

Memorandum '83: Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenkurs

Seit 1975 wird regelmäßig im April jeden Jahres das Konzert des wirtschaftspolitischen Beratungskartells der Bundesregierung — bestehend aus den fünf mehr oder minder gleichgeschalteten sogenannten führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Mehrheit der akademischen Wirtschaftswissenschaft — durch Alternativtöne für kurze Zeit unterbrochen: Denn das Memorandum der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, unterstützt durch zahlreiche Unterschriften von Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern, hat inzwischen einen festen Platz in der gewerkschaftsorientierten Gegenöffentlichkeit.

Im Zentrum des diesjährigen Memorandums steht das, was die offizielle Wirtschaftspolitik als Problem längst verdrängt und statt dessen als Gewöhnung verordnet hat: Massenarbeitslosigkeit, die nicht nur mit rund 3,8 Mio. registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen einen traurigen Rekord in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik erreicht hat, sondern sich überdies in den letzten zwei Jahren in einem atemberaubenden Tempo verdoppelt hat. Mit dieser Zunahme kann kein anderes Land der Welt mithalten. Die Tendenz ist weiterhin steigend, in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts rechnen die Memorandum-Autoren mit über 4 Millionen Arbeitslosen.

Im Gutachten der Wirtschaftswissenschaftler wird zunächst ausführlich die soziale Lage der Arbeitslosen und der lohnabhängig Beschäftigten dargestellt. Es folgt eine kurze Analyse der Ursachen der Wirtschaftskrise, sodann eine detaillierte Auseinandersetzung mit der herrschenden konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik der „Wende“, die ja schon zu Zeiten der alten sozialliberalen Koalition eingeleitet wurde. Im Zentrum des Gutachtens stehen dann die Bestandteile der Alternativstrategie des „qualitativen Wachstums“: ein groß dimensioniertes staatliches Beschäftigungsprogramm, Arbeitszeitverkürzung mit Priorität bei der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und schließlich die Vergesellschaftung der Stahlindustrie und der Großwerften.

Zunächst einige Schlaglichter aus dem Memorandum: Die Empfänger von Arbeitslosengeld bekamen 1982 im Durchschnitt nur 950 DM, die Arbeitslosenhilfe lag bei nur 750 DM. 600 000 registrierte Arbeitslose bekommen von der Bundesanstalt für Arbeit keinerlei Leistungen. 1982 erhielten 2,5 Millionen Menschen Sozialhilfe. Rund 15 Prozent der Rentner, das sind immerhin 1,5 Millionen Rentner, haben ein Monatseinkommen von unter 600 DM. Die Armut von Rentnern, Arbeitslosen, aber auch

von Arbeitnehmern steigt. Dieses Thema stellt für die offizielle Wirtschaftspolitik und ihr Beratungskartell eine strikte Tabuzone dar. 1983 werden rund 270 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. 1983 werden die Nettoeallöhne nun schon im vierten Jahr sinken, und zwar auf das Niveau von 1978.

Die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung wirkt krisenverschärfend: Die Hauptziele sind die Steige-

nachrichten-reihe 16

Gert Hautsch

Ziel: 35 Stunden Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Mehrere DGB Gewerkschaften, darunter die IG Metall sowie IG Druck und Papier, räumen der 35-Stunden-Woche oberste Priorität ein. Das Anliegen dieser Broschüre, die im Rahmen der nachrichten-reihe herausgegeben wurde, ist es, die wichtigsten Gesichtspunkte der Arbeitszeitproblematik darzustellen. Aktiven Gewerkschaftern werden Anregungen zur Diskussion und zu eigenen Schlußfolgerungen gegeben.

96 Seiten, Preis 5 DM, Bestell-Nr. 029

Zu beziehen über unseren Verlag sowie über den Buchhandel.

rung der Rüstungsausgaben und der Ausgaben für bestimmte technologische Großprojekte (z. B. Verkabelung, Kernenergie), Steuerentlastungen für Bezieher höherer Einkommen und Unternehmen, Kürzung der Sozialausgaben (vor allem beim Arbeitslosengeld, bei den Renten, Sozialhilfe, BAföG) und Erhöhung von Steuern und Abga-

ben auf Masseneinkommen (Mehrwertsteuer, Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Krankenversicherungsbeitrag für Rentner).

Die angebotsorientierte Strategie setzt auf die Verbesserungen der „Rahmenbedingungen“ für Unternehmergewinne, staatliche Gewinn- und Investitionsförderung und verstärkte Exportorientierung durch Steigerung der technologischen und preislichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie. Ausführlich wird darauf hingewiesen, daß diese Strategie zwar zu mehr Gewinnen für jenen Teil des Unternehmenssektors führt, der begünstigt wird, jedoch ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung oder gar ein neuer Wachstumstrend mit Beschäftigungszugang nicht zu erwarten ist.

Im Alternativteil des Memorandums werden die Finanzierungsmöglichkeiten für eine expansive Finanzpolitik präzise durchgerechnet. Die Finanzierung des geforderten 30-Milliarden-Programms soll durch zusätzliche Steuereinnahmen (Abbau von Steuerhinterziehung, Gewinnsteuern, Luxussteuern etc.), Ausweitung der Staatsverschuldung und einen Arbeitsmarktbeitrag der Selbständigen und Beamten erfolgen.

Schließlich plädieren die Memorandum-Autoren vehement für die 35-Stunden-Woche, weil diese arbeitsmarktpolitisch am effektivsten ist, alle Beschäftigten einbezieht und am besten eine sinnvolle Verbindung von Arbeit und Freizeit ermöglicht. Trotz vollem Lohnausgleich bleibt die vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung verteilungsneutral.

In einem ausführlichen über 100seitigen Anhang zum Memorandum wird die Bedeutung der Wochenarbeitszeitverkürzung im Verhältnis zu anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung dargestellt, die immer wieder bestrittenen Beschäftigungseffekte und die Finanzierungsmöglichkeiten nachgewiesen. Dieser Teil ist die wohl qualifizierteste zusammenfassende Darstellung zur 35-Stunden-Woche, die es in der Bundesrepublik gibt. Sie ist Pflichtlektüre für alle, die sich auf die kommenden Arbeitszeitkämpfe vorbereiten wollen.

Die Gegner des Memorandums, an denen es nicht mangelt, bevorzugen die Schweigetaktik. Auch der DGB-Bundesvorstand hat zum Memorandum '83 noch nicht Stellung bezogen. Um so mehr ist der verdienstvollen Arbeit weite Verbreitung bei denjenigen zu wünschen, an die es adressiert ist: bei kritischen Wissenschaftlern und Studenten, aktiven Gewerkschaftern und all jenen alternativen Politikern, die ernsthaft am Abbau der Arbeitslosigkeit interessiert sind.

Das Memorandum '83 erscheint in Buchform im Juni beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln. Jan Prieuw

Jugend der IG Metall fordert: Frieden und Arbeit für alle

Die 13. Jugendkonferenz der IG Metall, die vom 12. bis 14. Mai 1983 in der Böblinger Kongreßhalle stattfand, hatte das Motto: „Frieden und Arbeit für alle“. Wie auf allen Jugendkonferenzen dieser Gewerkschaft wurden auch diesmal deutliche gewerkschaftspolitische Akzente gesetzt, die nach aller Erfahrung von der Gesamtorganisation nicht überhört werden dürften. Bemerkenswert war auch, daß der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, designierter Nachfolger Eugen Loderers, sich bemühte, das Ohr der Delegierten zu finden.

Es waren vor allem drei von ihm behandelte Problemkreise, die hervorzuheben sind. Zur Friedensfrage sagte er unter nicht enden wollendem Beifall der 215 Delegierten: „Die Stationierung neuer Raketen in Europa muß verhindert werden — eine Nachrüstungsautomatik lehnen wir entschieden ab — die bereits in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Raketen müssen abgebaut werden.“ Zu der in den Gewerkschaften immer stärker werdenden Vergesellschaftungsdiskussion meinte Mayr: „Wir nehmen den Ruf nach Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in bestimmten Unternehmen und Branchen, der aus dem Munde der um ihre Arbeitsplätze und Existenz bangenden Kolleginnen und Kollegen kommt, sehr ernst. Das Grundgesetz ist keine kapitalistische Haus- und Hof-Ordnung.“

Den Verfassern des Buches „Die Wüste blüht“, die von der Abteilung Jugend im DGB-Bundesvorstand maßgeblich unterstützt wurden, müssen die Ohren geklungen haben, als Hans Mayr sagte: „Der Betrieb ist vorrangiges Operationsfeld für unsere Jugendarbeit. Er ist und bleibt Ausgangspunkt für unsere gesamte Arbeit. Wer den Betrieb als Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit an den Rand des Blickfeldes rückt, schwächt die politische Kraft unserer gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft.“

Die Ergänzungen zum Geschäftsbericht wurden von den Mitarbeitern der Abteilung Jugend, Kai Ohl, Harald Schartau, Thomas Händel und Gisela Niclas vorgetragen. Horst Richter, der Abteilungsleiter, war erkrankt. Kai Ohl erklärte zu dem von den Unternehmern geplanten berufspraktischen Jahr, daß dies nur bedeute, daß die Jugendlichen im Betrieb voll mitarbeiten, der Unternehmer aber keinen Lohn zu zahlen brauche, da die Jugendlichen vom Arbeitsamt unterstützt werden sollten. Hier seien Parallelen zum „Freiwilligen Arbeitsdienst“ nicht zu übersehen. Die Angriffe konservativer Politiker auf die arbeitende Jugend werden am deutlichsten in den Fragen des Jugendarbeiterschutzes und der Neuregelung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienst-

verweigerer sowie der Streichung des BAföG.

Harald Schartau behandelte vor allem Probleme der Übernahme nach der Ausbildung und des Abbaus von Ausbildungsplätzen. Er meinte, daß sich die Unternehmer nicht von den besten Argumenten und den ausgetüfteltesten Rechtspositionen sowie der geschicktesten Verhandlungsstrategie beeinflussen ließen, wenn es um die Profitsteigerung gehe. Jugendversammlungen könnten nach entsprechender Vorbereitung durch Aktionen, an denen sich alle beteiligen könnten, zu einer deutlichen Demonstration von Gemeinsamkeit werden. Ungehindertes Begehungsrecht, Jugendvertreterarbeit ohne zeitliche Begrenzung, Jugendversammlungen in Form und Inhalt unzensuriert, sowie der Grundsatz, daß jeder Jugendvertreter übernommen werde, seien Mindestvoraussetzungen für die Verstärkung des betrieblichen Widerstandes.

Die Angriffe auf die Ausbildungsvergütungen, sagte Thomas Händel, bezwecken, zunächst die schwächste Gruppe aus der Solidarität herauszubrechen. Wer trotzdem die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen gegen vage Versprechungen zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen eintausche, fordere die Unternehmer geradezu auf, die Solidarität der Gewerkschaften zu zerstören. Dies sei nicht nur unsolidarisch, sondern schwäche den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Kapital.

Notwendig seien aktive und funktionierende Jugendgruppen, die ihr Programm und ihre Aktionen weitgehend selbst gestalteten. Sie müßten auch Diskussionen mit anderen Gremien in der Organisation führen können, wie auch mit anderen Jugendverbänden und den neuen sozialen Bewegungen.

Gisela Niclas setzte sich mit der von Franz Josef Strauß geforderten „geistigen Wende“ in der Bildungs- und Kulturpolitik auseinander. Eine solche Bildungspolitik diene der Festigung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und richte sich im Kern gegen Inhalte

und Ziele gewerkschaftlicher Arbeit. In dieselbe Richtung gingen auch die Bemühungen der Unternehmer im Bereich der sogenannten „neutralen“ sozialpädagogischen Seminare. Dort würde die Sozialpartnerschaftsideologie indoktriniert. Die gewerkschaftliche Antwort könne nur die konsequente Stärkung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sein.

Bedenklich sei, so Gisela Niclas weiter, daß die Auslastung der zentralen Seminare rückläufig sei. In der Jugendbildungsarbeit gebe es in den letzten drei Jahren mit dem DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, keine Zusammenarbeit mehr. Im Positionspapier zur Jugendarbeit sei bekanntlich die Bildungsarbeit ausdrücklich ausgeklammert. Die DGB-Bundesjugendschule in Oberursel führe mehr und mehr einzelne Arbeitstagungen mit sehr dynamisch klingenden Themen durch — wie Philosophie, Abschied vom Proletariat, Alternative Ökonomie, Modell Deutschland usw. —, dies bleibe allerdings in der Regel folgenlos für die Stärkung gewerkschaftlicher Arbeit in Betrieben und Verwaltungen.

Georg Benz, der zwanzig Jahre für die Jugendpolitik der IG Metall die Verantwortung trug und auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht mehr kandidiert, stellte in seiner Rede fest, daß sich die Restauration des klassengebundenen Bildungssystems vollziehe. Er verwies hierbei auf die Senkung des Kindergeldes, die Streichung des Schüler-BAföG, das Umstellen des Studenten-BAföG auf Darlehen, die Aufhebung von Lehrmittelfreiheit und die Streichung von Fahrkostenzuschüssen sowie den Feldzug gegen die Gesamtschule. Die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts sei ein eklatanter Angriff auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und ziele auch auf Streiks und Demonstrationen der arbeitenden Menschen.

Benz setzte sich für eine Reform der Wirtschaftsordnung entsprechend den Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms ein. Es sei nicht länger hinzunehmen, daß die arbeitenden Menschen, die die gesellschaftlichen Werte schafften, um den Lohn ihrer Mühen betrogen würden. Das Grundübel, das Arbeitsplätze vernichte und Massenarbeitslosigkeit produziere, das Massenelend mit sich bringe, sei die kapitalistische Wirtschaftsordnung. In der Friedensbewegung, die zur größten außerparlamentarischen Opposition seit der Anti-Atomod-Bewegung der 50er Jahre geworden sei, kristallisiere sich die Sehnsucht vieler Menschen, vor allem der jungen Generation, nach einer friedvollen Zukunft.

Die Konferenz faßte eine Fülle hochinteressanter Beschlüsse, von denen wir einige in der Juli-Ausgabe der NACHRICHTEN dokumentieren werden.

Heinz Schäfer

14. DPG-Bundesjugendkonferenz gegen Pershing II und Berufsverbote

Wer die Bundesjugendkonferenzen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) verfolgt, kann schon vorher sicher sein, daß engagiert um die Probleme gerungen wird. So war es auch auf der 14., vom 12. bis 14. Mai in Osnabrück. Bereits das gewählte Motto der 133 stimmberechtigten Delegierten – sie vertraten 81 000 junge Postgewerkschafter – „Für Ausbildung und Arbeit! Gegen Rüstung und Sozialabbau“ war Konferenzinhalt. Hinzu kamen die drohenden Berufsverbote. Zur Unterstützung der Aktionen zur Friedenswoche vom 15. bis 22. Oktober wurde ein Maßnahmenkatalog beschlossen (Wortlaut dieses und anderer Beschlüsse im Einhefter).

Im Vergleich zu den Konferenzen anderer Gewerkschafter haben es die Delegierten einfacher. Ihnen steht nur ein Unternehmer gegenüber. Und trotzdem gibt es nicht weniger Probleme. Um nur eins zu nennen: die vorgesehene nicht ausbildungsgerechte Übernahme von Hunderten jetzt auslernenden Fernmeldehandwerkern.

Und da machen die jungen Postgewerkschafter Dampf, auch in Osnabrück. Mit schwarzen Särgen, Transparenten und Sprechchören waren bereits am ersten Konferenztag 600 Betroffene zur Osnabrücker Stadthalle demonstriert, um dem anwesenden Vertreter des Postministeriums ihre Forderungen zu überbringen. Zusagen bekamen sie jedoch keine. Und so beschloß die Konferenz in der Antragsberatung bundesweite Aktionen.

Zuvor aber gab der alte und neue Bundesjugendausschußvorsitzende Reinhard Hahn den mündlichen Geschäftsbericht. Kritisch setzte er sich mit den Begriffen „Demokratie und Meinungsfreiheit“ auseinander. Sie seien dann nichts wert, wenn die Jugend erfahren müsse, daß durch den Radikalenerlaß und Verfassungsschutzaktivitäten von der Norm abweichende Meinungen aufgespürt und ihre Verfechter oftmals zur Rechenschaft gezogen würden. „Dies findet seine Fortsetzung, indem der Kampf für Ausbildung und Arbeit, gegen Sozialabbau und Rüstung pauschal verurteilt, diffamiert oder mit antikomunistischen Parolen abgetan wird, weil diese Kritik nicht in das politische Konzept paßt“, erklärte er wörtlich. Dies habe nichts mit Moral und Demokratieverständnis, aber viel mit Einschüchterung und undemokratischem Verhalten zu tun.

Reinhard Hahn bekräftigte die Meinung des BJA und forderte: „Schluß mit der Gesinnungsschnüffelei! Schluß mit der Überprüfung der Bewerber für den öffentlichen Dienst und weg mit den Berufsverboten!“ Diese Forderungen wurden auch in einem Beschluß festgelegt,

der dem im Oktober stattfindenden Kongreß der DPG erneut zur Beratung vorliegen wird.

Über die Ursachen der Krise mit all ihren verheerenden Auswirkungen wurde im mündlichen Geschäftsbericht Fraktur geredet. Es seien nicht irgendwelche „geheimnisvollen weltwirtschaftlichen Kräfte“ und die Arbeitslosigkeit auch kein Betriebsunfall, sondern die „sogenannte soziale Marktwirtschaft

Wahlergebnisse

Abgegebene Stimmen 133
Ja-Stimmen

Reinhard Hahn (BJA-Vors.) 116

Peter Brück (stellv. BJA-Vors.) 125

Weiter wurden in den Bundesjugendausschuß gewählt:

Wolfgang Abel
Thea Bayer-Rossi
Gerd Weichert
Uwe Basan
Anette Hermann
Silvia Eckl
Christel Fuchs
Mechthild Birkenbach

(Reinhard Hahn und Peter Brück werden dem DPG-Kongreß zur Wahl in den Hauptvorstand vorgeschlagen.)

und Unternehmerfreiheit“. „Mit den Angriffen auf die abhängig Beschäftigten soll ein politischer und wirtschaftlicher Ausnahmezustand zugunsten der Unternehmer geschaffen werden“, erklärte Reinhard Hahn und zog daraus folgende Schlußfolgerungen: „Diesen Ausnahmezustand lehnen wir ab und for-

dern die Beseitigung des Unternehmerstaates.“

Auch ein weiterer Komplex, der bereits in dem Motto zum Ausdruck kam, wurde ausführlich behandelt: Frieden und Abrüstung. Hier wurde die Forderung erneuert: „Keine Pershing II auf deutschem Boden.“ Hahn sprach sich dafür aus, daß auch die englischen und französischen Atomwaffen in Genf zur Disposition stehen müßten. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß die Sowjetunion historisch ein begründetes Sicherheitsinteresse habe. Denn die beiden Weltkriege gingen von deutschem Boden aus. In diesem Zusammenhang sprach er sich dafür aus, die neuen Vorschläge der UdSSR-Führung ernst zu nehmen.

Dem mündlichen Geschäftsbericht schloß sich eine ausführliche Diskussion an. Neben postspezifischen Fragen waren Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Erhaltung des Friedens Schwerpunkte. Mehrere Diskussionsredner forderten die Spitzen des DGB und der DPG auf, nicht länger zuzusehen, wie der Frieden immer unsicherer gemacht wird. Kritik wurde an „ran“ wegen eines Interviews mit dem Anführer der Neonazis, Kühnen, geübt und Unverständnis geäußert, daß in einem DGB-Organ faschistisches Gedankengut propagiert würde. Dies sei eine Verhöhnung von Widerstandskämpfern.

In seinem Grundsatzreferat ging DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren auf die Tarifrunde ein und erklärte, daß sich die Beschäftigten der Post auf „unerträgliche Weise provoziert“ fühlen. Die 2,3-Prozent-Offerte ab 1. Mai und 50 DM für März und April sollte nur gelten, wenn sich die Gewerkschaft einem Versorgungsdiktat unterwerfe. Die DPG aber ließe sich weder von Bundesinnenminister Zimmermann einen Kopf kleiner machen noch von Postminister Schwarz-Schilling „knebeln“ und „tarifpolitisch abmeiern“.

Kurt van Haaren lehnte Privatisierungsmaßnahmen ab und äußerte die Überzeugung, daß sich der im Oktober stattfindende DPG-Kongreß erneut für die 35-Stunden-Woche entscheiden werde. Zu der Frage der Friedenssicherung und Entspannung versicherte er, seine Gewerkschaft würde sich dafür einsetzen, daß der Rüstungswettlauf durchbrochen wird. Denn Rüstung führe zu einer Vergeudung öffentlicher Gelder. Sie bekämpfe weder Arbeitslosigkeit noch Inflation und verhindere oder erschwere dringend notwendige soziale Reformen. Das Motto der Bundesjugendkonferenz belege eindeutig, wo die DPG die Werte sieht, für die es einzutreten lohnt.

Es bleibt noch nachzutragen, daß die Delegierten den ausländischen Kolleginnen und Kollegen ihre Solidarität bekundeten und 3000 DM für Nicaragua sammelten. G. M.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Hans Preiss, IG Metall, zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung

Am 10. Mai vor fünfzig Jahren loderten die Scheltherhaufen. Bücher kritischer und unbequemer Schriftsteller wurden von grölenden SA-Horden in die Flammen geworfen. In der Folgezeit wurde entsetzliche Wirklichkeit, was Heinrich Heine viele Jahrzehnte zuvor gesagt hatte: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“ Zur Mahnung an den 10. Mai 1933 fanden zahlreiche DGB-Veranstaltungen statt, so auch auf dem Frankfurter Römerberg. Zu den 2000 Teilnehmern sprach Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seine eindringliche Rede dokumentieren wir nachfolgend im Wortlaut.

Am 27. März 1933 brannte der Reichstag, am 10. Mai 1933 brannten die Bücher, am 9. November 1938 brannten die Synagogen, 1939 brannten die polnischen Städte und Dörfer. Und dann brannten die Krematorien in Auschwitz. Tag und Nacht wälzte sich der schwarze Rauch über das Lager. Millionen Menschen starben, wurden zu Asche gebrannt: in den Konzentrationslagern, auf den Schlachtfeldern, in den Städten. Die Blutspur der Faschisten ist auch eine Spur des Feuers.

Wer aber ließ die Brandstifter gewähren? Wer lieferte die Zündhölzer? Die Aktienkurse stiegen, als die Bücher am 10. Mai 1933 in die Flammen geworfen wurden. Die „Wende“ war längst vollzogen. Der „Aufschwung“ wurde versprochen. Das Kapital faßte wieder Mut in diesen Tagen, weil Arbeiterfunktionäre verhaftet, gefoltert, erschlagen wurden. Es lohnte sich, wieder zu investieren, weil die Angst umging, weil es keine Gewerkschaften mehr gab. Am 2. Mai waren die Gewerkschaften zerschlagen worden, am 10. Mai wurden die Bücher verbrannt.

Inhaltsverzeichnis:

1. Mai 1933: Auszüge aus Reden bekannter Gewerkschafter	14
DGB-Stellungnahme zur Regierungserklärung	15
IGM-Arbeitsprogramm für die 35-Stunden-Woche	16
Zusammenhalt von Beschäftigten und Unbeschäftigten nötig (Ein Beitrag zum Karl-Marx-Jahr)	18
Beschlüsse des Gewerkschaftstages Kunst und der DPG-Jugend	19

Bücher und Gewerkschaften, Bildung und Arbeiterbewegung, Theorie und Praxis, Wort und Tat – das war es, was die Nazis am meisten fürchteten: daß die Idee der Gerechtigkeit, daß die Utopie der Menschlichkeit die Massen ergreift. Sie fürchteten nicht das Buch an sich. Sie fürchteten im Buch den Träger der Idee. Sie fürchteten nicht das Wort schlechthin. Sie fürchteten das Wort, das zur Tat wird. Sie fürchteten den Hungernden, der zum Buch greift und erfährt, warum er hungert und die anderen prassen. Aber sie kämpften den verlorenen Kampf aller Reaktionäre. Sie waren ohnmächtig im Rausch der Macht.

Die blinde amerikanische Schriftstellerin Helen Keller verfluchte sie: „Ihr habt aus der Geschichte nichts gelernt, wenn ihr glaubt, Ideen ausrotten zu können. Tyrannen haben das schon oft versucht, aber die Ideen sind aufgestanden und haben sie hinweggefegt. Ihr könnt meine Bücher und die der edelsten Geister Europas verbrennen, aber die Ideen sind schon aus den Büchern herausgetreten und über Millionen Kanäle weitergewandert... Ihr hättet besser einen Mühlstein am Halse und würdet untergehen, als von allen Menschen gehaßt und verachtet zu werden.“

Die Nazis wollten den „Marxismus“ ausrotten. Aber was verstanden die Nazis unter „marxistisch“? „Marxistisch“ war: Friede statt Krieg, Demokratie statt autoritärer Staat, Mitbestimmung statt Führerprinzip, Einheit statt Spaltung, internationale Solidarität statt Völkerhetze, Kritik statt Gehorsam, die Würde des Menschen gegen Erniedrigung und Vernichtung.

Die Bücher wurden verbrannt, weil das Erbe der Arbeiterbewegung, weil die Traditionen des Humanismus für immer ausgelöscht werden sollten. Die Gewerkschaften teilten das Schicksal der Bücher, nicht nur weil sie Organisationen des Kampfes, auch weil sie Stätten der Bildung waren. Hitler hatte sich vor Unternehmern gebrüstet, daß er nicht ruhen werde, bis die letzte Bildungsstätte der Arbeiter geschlossen sei.

Werden nicht auch heute wieder gewerkschaftliche Bildungsstätten als „rote Hochburgen“ und „Kaderschmieden“ diffamiert? Beginnt die Suche nach dem Feind nicht immer unter denen, die Bücher lesen? „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung!“, so lautete der erste „Feuerspruch“, mit dem die Schriften von Karl Marx und Karl Kautzky den Flammen übergeben wurden. Es folgten die Schriften von Sigmund Freud, Heinrich und Thomas Mann, Kurt Tucholsky, Erich Kästner und vielen anderen.

Lauten die Sprüche der „Neukonservativen“, der „Wende“-Politiker, der Krisenverschärfer heute anders? Die Worte sind ausgetauscht worden, aber nicht die Inhalte. Die Methoden haben gewechselt, sind auch die Ziele andere geworden? Man kann Bücher hinrichten ohne sie zu verbrennen, und Hinrichtungen sind nicht das einzige Mittel zur autoritären Formierung der Gesellschaft.

Nicht nur die Scheiterhaufen des 10. Mai 1933, auch der „Volksempfänger“ ist ein Symbol der Nazidiktatur geworden. Damals war der Rundfunk das Medium der Verdummung, heute gehen wir daran, ganze Städte zu „verkabeln“. Haben wir einmal darüber nachgedacht, was es bedeutet, wenn wir Politik nur noch passiv konsumieren, was es bedeutet, wenn wir sprachlos werden, weil andere uns das Denken abgenommen haben, was es bedeutet, wenn wir blind werden für die Wirklichkeit, weil andere uns das Sehen abnehmen?

Zeigen sich nicht heute schon die Umriss eines neuen Alphabetentums? Produzieren wir nur deshalb immer mehr Bücher, weil immer weniger gelesen werden? Noch bleibt uns eine Spanne Zeit. Laßt unseren Abscheu in Widerstand umschlagen. Laßt uns für die Freiheit kämpfen, solange unsere Herzen noch nicht gelähmt, solange unsere Gedanken noch nicht in Fesseln geschlagen sind!

DIESELN DRUCKTISSE MEINUNGEN

1. Mai 1983: Auszüge aus Reden bekannter Gewerkschafter

In verstärktem Maße fanden am diesjährigen 1. Mai gewerkschaftliche Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen statt (s. NACHRICHTEN 5/83). Es gab Reden mit sozialpartnerschaftlichem Inhalt und andere, die auf Aktionen orientieren: gegen Sozialabbau und Stilllegung atomarer Mittelstreckenraketen sowie für die 35-Stunden-Woche. Aus Platzgründen sind wir leider nicht in der Lage, alle uns vorliegenden, am 1. Mai gehaltenen Reden bzw. Auszüge daraus zu veröffentlichen, sondern uns auf zwei Reden zu beschränken. Daraus dokumentieren wir nachfolgend Auszüge.

Leonhard Mahlein in Wuppertal

Wir gehen harten Auseinandersetzungen entgegen. Geschenk wird uns nichts. Umgekehrt müssen wir feststellen: In den Betrieben herrscht Angst um die Arbeitsplätze. Kollegen werden in Konkurrenz zueinander getrieben. Resignation ist spürbar. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir uns auf alte Erkenntnisse zurückbesinnen:

1. Die Zeiten werden sich nicht von selbst zum Besseren wenden. Es liegt vielmehr in unserer eigenen Hand. Wir müssen Widerstand leisten. Nur so werden wir die Machtverhältnisse zu unseren Gunsten verändern.

2. Das heißt: Wir müssen kämpfen. Allein Gespräche, gute Argumente, Verhandlungen und Dialoge reichen nicht – so sinnvoll sie auch sein mögen.

Laßt mich an dieser Stelle nochmals an die Zeit vor 50 Jahren erinnern. Die Hoffnung, durch Anpassung, durch Stillhalten, durch Tolerieren des Sozialabbaus den Kern des sozialen Besitzstands und die eigene Organisation retten zu können – diese Hoffnung hat sich als böse Illusion erwiesen. Die Gewerkschaften sind am Ende der Weimarer Republik Schritt für Schritt zurückgewichen, bis sie dem Angriff der Nazis geschwächt und unfähig zur Gegenwehr ausgeliefert waren. Deshalb können wir nur warnen, etwa vor einer Neuauflage der konzertierten Aktion oder einem Sozialpakt, oder wie der Versuch der friedlich-schiedlichen Interessenaustragung sonst noch heißen möge.

Unsere Kraft liegt in den Betrieben und liegt in der Bereitschaft unserer Mitglieder, gewerkschaftliche Forderungen notfalls durch Arbeitskampf zu unterstützen. Da komme keiner und rede sich damit heraus, daß die Mitglieder angeblich nicht bereit seien zu folgen. Auch dies lehrt das Ende der Weimarer Demokratie: Die Arbeiter waren bereit zum Kampf, doch sie wurden nicht gerufen. Oder denken wir an den vergangenen Herbst: Weit mehr als eine halbe Million Menschen haben gegen die Politik des Sozialabbaus demonstriert. Wir müssen eben hin und wieder auf die Straße gehen, in Zukunft mehr noch als bisher.

Wir brauchen Solidarität. Das gilt im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften. Das gilt namentlich für die gegenseitige Unterstützung, etwa beim Arbeitskampf. Das gilt jedoch erst recht im Verhältnis zu unseren arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen. Wer seinen Arbeitsplatz verloren hat, muß sich auf uns verlassen können. Er gehört zu uns. Daher halten wir es für wichtig, daß wir neue Formen der Zusammenarbeit mit arbeitslosen Kollegen entwickeln. Ich appelliere an alle, sich dieser Aufgabe nicht zu verschließen.

Soziale Sicherung setzt Entspannung und Abrüstung voraus. Daher brauchen wir nicht nur einen engen Schulterschuß zur Friedensbewegung. Wir dürfen uns auch als Gewerkschafter um aktuelle Fragen der Entspannungspolitik nicht herumdrücken. In diesem Herbst droht die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen. Ich wiederhole, was bereits der DGB-Bundeskongreß vor einem Jahr beschlossen hat: Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa geben. Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß war schon falsch, als er vor dreieinhalb Jahren gefaßt wurde. Er ist seitdem nicht richtiger geworden. Er gehört daher gekündigt. Bei alledem sollten wir nicht vergessen: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Franz Steinkühler in Ludwigsburg

Es hat in diesem Lande Zeiten gegeben, in denen immer neue Wachstumsrekorde und Vollbeschäftigung garantiert schienen. In jenen Jahren ist auch die Legende von der sozialen Überlegenheit unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems gestrickt worden. Nach Vätern für das angebliche Wirtschaftswunder brauchte man nicht Ausschau zu halten – sie gab es genug. Politiker und Arbeitgeberfunktionäre, Unternehmer und Spitzenmanager wurden nicht müde, sich die Lorbeeren für ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung ums Haupt zu winden. Sie waren stets gerne bereit, alle Produktionsrekorde auf das Konto ihrer Tüchtigkeit, ihrer Weitsichtigkeit und sozialen Verantwortung gutschreiben zu lassen. An Phantasie hat es dabei nie gefehlt.

Heute sieht das anders aus. Nach dem System der „Sündenböcke“ versucht man, den Schwarzen Peter weiterzuschieben, bis er – wie gewohnt – beim Schwächsten landet. Die einen fasseln von Sachzwängen und Rahmenbedingungen und auch von Opfern, die jetzt alle gemeinsam bringen müßten. Die anderen gehen sogar einen Schritt weiter, sie versuchen, die Schuld den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften, ihrer Tarifpolitik und ihren überzogenen Reformforderungen in die Schuhe zu schieben. Aber das alles läuft auf das gleiche hinaus: Wenn es aufwärtsgeht, dann ist das Tüchtigkeit der Unternehmer. Wenn es abwärtsgeht, dann fliehen sie aus der sozialen Verantwortung, dann sollen andere schuld sein: die allgemeine Weltlage, die Preispolitik der OPEC-Länder, die SPD oder die Gewerkschaften.

Alles darf schuld an Krise und Massenarbeitslosigkeit sein – nur nicht der wirkliche Verursacher: dieses auf Profit und nicht auf Menschlichkeit aufgebaute Wirtschaftssystem. Tatsache ist aber nun einmal, daß in dieser Wirtschaftsordnung Unternehmer und Manager über Preise und Investitionen, über Produktionsprogramme und Verkaufskonzepte – und damit auch über Arbeitsplätze – entscheiden.

● Daß sie das und wie sie es tun, sah man an den Wahlnotwendungsversuchen mancher Unternehmer vor der März-Wahl.

● sieht man an den politischen Kaufversuchen von Flick und seinen Helfershelfern.

● sieht man auch auf der Spendenliste mit den eindrucksvollen Arbeitgebernamen hier in Baden-Württemberg.

Im Mittelpunkt dieses Wirtschaftssystems steht nicht der Mensch, wie womöglich einige verirrte Sozialromantiker behaupten, sondern das knallharte Gesetz der Kapitallogik, der Gewinn oder der Profit. Diesem gnadenlosen Konkurrenzkampf der Unternehmen gegeneinander, diesem „Wolfs-gesetz“ des Kapitalismus, fallen ganze Wirtschaftszweige, Regionen, Betriebe, Arbeitsplätze, gesellschaftliche Bedürfnisse und auch Menschen zum Opfer. Es ist höchste Zeit, daß wir diese Zusammenhänge durchschauen, daß wir uns zur Wehr dagegen setzen, daß wir aufhören zu glauben, Krisen seien eine Art unabwendbares Naturereignis, seien ein unabwendbares Schicksal, dem man nur durch Bescheidenheit, Zurückhaltung, durch Opferbereitschaft und Verzicht begegnen kann.

DGB-Stellungnahme zur Regierungserklärung

Am 5. Mai veröffentlichte der Bundesvorstand des DGB eine Stellungnahme zu der tags zuvor von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag abgegebenen Regierungserklärung. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir das DGB-Dokument im Wortlaut (siehe auch Seite 2).

I. Das Regierungsprogramm der Regierung Kohl/Genscher ist ein Programm des sozial- und gesellschaftspolitischen Rückschritts. Der Appell an die Eigenverantwortung des einzelnen, die stillschweigende Preisgabe des Sozialstaatsprinzips, der Rückzug des Staates aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung und die Rückverlagerung von sozialen Risiken auf den einzelnen dokumentieren den Beginn eines Weges, an dessen Ende der gesellschaftspolitische Konsens verspielt sein wird – an dessen Ende wieder die Klassengesellschaft stehen könnte.

Die Regierungserklärung der Regierung Kohl/Genscher übertrifft die wirtschafts- und sozialpolitischen Befürchtungen des DGB: Eine sachliche Analyse der tiefgreifenden strukturellen Ursachen der Krise unterbleibt. Wo aber die Analyse fehlt, muß die Wirtschaftspolitik in die Irre gehen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird zwar zu einem Schwerpunkt erklärt – dem folgen aber keine Taten. Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen können nicht durch Steuergeschenke an Unternehmen und durch die sogenannte Verbesserung der sogenannten Rahmenbedingungen der Wirtschaft erreicht werden. Die Erfüllung wesentlicher sozialpolitischer Aufgaben des Staates wird von der jeweiligen Lage der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht. Dies verkennt: Ursache der Finanzkrise des Staates und der Sozialleistungssysteme ist die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise – und nicht umgekehrt.

Die Regierungserklärung beschönigt die wirkliche Lage und fordert dort zu energischem Widerspruch heraus, wo sie von dem angeblichen Aufschwung spricht. Selbst wenn der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung eintreten sollte, ist eine dauerhafte wirtschaftliche Belebung nicht gesichert. Mehr noch: Eine weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich ab. Die Regierungserklärung berücksichtigt in keiner Weise die Vorschläge des DGB zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur sozial gerechten Verteilung der Lasten aus Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Sie stellt insofern eine Absage der Regierung Kohl/Genscher an das Angebot des Deutschen Gewerkschaftsbundes dar, die Arbeitslosigkeit sowie ihre finanz- und sozialpolitischen Folgen gemeinsam mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu bewältigen.

II. Zur Regierungserklärung stellt der DGB im einzelnen fest:

1. Die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit ist um so größer, je massiver Investitionen der öffentlichen Hand und der private Verbrauch der Arbeitnehmer und Sozialeinkommensbezieher eingeschränkt werden. Dies bedeutet einen Anstieg der öffentlichen Kosten zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

2. Der DGB hält es für eine Illusion, das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen nur durch weitere Steuergeschenke an Unternehmen verbessern zu wollen. Öffentliche Subventionen an Unternehmen müssen an Auflagen zur Erhaltung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze gebunden sein. Außerdem werden durch Steuergeschenke an Unternehmen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung verschärft.

3. Der DGB hält eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik weiterhin für notwendig. Insbesondere müssen die seit einigen Jahren rückläufigen Investitionen der Gebietskörperschaften auf ihr früheres Niveau angehoben werden. Außerdem muß ein

zusätzliches staatliches Beschäftigungsprogramm mit einem auf 5 Jahre verteilten Volumen von mindestens 50 Milliarden DM auf den Weg gebracht werden. Dieses Programm zielt auf die Förderung des qualitativen Wachstums durch öffentliche und private Investitionen. Der DGB wendet sich gegen die in der Regierungserklärung enthaltene Behauptung, Beschäftigungsprogramme seien wirkungslos. In der Vergangenheit wurde mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm nur ein Programm im Sinne der DGB-Vorschläge verwirklicht. Mit diesem Programm wurden in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nachweislich 350 000 Arbeitsplätze geschaffen.

4. In Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit darf der Staat sich seiner Mitverantwortung für die Beschäftigung durch eine ausreichende Nachfragesicherung nicht entledigen. Das angestrebte Absenken der Obergrenze der jährlichen Neuverschuldung des Bundes wird der arbeitsmarktpolitischen Situation nicht gerecht.

5. Notwendiger Bestandteil der Beschäftigungspolitik ist die Arbeitsmarktpolitik. Der DGB sieht mit großer Sorge, daß nicht nur die Arbeitslosigkeit insgesamt, sondern auch der Anteil der sogenannten Langfrist-Arbeitslosen steigt. Weitere Einsparungen bei den Lohnersatzleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung lehnt der DGB entschieden ab. Sie würden lediglich dazu führen, daß immer mehr Menschen in die Sozialhilfe abgedrängt werden und die kaufkräftige Nachfrage noch mehr eingeschränkt würde.

Der DGB hält eine Verstärkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für unerlässlich. In diesem Jahr werden die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit bereits 55 Milliarden DM betragen. Es ist sozial-, beschäftigungs- und finanzpolitisch notwendig, öffentliche Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden. Anstelle der vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit sollte endlich die vom DGB geforderte sozial gerechtere Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen der Bundesanstalt für Arbeit durch Einbeziehung aller am Erwerbsleben beteiligten Personengruppen vorgenommen werden.

6. Eine entscheidende Voraussetzung zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit in allen ihren Formen. Der DGB hält an seiner Forderung fest, die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung durch ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz zu ersetzen und die Lebensarbeitszeit durch eine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze ohne versicherungsmathematische Abschläge zu verkürzen. Darüber hinaus erwartet der DGB unverändert, daß weitergehende Bemühungen der Tarifvertragsparteien zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch ein entsprechendes Rahmengesetz ermöglicht werden.

7. Die vorgesehenen Regelungen in der Sozialpolitik laufen auf eine weitere einseitige Belastung von Rentnern und anderen Sozialleistungsempfängern hinaus. Der in der Erklärung für die Strukturreform der sozialen Rentenversicherung geforderte allgemeine Konsens setzt voraus, daß die Lösung der anstehenden Probleme nicht nur isoliert in der sozialen Rentenversicherung gesucht, sondern eine fortschrittliche Harmonisierung sämtlicher Alterssicherungssysteme angestrebt wird. Mit der auch weiterhin in Erwägung gezogenen nochmaligen Verschiebung der Rentenanpassung im nächsten Jahr wird der in der Regierungserklärung aufgestellte Grundsatz, daß sich die Renten wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln sollen, verletzt und das Vertrauen der Rentner und Beitragszahler in die vor der Wahl abgegebenen Versprechen erschüttert.

8. Die in der Regierungserklärung enthaltene Absicht, vom Krankengeld Beiträge für die Rentenversicherung zu erheben, mindert diese Leistung und gefährdet die Lohnersatzfunktion des Krankengeldes. Dadurch werden die krankenversicherten Arbeitnehmer mit der Finanzierung von Defiziten der Alterssicherung belastet, während einkommensstärkere Gruppen – vor allem die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen – wei-

terhin verschont bleiben. Demgegenüber fordert der DGB, endlich die dringend notwendigen Strukturreformen in der Krankenversicherung und Gesundheitspolitik einzuleiten sowie die ab 1. 1. 1983 eingeführte Selbstbeteiligung bei Kuren und Krankenhausbehandlung unverzüglich zu beseitigen.

9. Zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit erwarten wir von der Bundesregierung, daß sie auf der Grundlage des Sofortprogramms des DGB zur Beseitigung des Ausbildungsstellenmangels Initiativen ergreift. Hierzu reichen keine vagen Zusagen aus, in diesem Jahr würden alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, eine Lehrstelle erhalten.

10. Zum Schutz der elementaren Arbeitnehmerinteressen und zur demokratischen Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise der Ausbau der Mitbestimmung unerlässlich. Dazu schweigt sich die Regierungserklärung in auffälliger Weise aus. Mit einer Ausnahme: Zur Bewältigung der Stahlkrise wird die Mitverantwortung durch Mitbestimmung eingefordert. Die Gewerkschaften sind bereit, Mitverantwortung zu tragen. Dies muß aber zur Konsequenz haben, den Ausbau und die Weiterentwicklung der qualifizierten Mitbestimmung zum Gegenstand der künftigen Regierungspolitik zu machen.

11. Das den Gewerkschaften bekundete Vertrauen in ihr Verantwortungsbewußtsein wird durch die Praxis vor allem im öffentlichen Dienst widerlegt: Die auf überholten Grundsätzen beruhende Abhängigkeit der Beamten wird von der einseitigen Entscheidung über ihre Beschäftigungsbedingungen mißbraucht, um die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst auszuhehlen. Der DGB besteht auf einer umfassenden Reform des öffentlichen Dienstrechts, welche das volle Koalitionsrecht und damit die Tarifautonomie auf alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten ausdehnt.

12. Die Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechniken mit dem Ziele der Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedarf aus der Sicht des DGB dringend begleitender Maßnahmen zur sozialen Beherrschung der modernen Technikentwicklung. Technologisch bedingte Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Leistungsverdrängung und die Zunahme elektronischer Kontrollsysteme sind soziale Risiken für die Arbeitnehmer, zu deren Verhinderung staatliche Technologiepolitik beitragen muß.

13. Friedenspolitik ist heute nur über den Weg der Rüstungskontrolle und Abrüstung dauerhaft möglich. Für die Stabilisierung des Friedens zwischen Ost und West ist ein Erfolg bei den Genfer Verhandlungen um die Mittelstreckenraketen unerlässlich. Ein Scheitern der Verhandlungen würde eine neue Welle des Wettrüstens auslösen und eine Verschärfung des internationalen Klimas herbeiführen. Dies wäre das Ende der Entspannungspolitik und der Anfang eines neuen kalten Krieges. Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung von historischer Dimension ist es notwendig, die Sicherheitsinteressen beider Seiten zu beachten. Dies bedeutet, daß alle Mittelstreckenraketen in Europa bei den Verhandlungen berücksichtigt werden müssen.

Der DGB bleibt bei seiner Forderung, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen abgebaut werden müssen. Eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa darf es nicht geben.

nachrichten-reihe 22

12. ordentlicher Bundeskongreß des DGB vom 16. bis 21. Mai 1982 Reden – Beschlüsse

Mit einer politischen Einschätzung von Christian Götz
107 Seiten, Preis 6,- DM

IGM-Arbeitsprogramm für die 35-Stunden-Woche

Bei der IG Metall sind die Vorbereitungen für den Kampf um die 35-Stunden-Woche angelaufen. Der Gewerkschaftsvorstand beschloß ein Arbeitsprogramm, das am 26. April der Presse übergeben wurde und das wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichten.

1. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist der Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik der IG Metall. Sie wird mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der Tarifbewegung 1983/84 von der IG Metall angegangen werden. Die IG Metall verlangt vom Gesetzgeber die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bei gleichzeitiger Sicherung der vollen Rentenansprüche.

2. Die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung muß im Jahre 1983 auf allen Ebenen und in allen Bereichen gewerkschaftlicher Arbeit gründlich und umfassend vorbereitet werden. Die Bezirke und Verwaltungsstellen sind gleichzeitig aufgefordert, durch bezirkliche Arbeitsprogramme und durch Aktionsprogramme auf örtlicher Ebene die vorgeschlagenen Aktivitäten zu ergänzen und zu konkretisieren.

3. Die Vorbereitung der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1983 muß

– auf argumentativer Ebene durch die Darlegung und Verbreitung der gewerkschaftlichen Argumente für Arbeitszeitverkürzung, die Diskussion um die Sicherung der Beschäftigungs- und Humanisierungswirkungen von Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben und die Widerlegung der Gegenargumente der Arbeitgeber;

– durch Aktivierung der Mitglieder in der gewerkschaftlichen Betriebspolitik, der Bildungs- und Kulturarbeit, der Personengruppenarbeit

– sowie durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der IG Metall und auch im Rahmen des DGB erfolgen.

4. Auf argumentativer Ebene geht es um:

– die Darlegung und Erläuterung der humanisierungs-, beschäftigungs- und gesellschaftspolitischen gewerkschaftlichen Argumente für umfassende und generelle Verkürzung der Arbeitszeit.

Dazu gehört insbesondere:

● die Begründung der Arbeitszeitverkürzung auf dem Hintergrund wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Entwicklung angesichts geringerer Wachstumsraten und verschärfter Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmer;

● die Darlegung der Bedeutung von Arbeitszeitverkürzungen angesichts geänderter und steigender Belastungen im Arbeitsleben;

● der Hinweis auf den wachsenden Bedarf der Arbeitnehmer an aktiver, familiärer, sozialer, kultureller und politischer Freizeitgestaltung.

In diesem Zusammenhang muß auch deutlich werden, daß die genannten Perspektiven verlangen, weitergehende Verkürzung der Arbeitszeit sowohl vom Umfang als auch von der Form her ins Auge zu fassen;

– die Information und Diskussion über die Bedingungen der Arbeitszeitverkürzung, vor allem über die Sicherstellung ihrer Wirkungen für Humanisierung und Beschäftigung. Dazu gehören unter anderem die Themen:

● voller Lohnausgleich,

● Erläuterung und Begründung der Beschäftigungswirkungen und Kosteneffekte von Arbeitszeitverkürzung,

● Verbesserung der Wirkungen von Arbeitszeitverkürzung für Humanisierung und Beschäftigung in der betrieblichen Umsetzung durch

● Sicherung der Arbeits- und Leistungsbedingungen (definierte Arbeitsbedingungen) in der gewerkschaftlichen Tarif- und Betriebspolitik;

● Einschränkung und Kontrolle der Mehrarbeit;

● Fragen der Einstellungs- und Beschäftigungsgarantien sowie Stellenbesetzungsregelungen;

● Lage und Verteilung von kürzerer Wochenarbeitszeit; Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung.

Bei der Widerlegung der Arbeitgeberargumente gegen Arbeitszeitverkürzung geht es vor allem darum, sich mit

● dem Grundwiderspruch der Arbeitgeberargumentation, hohe Kostenbelastung einerseits, keine Beschäftigungswirkung andererseits durch Arbeitszeitverkürzung,

● Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit,

● Fragen der betriebswirtschaftlichen, tarifpolitischen und volkswirtschaftlichen Kostenargumentation und

● Fragen der Beschäftigungswirkung von Arbeitszeitverkürzung auseinanderzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist der gewerkschaftliche Kampf um Arbeitszeitverkürzung auch in ein tarifpolitisches Gesamtkonzept zur Sicherung von Beschäftigung, Entlohnung und Eingruppierung, Qualifikation und Gesundheit unter den Bedingungen der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise einzubetten. Gleichzeitig muß die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag verknüpft werden mit den Forderungen an den Staat, vor allem nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, zu einer arbeitsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu einer Änderung der Arbeitszeitordnung und zu einer Verbesserung der Mitbestimmung bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien.

5. Die Vorbereitung der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung soll im einzelnen durch folgende Aktivitäten erfolgen:

5.1 Für die gewerkschaftliche Betriebs- und Vertrauensleutearbeit sind Diskussionsmaterialien zur Frage der Lage und Verteilung der kürzeren Arbeitszeit und zu einem tarif- und betriebspolitischen Konzept zur Sicherung der Humanisierungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen anzubieten. Gleichzeitig sind entsprechende Aktionen durchzuführen (z. B. „Mehrarbeit kontrollieren“, „Leistungsbedingungen sichern“). Die Betriebsräte und Vertrauensleute werden aufgefordert, sich an diesen Aktionen zu beteiligen, auf Betriebsversammlungen und Vertrauenskörpersitzungen alle Fragen der Arbeitszeitverkürzung, ihrer Umsetzung und der Sicherstellung ihrer Wirkungen im Betrieb und der Vorbereitung einer entsprechenden Tarifaufeinandersetzung zu diskutieren.

5.2 In der gewerkschaftlichen Bildungs- und Kulturarbeit soll dieses Thema verstärkt behandelt werden, zum Beispiel:

– durch die Einbeziehung des Themas in alle Seminare,

– durch die Erarbeitung eines eigenen Seminarkonzeptes für Wochenendseminare,

– durch regionale Tagesseminare und eine Serie von Abendveranstaltungen;

– durch Einbeziehung aller Aspekte der Thematik in die gewerkschaftliche Kulturarbeit;

– durch das Aufgreifen des Themas in der Arbeit gewerkschaftlicher Kulturgruppen und Ausschreibung eines entsprechenden Wettbewerbs;

– durch eine Umfrage unter IG-Metall-Mitgliedern zu dem Thema. Dadurch soll die Notwendigkeit umfassender Arbeitszeitverkürzung argumentativ verbreitet werden.

5.3 In der Personengruppenarbeit geht es um die Umsetzung der Forderung nach genereller Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit spezifischer Argumentation für einzelne Personengruppen. Dabei soll die allgemeine und einheitliche Forderung im Blick auf einzelne Gruppen, z. B. Angestellte, Jugend, Frauen, Handwerk, mit jeweils besonderen Argumenten verdeutlicht werden. Diese Argumente sollen in die allgemeinen Materialien Eingang finden.

5.4 Mit den gewerkschaftlichen Publikationsmöglichkeiten ist die Thematik der Verkürzung der Wochenarbeitszeit regelmäßig und verstärkt zu behandeln. Dazu gehört unter anderem:

– die Herausgabe einer grundlegenden Argumentationsbrochure der IG Metall für Arbeitszeitverkürzung,

– die regelmäßige Behandlung des Themas und all seiner Aspekte in unterschiedlichster Form in der Zeitung „metall“,

– ein Schwerpunktheft der Funktionärzeitschrift „Der Gewerkschafter“ zum Thema Arbeitszeitverkürzung,

– die Erstellung bzw. Erarbeitung von Slogans, Werbeträgern und Werbemitteln für die Arbeitszeitverkürzung

– und die Erarbeitung von Argumentations- und Rednermaterialien für Betriebsräte und Vertrauensleute.

5.5 In der Öffentlichkeitsarbeit sind unter anderem notwendig:

– Anregung zu einer Künstler- und Kulturinitiative „Arbeitszeitverkürzung“;

– Durchführung von regionalen Arbeitsmarkt-/Arbeitszeitkonferenzen, wo konkrete Daten und Fakten zur regionalen Arbeitsmarktentwicklung dargelegt werden sollen;

– Durchführung einer Diskussionsveranstaltung mit Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitswissenschaftlern zur Arbeitszeitverkürzung;

– Durchführung einer zentralen Konferenz „Arbeitszeit verkürzen – Arbeitsplätze sichern – Lebensqualität verbessern“ im Januar des Jahres 1984;

– Erarbeitung eines Videofilms zum Thema Arbeitszeitverkürzung;

– Erarbeitung einer Plakatausstellung.

6. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund muß die Koordinierung in Sachen Arbeitszeitverkürzung auf der Grundlage des einstimmig beschlossenen Antrages 280 des 12. ordentlichen Bundeskongresses durchgeführt werden: „Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften bekräftigen ihre Entschlossenheit, durch ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Gleichzeitig halten sie es für notwendig, durch entsprechende Absprachen der Einzelgewerkschaften ein Gegengewicht gegen die tarifpolitischen Zentralisierungstendenzen der Arbeitgeber zu schaffen.“

– Der DGB ist aufgefordert, entsprechende Argumentationsmaterialien herauszugeben und Öffentlichkeitsarbeit zur Verkürzung der Arbeitszeit zu betreiben.

– Auf örtlicher und regionaler Ebene sollen die DGB-Kreise ebenfalls durch die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen gebeten werden, entsprechende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu betreiben.

7. Auf der Grundlage dieses Arbeitsprogramms sollen zunächst einzelne Aktivitäten erarbeitet und in Angriff genommen werden:

Erarbeitung und Verbreitung von Broschüren zur Arbeitszeitverkürzung für Funktionäre und Mitglieder;

Umfrage Zeitbedarf / Arbeitszeitverkürzung;

Erarbeitung von Seminarkonzepten und Durchführung zentraler und regionaler Seminare;

Argumentationshilfen für Vertrauensleute und Betriebsräte; Material für betriebliche Aktionen;

Argumentationsmaterial für Personengruppen;

Erarbeitung von Werbekonzepten; Herstellung und Einsatz von Werbemitteln;

Diskussionsveranstaltung mit Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialwissenschaftlern;

regionale Arbeitsmarkt-/Arbeitszeitkonferenzen;

Vorbereitung, Ausschreibung und Durchführung eines Wettbewerbs für gewerkschaftliche Kulturgruppen;

Künstlerinitiative;

Erarbeitung und Durchführung einer Ausstellung, gegebenenfalls zur Geschichte des gewerkschaftlichen Kampfes um Arbeitszeitverkürzung;

Erarbeitung von audiovisuellen Medien;

zentrale Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung.

Zusammenhalt von Beschäftigten und Unbeschäftigten nötig

Nach mehr als drei Jahren geht die 1980 ausgebrochene zyklische Überproduktionskrise gegenwärtig ihrem Ende zu. Aber weder ist der von der Rechtskoalition als Wahlköder ausgelegte „Aufschwung“ zu erwarten, noch wird die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Im Gegenteil, in der Wirtschaftsentwicklung dominieren die seit den siebziger Jahren beherrschenden Stagnationstendenzen, und die Massenarbeitslosigkeit wird weiter wachsen. Im Frühjahrsgutachten der fünf großen bürgerlichen Wirtschaftsinstitute wird für den kommenden Winter mit allein 2,8 Mill. registrierten Arbeitslosen gerechnet. Zieht man den Vergleich zum Februar dieses Jahres, wo zu den 2,5 Mill. registrierten Arbeitslosen noch eine von der Bundesanstalt für Arbeit geschätzte „stille Reserve“ in Höhe von 1,3 Mill. nicht oder nicht mehr gemeldeter Arbeitsloser sowie etwa 1,2 Mill. Kurzarbeiter kamen, so wird deutlich, daß selbst die düstersten Prognosen der Arbeitsmarktentwicklung Realität werden dürften.

Man sollte meinen, daß von den Apologeten der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den regierenden Interessenvertretern des Großkapitals diese Tatsachen schamhaft verschwiegen würden. Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe ist kein Argument, das von der Qualität dieses Gesellschaftssystems zeugt. Das Programm, mit dem die Rechtskoalition an die Regierung gekommen ist, die Propaganda der Unternehmensverbände und die Argumentation, mit der der Sozial- und Reallohnabbau und die Umverteilung zugunsten des Kapitals durchgesetzt werden, sprechen jedoch eine andere Sprache. Opferbereitschaft, Entlastung der Wirtschaft, Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft, Reduzierung der Ansprüche an den Sozialstaat sind der Kern der „Politik der Erneuerung“, die mit dem Druckmittel der Arbeitslosigkeit durchgesetzt werden soll. Die Massenarbeitslosigkeit hat daher im Propagandarepertoire der „geistigen Wende“ ihren wohl angemessenen Platz. Sie ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisch-ideologisches Druckmittel des Kapitals zur Erpressung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, ein Druckmittel, das um so nachhaltiger wirkt, je stärker das Massenbewußtsein, insbesondere aber die gewerkschaftliche Praxis von sozialpartnerschaftlichen Grundvorstellungen geprägt werden, die nicht über die Schranken des herrschenden Wirtschaftssystems hinausweisen.

Der ökonomische und ideologische Druck, der von der Arbeitslosigkeit auf die Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse ausgeht und gegen die Arbeiterklasse vom Kapital mobilisiert wird, ist von Marx (und Engels) immer wieder analysiert worden. Er wurzelt im kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis selbst und kann erst mit diesem endgültig aufgehoben werden. Im „Kommunistischen Manifest“ schrieb Marx und Engels: „Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.“¹ Aus dieser Eigentumslosigkeit resultiert die Konkurrenz der Lohnabhängigen beim Verkauf ihrer Arbeitskraft um einen Arbeitsplatz. „Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich“, heißt es im „Manifest“². Zu dieser Konkurrenz der Lohnabhängigen gehört auch, daß die industrielle Reservearmee der nicht- oder unterbeschäftigten Lohnarbeiter „die Löhne niedrig halten und durch ihre bloße Existenz die Macht des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeiter verstärken (wird). Im Wettlauf mit dem Kapital sind die Arbeiter nicht nur benachteiligt, sie haben eine ans Bein geschmiedete Kanonenkugel mitzuschleppen.“³ Dieser Mechanismus wirkt nicht nur als stummer ökonomischer Zwang,

er wird gleichermaßen vom Kapital und seinen politischen Interessenvertretern bewußt als Waffe gegen die Arbeiterklasse genutzt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der vorangegangenen wie der gegenwärtigen Regierung liefern hierfür genügend Anschauungsmaterial.

Die Lohnabhängigen können dem sozialen Druck, der aus ihrer Zersplitterung und Konkurrenz untereinander folgt, nicht anders begegnen als durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Das erste unmittelbare Ziel der Gewerkschaften besteht daher seit ihrer Existenz darin, „diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken“, sie sind „Mittel zur Abwehr der ständigen Übergriffe des Kapitals“, unabdingbares Instrument der Arbeiter im täglichen „Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit“.⁴ Ihre elementare Schutzaufgabe wird unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit schon objektiv durch die Existenz einer großen industriellen Reservearmee erschwert. Sie werden dieser Schutzaufgabe aber schon im Ansatz nicht gerecht werden können, wenn sie sich nur als Organisation des beschäftigten Teils der Lohnabhängigen verstehen und nicht auch alles unternehmen, um den arbeitslosen Teil der Klasse in ihre Organisation und Strategie einzubeziehen. Marx hat im „Kapital“ im 23. Kapitel, betitelt „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“, mit großer Aktualität untersucht, wie aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß, der ständigen Erweiterung und technischen Umwälzung des Kapitals die Tendenz erwächst, Lohnarbeitskräfte durch Maschinerie und neue Technik zu ersetzen, die Produktivität der Arbeit zu steigern und ihre Intensität zu erhöhen, also die Tendenz, „daß der absolute Zuwachs von Kapital von keiner entsprechenden Steigerung der allgemeinen Arbeitsnachfrage begleitet ist, also eine „relative Überbevölkerung“ erzeugt.

Dies beschreibt auch die gegenwärtige Entwicklung treffend. Wachsende Produktivität und Intensität der Arbeit des beschäftigten Teils der Klasse zieht „die Zufuhr von Arbeitern

Karl Marx und die Gewerkschaften heute

durch deren ‚Freisetzung‘ (nach sich), während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt...“⁵ Insofern ist es für die Vertretung der Interessen aller Lohnabhängigen unabdingbar, dem Kapital den „Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten“⁶ entgegenzusetzen, um dem Druck von Krise und Arbeitslosigkeit nicht völlig preisgegeben zu sein und ihn zumindest abmildern zu können.

Marx' Worte sind eine dringende Aufforderung zur intensiveren Einbeziehung der Arbeitslosen in die gewerkschaftliche Organisation und Arbeit. Die Aufnahme und nachhaltige Artikulierung ihrer Forderungen ist zwingend im Interesse der gesamten Klasse. Wenn die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden soll, wenn Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme durchgesetzt werden sollen, so setzt dies mit Marx' Worten voraus, „eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren“.⁷ Die Organisation und Unterstützung der Arbeitslosenbewegung, ihre Verknüpfung mit den Kämpfen der Beschäftigten um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, ihre Einbeziehung in die Lohnkämpfe und Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung sind daher eine der dringendsten Aufgaben gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik.

André Leisewitz

1 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 462.
2 Ebd., S. 473.
3 Engels, Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW Bd. 19, S. 249.
4 Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, in: MEW Bd. 16, S. 196-198.
5 Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: MEW Bd. 23, S. 669.
6 Ebd., S. 670.
7 Ebd., S. 669.

Gewerkschaftstag Kunst: Eine Auswahl von Beschlüssen

Ein außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst beschloß am 5. Mai 1983 in München die Umwandlung von einer Kartellorganisation zu einer Mitgliedergewerkschaft und sprach sich für die Bildung einer Gewerkschaft Kunst und Medien im DGB aus. Der 3. ordentliche Gewerkschaftstag – einen Tag später am gleichen Ort – setzte sich u. a. für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen die drohende Stationierung von Mittelstreckenraketen ein. Wir dokumentieren den Beschluß zur Mediengewerkschaft und weitere Beschlüsse des Gewerkschaftstages (siehe auch S. 23).

Gewerkschaft Kunst und Medien (A 02)

Die Gewerkschaft Kunst begrüßt und fördert die Bemühungen der Mehrzahl ihrer Mitgliedsgewerkschaften, eine neue Gewerkschaft Kunst und Medien im DGB zusammen mit der IG DruPa und anderen interessierten Gewerkschaften unter voller Einbeziehung der GK zu gründen. Sie wird sich an der Gründung dieser neuen Gewerkschaft ab sofort beteiligen und wird, wenn die Gründung erfolgt, ihre Mitglieder, soweit sie natürliche Personen sind, in die neue Gewerkschaft Kunst und Medien (der Name ist nicht verbindlich) korporativ überführen. Sie fordert ihre Mitgliedsgewerkschaften auf, ebenso zu verfahren.

Wenn die Neugründung der Gewerkschaft Kunst und Medien schon so weit gediehen ist, daß die beteiligten Gewerkschaften ihre Mitglieder in die neue Gewerkschaft Kunst und Medien überführen können, so ist (ohne Verstoß gegen den angenommenen Antrag 1) eine vorherige Überführung der Mitglieder in die GK – soweit noch nicht geschehen – nicht mehr erforderlich.

Falls es aus rechtlichen, insbesondere aus tarifpolitischen Erwägungen erforderlich ist, daß die GK auch noch neben der neu zu gründenden Gewerkschaft Kunst und Medien fortbesteht, so können ihre Mitglieder die Mitgliedschaft – ggf. als Doppelmitgliedschaft – bei ihr aufrechterhalten. Zur Auflösung der GK bedarf es eines besonderen Beschlusses auf einem mit diesem Tagesordnungspunkt einberufenen Gewerkschaftstag. Über die Verwendung des Vermögens ist auf dem Auflösungskongreß zu entscheiden.

Frieden und Abrüstung (A 1a)

Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst fordert

- Ächtung, Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen;
- keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa;
- Abbau bereits stationierter Mittelstreckenraketen in Europa;
- Abbruch der Stationierung sowie der Vorbereitungen für eine Stationierung weiterer Waffen und Waffensysteme in Europa;
- schrittweise Senkung der Rüstungsausgaben und Umverteilung dieser Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie für soziale und kulturelle Zwecke;
- Umstellung der Rüstungsproduktion auf friedliche Güter;
- Ratifizierung des SALT-II-Vertrages;
- weitere Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Der Gewerkschaftstag ruft alle im Kulturbereich Tätigen auf, sich ihrer großen Verantwortung für die Herausbildung der öffentlichen Meinung bewußt zu sein und bei ihrer beruflichen

Tätigkeit für die im Grundgesetz festgelegten Prinzipien der Völkerverständigung und der Friedenssicherung einzutreten, insbesondere auf deutschem Boden.

Um die Verwirklichung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, fordert der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst alle Gewerkschaftsgliederungen und Organe der Gewerkschaft Kunst, der Einzelgewerkschaften im DGB und den DGB auf, gegen den 1983 zu erwartenden Stationierungsbeginn von Cruise-Missiles und Pershing-II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland alle notwendigen Aktionsformen wie Streikmaßnahmen bis hin zum Generalstreik vorzubereiten und im Zusammenhang mit dem Stationierungsbeginn durchzuführen. Der Gewerkschaftstag fordert die Mitglieder der Gewerkschaft Kunst und den DGB auf, sich aktiv für den Frieden einzusetzen und Friedensinitiativen engagiert zu unterstützen.

Begründung: Die massierte Stationierung von Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Gefahrenpunkt erster Ordnung nicht nur für unser Land, sondern darüber hinaus für Europa und die übrige Welt. Nur durch einen zügigen Abbau der vorhandenen Waffenpotentiale kann eine Minderung dieser Gefahr herbeigeführt werden.

Ausländerfeindlichkeit (A 5)

Die Gewerkschaft Kunst im DGB betrachtet mit großer Sorge die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In der immer weniger versteckten Aggressivität und zunehmend offen verübten Aggression gegen diese Gruppe unserer Bevölkerung treten in erschreckender Weise neofaschistische Tendenzen zutage, denen es gilt, mit aller Kraft entgegenzuwirken. Deshalb beschließt der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst:

1. Die Gewerkschaft Kunst erklärt öffentlich – z. B. in Form einer Presseerklärung – ihre Sorge und ihre Bestürzung über Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit.

2. Zentralvorstand, Landesbezirksvorstände und Kreisvorstände werden – auf ihren Ebenen – diesen Tendenzen entschieden entgegnetreten; Zum Beispiel entsprechende Veranstaltungen des DGB oder antifaschistischer Bürgerinitiativen aktiv unterstützen und ggf., den Rahmen ihrer Möglichkeiten ausschöpfend, selber initiieren. Zugleich unterstützen sie alle Bemühungen zur Integration ausländischer Mitbürger.

Begründung: In erschreckender Weise haben ausländerfeindliche Tendenzen in der Bundesrepublik zugenommen: Dies verdeutlichen nicht nur die von Neofaschisten verübten Gewaltanschläge auf das Oktoberfest in München, auf ausländische Mitbürger in Nürnberg und Hamburg, die Morde an Türken in Stuttgart etc. Allgemein breitet sich Gleichgültigkeit aus gegen die alltägliche Diskriminierung von „Gastarbeitern“ („Türkenraus“-Parolen in „altdeutscher Schreibweise“ mit Runen SS gehören zum „normalen“ Stadtbild einer jeden Großstadt), und im Zuge der wirtschaftlichen Krise wächst die Bereitschaft heran, den ausländischen Arbeitnehmern aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz, die Schuld an der Krise zuzuweisen.

Gerade in dieser Frage sind die Gewerkschaften aufgefordert, aktiv zu werden, nicht nur um ihre Solidarität mit den ausländischen Kollegen zu beweisen, sondern auch um im eigenen Interesse einer Ablenkung von den tatsächlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Insbesondere auf örtlicher und regionaler Ebene ist es notwendig, gezielte Aufklärung zu betreiben. Daher organisieren viele DGB-Kreise entsprechende Solidaritätsveranstaltungen zum Thema Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Gewerkschaft Kunst sollte hier aktiv und offiziell als Gewerkschaft Kunst sich mit ihren Mitteln beteiligen, indem sie auf die Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen hinwirkt und an der Gestaltung – etwa durch künstlerische Beiträge und/oder durch Unterstützung von künstlerischen Beiträgen der von der Diskriminierung betroffenen ausländischen Kollegen – teilnimmt.

DPG-Jugendkonferenz: Eine Auswahl wichtiger Beschlüsse

Vom 12. bis 14. Mai fand in Osnabrück die 14. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt. Den Delegierten lagen 189 Anträge und 13 Inflationsträger vor. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir daraus eine Auswahl (der Bericht über diese Konferenz erscheint auf Seite 12).

Ausbildungsförderung (E 1)

Durch die Abschaffung der Ausbildungsförderung für Schüler und die Umstellung des Studenten-BAföG auf Darlehensbasis wird vielen jungen Menschen der Zugang zu weiterführenden Schulen und Hochschulen verbaut. Der Wegfall der BAföG-Förderung für Schüler in Berufsgrundbildungsjahren erschwert den Einstieg in die Berufsausbildung in unerträglicher Weise. Nach den drastischen Kürzungen des BAföG im Jahre 1980 wurde im Zuge der Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 1983 ein Gesetz beseitigt, das zum Abbau sozialer Benachteiligungen beigetragen hat. Viele Kinder aus einkommensschwachen Familien haben nur deswegen Fachschulen, Fachoberschulen, Abendgymnasien, Fachhochschulen und Universitäten besuchen können, weil sie durch BAföG gefördert wurden. Von den BAföG-Geförderten war jede zweite Schülerin und jeder zweite Schüler ein Arbeiterkind. Sie stammen zu 80 Prozent aus Familien mit einem Nettoeinkommen unter 2000 DM.

Nach Angaben der Bundesregierung wurden rund 15 000 Schüler auf dem Zweiten Bildungsweg mit BAföG gefördert. Durch die Streichung des Schüler-BAföG wird vielen Jugendlichen die Möglichkeit zum Besuch weiterführender Schulen genommen. Sie sind gezwungen, sich einen Ausbildungsplatz in Verwaltung und Betrieb zu suchen. Dadurch wird sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärfen.

Nach Auffassung der Bundesjugendkonferenz sind die BAföG-Kürzungen ein Schritt zurück in die Zeit, als Bildung noch das Privileg der Reichen war. Mit dem BAföG-Kahlschlag wird bildungspolitisch der Weg der Auslese und nicht der Förderung gegangen. Mit einer solchen Eliteförderung wird das Recht auf Bildung für alle mit Füßen getreten. Die soziale Öffnung des Bildungssystems, insbesondere der Hochschulen, ist mit dieser Entscheidung endgültig gescheitert. Bildung ist wieder abhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Die Bundesjugendkonferenz erwartet von den Politikern, daß die arbeitnehmerfeindlichen BAföG-Kürzungen wieder zurückgenommen werden und bekräftigt die Forderungen der Gewerkschaften nach Ausbau und Verbesserung der Ausbildungsförderung für Schüler, Auszubildende und Studenten.

Jugendarbeitslosigkeit (E 43)

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich 1983 dramatisch verschlechtert. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen hat keine Chance, eine Berufsausbildung zu erhalten. Sozial ohnehin benachteiligte Gruppen von Jugendlichen (z. B. Hauptschüler) werden unmittelbar nach dem Verlassen der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen. Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit blieben im Dezember 1982 203 000 Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Die Statistiken berücksichtigen nicht die Jugendlichen, die

- ein Berufsvorbereitungsjahr durchlaufen, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben,
- sich in Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit befinden,
- sich beim Arbeitsamt nach vorgeblicher Ausbildungsplatzsuche nicht weiter melden,
- wegen der Jugendarbeitslosigkeit und der immer höher geschraubten Anforderungen der Unternehmer an die Ausbildungsplatzbewerber gar keine Ausbildungsstelle suchen und

- Kinder ausländischer Arbeitnehmer sind und die keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Aus diesen Gründen ist zu befürchten, daß die Schätzungen des DGB, wonach 1982 über 300 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, eher das ganze Ausmaß der gravierenden Jugendarbeitslosigkeit kennzeichnen. Das heißt, daß diese Gesellschaft Hunderttausenden Jugendlichen keine lebenswerte Perspektive, sondern nur den Weg ins gesellschaftliche Abseits bieten kann.

Die jetzige Situation ist das Ergebnis einer Politik, die in den vergangenen Jahren - ungeachtet gewerkschaftlicher Forderungen - das Angebots- und Auswahlmonopol der Unternehmer in der betrieblichen Berufsausbildung unangetastet ließ. Sie ist aber genauso das Ergebnis des Verzichts staatlicher Institutionen auf eine umfassende Reform der beruflichen Bildung.

Um eine weitere Zuspitzung der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, ist ein Sofortprogramm in der beruflichen Bildung unabdingbar. Dazu gehören:

- Die Einführung der Meldepflicht für Ausbildungsplätze. Qualitative Berufsbildungsplanung ist nur so möglich.

- Die Einführung einer Ausbildungspflicht für Betriebe, verbunden mit einer Ausbildungsabgabe für nicht besetzte Pflichtplätze.

- Die Erweiterung des Ausbildungsplatzangebots durch Vollausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und Berufsschulen.

- Die gezielte Förderung von nicht genutzten oder bedrohten Ausbildungskapazitäten durch Abschaffung der auflagenfreien Subventionsprogramme in der beruflichen Bildung und Konzentration der öffentlichen Mittel auf ein solches Programm.

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz fordern von den politisch Verantwortlichen, daß sie sich endlich der berechtigten Belange der Jugendlichen annehmen und ein entsprechendes Sofortprogramm vorlegen sowie eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung nach den Zielvorstellungen des DGB einleiten.

Büchergilde Gutenberg (A 173)

Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, sich gegen alle Bestrebungen zu wenden, die Büchergilde Gutenberg an Medienkonzerne bzw. Firmen zu binden, deren Interessen den Zielen der Büchergilde sowie den Zielen der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken.

Begründung: Solche Bestrebungen, wie sie im Antrag aufgeführt sind, widersprechen den erklärten Zielen der Büchergilde auf das schärfste. Es ist heute notwendiger denn je, den Arbeitnehmern eine Möglichkeit zu guter, kultureller Freizeitbetätigung zu geben. Hier erfüllt die Büchergilde Gutenberg einen sehr wichtigen Auftrag, der bei Realisierung der im Antrag angegebenen Vorstellungen ernsthaft gefährdet würde. Die Gewerkschaften dürfen die kulturellen Bedürfnisse der Arbeitnehmer nicht den neo-konservativen und rein auf Kommerz ausgerichteten privaten Verlagen und Buchklubs überlassen.

Arbeitslose (A 178)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, dahingehend tätig zu werden, daß es zukünftig Arbeitslosen ermöglicht wird, Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft zu werden.

Begründung: In der Bundesrepublik steigt die Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat. Nach DGB-Schätzungen wird die Zahl der Arbeitslosen bis 1985 auf 3 Millionen steigen. Arbeitslose und insbesondere jugendliche Arbeitslose dürfen in ihrer Situation nicht allein gelassen werden, und es darf nicht zu Spaltungen zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen kommen. Massenarbeitslosigkeit ist ein Nährboden für faschistische Tendenzen, dies hat die Vergangenheit gezeigt. Deshalb ist es wichtig, gemeinsam die Ursache der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Unabdingbare Voraussetzung aber dafür ist, daß auch Arbeitslose in die Gewerkschaften integriert werden.

Arbeitszeitverkürzung (A 45)

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müssen grundlegende Forderungen, wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Beschäftigungsausgleich, auch kurzfristig aufgegriffen und durchgesetzt werden. Insbesondere bei dieser Möglichkeit zur Arbeitsplatzbeschaffung muß eine abgestimmte Vorgehensweise der Einzelgewerkschaften in der Tarifpolitik erreicht werden. Weiterhin sind zum Abbau der Arbeitslosigkeit gewerkschaftliche Forderungen wie

- staatlich geförderte Beschäftigungsprogramme,
- Ausweitung von qualifizierten Ausbildungsplätzen,
- Qualifizierung der Berufsausbildung,
- Einführung der Berufsbildungsabgabe,
- Senkung der Lebensarbeitszeit

zusammen mit dem DGB in öffentlichkeitswirksamen Aktionen durchzusetzen. Diese sind baldmöglichst zu planen und durchzuführen. An diesen Aktionen sind die Arbeitsloseninitiativen zu beteiligen.

Ausbildungsgerechte Übernahme (A 55)

Ursache für die Übernahmeproblematik ist die Arbeitsplatzvernichtung durch die Deutsche Bundespost und nicht die Höhe der Ausbildungsquote. Um die ausbildungsgerechte Übernahme aller Azb bei der DBP sicherzustellen, wird der Hauptvorstand aufgefordert, durch bundesweite Aktionen folgende arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen durchzusetzen:

- Ablehnung jeglicher Rationalisierungsmaßnahmen, die eine weitere Arbeitsplatzvernichtung zur Folge haben.
- Arbeitszeitverkürzungen.
- Verhinderung und Abbau von Privatisierungen.
- Nutzen bestehender Beschäftigungsmöglichkeiten bei der DBP (derzeit sind Tausende von Arbeitsplätzen unbesetzt).
- Aktivieren neuer Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Einführung neuer Dienstleistungen.

Blüm-Vorschlag (A 82)

Die vom derzeitigen Bundesarbeitsminister Blüm und der CDA vorgeschlagene Regelung, einen Teil der in den Tarifverhandlungen erzielten Einkommensverbesserungen im Unternehmen zu belassen, ist abzulehnen.

Berufsverbote (A 127)

Entgegen Beteuerungen der politisch Verantwortlichen, die Berufsverbotspraxis zu „liberalisieren“, stellen die Delegierten

der Bundesjugendkonferenz fest, daß die Praxis der Gesinnungsverfolgung und politischen Disziplinierung fortgesetzt und verschärft wurde. Die Entlassung von Lebenszeitbeamten bei der Post durch gerichtliche Entscheidungen stellt eine Verschärfung der Berufsverbotsmaßnahmen dar.

Auf der Grundlage des Urteils gegen Hans Peter wird eine erneute Anhörungswelle durchgeführt. Das Gesinnungsurteil gegen Hans Peter steht im Widerspruch zu dem vom GG verfassungsmäßig verbrieften Recht auf Meinungsfreiheit, Gleichstellung aller Deutschen und Gleichheit vor dem Gesetz. Unveränderbare Grundrechte werden mißachtet. Das Urteil gegen Hans Peter zeigt einmal mehr, daß die Rechtsprechung Ausdruck bestehender Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft ist. Diese Machtverhältnisse sind eine ständige Herausforderung an die Gewerkschaften. Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz fordern:

- die politisch Verantwortlichen auf, alle Verfahren und Berufsverbotsmaßnahmen einzustellen,
- verstärkte Aktivitäten der Gewerkschaft gegen die Berufsverbotspraxis durch
 - Aufklärung der Mitglieder,
 - Veranstaltung mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen insbesondere auf örtlicher Ebene,
 - Erstellung von Dokumentenmaterial,
 - Aufzeigen der undemokratischen Geschichte und Tradition von Berufsverboten,
 - Aufzeigen der Betroffenheit der Gewerkschaft von politischer Verfolgung und Abbau demokratischer Rechte.

- den HV der DPG auf, öffentlich gegen die Urteile zur Entlassung von Lebenszeitbeamten Stellung zu nehmen. Ziel muß sein, die Rechtsprechung durch Aktivitäten zugunsten der gewerkschaftlichen Grundhaltung zu verändern.

Unter dem Gesichtspunkt der verstärkten Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte und verstärkten Bespitzelung von Gewerkschaften erhält der Kampf um die Wahrung demokratischer Grundrechte und Freiheiten besondere Bedeutung.

Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen (A 147)

Die Bedrohung des Friedens, insbesondere durch immer neuere Waffentechnologien, versetzt immer mehr Menschen in große Sorge. Das weitere Andrehen der Rüstungsschraube, die Politik der Stärke und Konfrontation wird zusehends zu einem wachsenden Risiko für den Frieden und für das Überleben der Menschheit. Die Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und die geographische Lage weisen der Bundesrepublik Deutschland auch zukünftig die Aufgabe zu, einen besonderen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten.

Frieden ist die elementare Grundlage jeden gewerkschaftlichen Wirkens. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, als Bestandteil der Friedensbewegung ihre Position einzubringen und zur Sicherung des Friedens gezielte Aktionen durchzuführen. Die Zusammenarbeit mit den Friedensinitiativen muß ausgebaut und Berührungspunkte überwunden werden. Der Rüstungswahnsinn muß gestoppt werden, weil er Milliardenbeträge verschlingt, die im Sozial- und Bildungsbereich weit sinnvoller zum Wohle der Arbeitnehmer verwendet werden können.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen nach Frieden und Abrüstung müssen für uns als Gewerkschaften vor allem betriebliche Aktivitäten im Vordergrund stehen, um den Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rüstung deutlich zu machen. Sämtliche gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten einschließlich Arbeitskämpfmaßnahmen müssen genutzt werden.

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz begrüßen die 1982 durchgeführten DPG-Friedenswochen. Diese Friedenswo-

chen müssen als fester Bestandteil gewerkschaftlicher Aktivitäten ebenso wie der Antikriegstag jährlich durchgeführt und fortgeschrieben werden. Folgende Aktivitäten sind dabei z. B. einzubeziehen:

– Personal- und Jugendversammlungen.

– Symbolische Erklärung von Betrieben, Ämtern, Dienststellen und Ausbildungsstellen zu atomwaffenfreien Zonen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist, daß auch zukünftig die Beteiligung und Unterstützung der Gewerkschaften an den Ostermärschen erfolgt, um an die von den Gewerkschaften unterstützte Anti-Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre anzuknüpfen. Die DPG ist aufgefordert, zusammen mit dem DGB in einem breiten Bündnis mit allen Friedenskräften eine zentrale Veranstaltung und Demonstration für Frieden und Abrüstung und gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu organisieren. Alle Aktivitäten für Frieden und Abrüstung müssen vor allem zum Ziel haben, daß keine neuen Mittelstreckenraketen in Europa stationiert und vorhandene abgebaut werden.

1983 darf kein Jahr der Raketen werden (IA 10)

Wir unterstützen alle Bemühungen und Aktivitäten für Frieden, wie z. B. den DGB-Appell, Krefelder Appell, Bielefelder Appell usw. mit dem Ziel, neue Mittelstreckenraketen zu verhindern. Um dies zu erreichen, müssen alle gewerkschaftlichen Gremien – entsprechend der einheitlichen Forderung der Friedensbewegung zur Verhinderung neuer US-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland – gemeinsame Initiativen ergreifen, wie die beabsichtigten Aktionen im Rahmen der UNO-Abrüstungswochen. Höhepunkt soll hierbei der 22. Oktober '83 mit Volksversammlungen für den Frieden, Großkundgebungen im Rahmen eines weltweiten Aktionstages in Bonn, Nord- und Süddeutschland sein. Die DGB-Gewerkschaften werden aufgefordert, zu diesen Veranstaltungen aufzurufen und sie organisatorisch zu unterstützen.

Ebenfalls wird die vorangehende Friedenswoche vom 15. 10. bis 21. 10. 83 unterstützt. Während der ganzen Woche sollen nach Angabe der Initiatoren gewaltfreie Aktionen wie Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden und Schweißgestunden stattfinden.

Die Aktionen werden aufgeteilt in Aktionsschwerpunkte:

15. 10.: Dezentrale Auftaktaktion in den Städten und Gemeinden

16. 10.: Widerstandstag der Kirchen

17. 10.: Widerstandstag der Frauen

18. 10.: Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität

19. 10. Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialen Einrichtungen

20. 10.: Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen

21. 10.: Widerstandstag der Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen

Da am 19. 10. 83 der Tag der Betriebe sein soll, müssen die gewerkschaftlichen Aktionen den Schwerpunkt an diesem Tag haben. Dabei müssen Aktionen, die betrieblich wirken, im Vordergrund stehen und so angelegt sein, daß die Bereitschaft für Abrüstung tätig zu werden, gesteigert wird.

Solche Aktionen könnten u. a. sein

● symbolische Erklärung von atomwaffenfreien Betrieben, Lehrwerkstätten und Dienststellen

● Protestversammlungen in der Arbeitszeit

● Gründung betrieblicher Friedensinitiativen

● Personalversammlungen für den Frieden

● Schweigeminute für den Frieden

Diese Aktivitäten müssen von allen gewerkschaftlichen Ebenen am 19. 10. 83 durchgeführt werden. Bei gewerkschaftlichen Aktionen muß auch aus der Geschichte gelernt werden. Wie die Ostermarschbewegung der 60er Jahre zeigt, kann der Arbeitskampf als wichtiges Mittel für die Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung angewendet werden. Dieses Mittel muß auch zur Verhinderung neuer NATO-Mittelstreckenraketen angewendet werden. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß die Fehler in der Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung vom 10. 10. 81 nicht wiederholt werden. Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unserem Land.

Kampagne gegen rechts, für Arbeit, Frieden und Demokratie (IA 13)

Mit zunehmender und anhaltender Wirtschaftskrise werden in verstärktem Maße die Rechte der arbeitenden Menschen bedroht, besteht die Gefahr einer Entwicklung nach rechts. Darum ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaft solch einer Rechtsentwicklung entgegenstellt und durch eine offensive Arbeit das Interesse der Arbeitenden vertritt. Die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte erfolgen auf breitester Front. Der Regierungswechsel in Bonn zeigt eine Verfestigung der Politik

- des Rückschritts in der Entspannungspolitik
- des Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten
- der Krisenabwälzung zu Lasten der Arbeitenden
- der Umverteilung zugunsten des Kapitals

Um dieser Politik zu begegnen, müssen alle gewerkschaftlichen Kräfte mobilisiert und gleichgerichtet wirksam werden. Mehr denn je müssen gewerkschaftliche Zusammenhänge dargestellt werden.

- Aktion für Frieden und Abrüstung
- Aktion gegen Rationalisierung und Massenentlassung
- Aktion zur 35-Stunden-Woche
- Aktionen zur Übernahme
- Aktionen für mehr und qualifizierte Ausbildung
- Aktion gegen Rotstift und Sozialabbau
- Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft wird aufgefordert, zu diesem Aktionsbereich eine einheitliche Kampagne für Arbeit, Frieden und Demokratie zu entwickeln. Unter einem einheitlichen Motto müssen betriebliche Aktionen zusammengefaßt und zeitlich koordiniert werden. Entsprechende Materialien und Veröffentlichungen müssen auf zentraler Ebene erstellt werden.

DGB-Unterschriftenerlaß (A 161)

Die Delegierten bedauern den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der Gewerkschaftern verbietet, mit ihren Funktionsangaben außergewerkschaftliche Unterschriftensammlungen zu unterschreiben. Der Hauptvorstand wird hiermit aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Beschluß nicht im Bereich der DPG angewandt wird. Des weiteren werden entsprechende Initiativen beim DGB-Bundesvorstand auf die Rücknahme dieses Beschlusses gefordert. Weiter fordern wir, jegliche Maßregelungen gegen Mitglieder und Funktionsträger zu unterlassen bzw. zurückzunehmen.

Gewerkschaft Kunst stellt Weichen für Mitgliederorganisation

Vor drei Jahren, im April 1980, beim letzten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst (GK) schien das Ziel, diese Gewerkschaft – ein Kartellverband von acht Mitgliedern – in eine Mitgliederorganisation umzuwandeln, angesichts der vorhandenen Verbandsegoismen noch in den Sternen zu stehen. Jetzt hat eine Zweidrittelmehrheit der 50 Delegierten auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 5. Mai 1983 in München die erforderlichen Satzungsänderungen beschlossen. Der einen Tag später folgende ordentliche Gewerkschaftstag verabschiedete im Namen von rund 51 000 Mitgliedern bedeutsame Anträge, darunter auch zum politischen Streik gegen NATO-Raketen.

Zu der Entscheidung für eine Mitgliederorganisation hat wesentlich beigetragen, daß der mit 20 000 Mitgliedern größte Verband der GK, die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), im Oktober 1980 einen Kooperationsvertrag mit der IG Druck und Papier abgeschlossen hatte, der das Ziel verfolgt, eine ein-



Alfred Horné (55) wurde mit 31 Jaostimmen, bei 15 Gegenstimmen und vier Enthaltungen, zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Kunst wiedergewählt.

heitliche Mediengewerkschaft zu gründen. Im November 1982 hatte sich der RFFU-Gewerkschaftstag in Lahnstein dazu entschlossen, aus der GK auszutreten, wenn sich diese nicht im Mai 1983 in eine Mitgliederorganisation umwandelt. Hinzu kam, daß der DGB-Bundesvorstand sich voll hinter die RFFU-Entscheidungen gestellt hatte. Das unterstrich auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit mit seiner Grundsatzrede in München, als er sich für eine „übergreifende Mediengewerkschaft“ aussprach.

Leidenschaftlich plädierte der wiedergewählte Vorsitzende der GK (zugleich RFFU-Vorsitzender), Alfred Horné, für

die Mitglieder- und Mediengewerkschaft. Die neuen Medientechniken erforderten einfache andere Organisationsformen. Wörtlich führte er aus: „Während den ohnehin schon mächtig konzentrierten (Konzernbildenden) Medienpolypen weitere Fangarme anwachsen, im Kulturbereich die Mittel kulturfeindlichen Politikern zum Opfer fallen, bei der Presse immer weniger reiche Leute ihre Verfügungsmacht untereinander aufteilen, die Politiker Funk und Fernsehen ihrer Beute einverleiben wollen, eine drohende Kommerzialisierung Anspruch und Inhalt der Meinungsfreiheit gefährdet, ... operieren wir weiterhin in unseren gewerkschaftlichen Kleinbetrieben, und einige pflegen ihre Privilegien und ihr Standesbewußtsein; wir sind verliebt in unsere Ausnahmesituation im DGB, als hätten wir nur Ansprüche, aber keine Pflichten gegenüber der DGB-Solidarität.“

Mit 34 gegen 16 Stimmen ergab sich für die Satzungsänderung die notwendige Zweidrittelmehrheit. Für die Umwandlung in eine Mediengewerkschaft sprachen sich aus: die RFFU – Zahl der Delegierten jeweils in Klammern – (18), Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler – BGBK – (6), Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler – GDMK – (4), Deutscher Musikerverband – DMV – (2), Internationale Artistenloge, Berufsverband Show und Unterhaltung – IAL – (2) und Schutzverband Bildender Künstler – SBK – (2). Die Zustimmung verweigerten: Genossenschaften Deutscher Bühnenangehöriger – GDBA – (9) und die Deutsche Orchestervereinigung – DOV – (7). Bei den 18 Abstimmungen über Satzungsänderungen, die meistens geheim erfolgten, ergab sich immer das gleiche Stimmresultat 34:16.

Nach der am 7. Mai 1983 in Kraft getretenen neuen Satzung müssen die acht Verbände bis zum 31. Dezember 1985 in die gemeinsame Mitgliederorganisation – möglichst kooperativ – überführt sein. Bis spätestens 30. Juni 1985

wird ein GK-Gewerkschaftstag eine neue Satzung für die Mitgliederorganisation beschließen. Da sich die Delegierten ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit für die „sofortige Beteiligung der GK an den Verhandlungen zur Mediengewerkschaft“ ausgesprochen haben, wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß zeitgleich mit der Umwandlung in eine Mitgliederorganisation erste Schritte des Verschmelzungsprozesses mit der IG Druck und Papier und möglicherweise dem Deutschen Journalistenverband zu der angestrebten IG Medien und Kultur erfolgen.

Unklar blieb noch, ob sich die unterlegene Minderheit an die Mehrheitsentscheidung hält. Ihr vordergründiges Argument war, daß sie ihre erreichten Tarifierfolge in der Mediengewerkschaft gefährdet sehen würde. In München hatte während des Kongresses vor allem der DOV-Vorsitzende Dr. Rolf Dünnwald mit gerichtlichen Schritten gedroht, um die Umwandlung in eine Mitgliederorganisation zu verhindern. Zweifel bestehen, ob die Haltung der beiden Vorstände von GDBA und DOV mit dem Willen der Mitgliedschaft übereinstimmt.

Der am nächsten Tag folgende 3. ordentliche Gewerkschaftstag hatte über mehr als 20 Anträge und Initiativanträge abzustimmen. Herausragend war ein Beschluß, mit dem sich der Gewerkschaftstag bei vier Stimmenthaltungen für Kampfmaßnahmen – bis hin zum Generalstreik – zur Verhinderung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses aussprach (Wortlaut im Einhefter). Weitere Beschlüsse wendeten sich gegen die Ausländerfeindlichkeit und protestieren gegen den Abbau von finanziellen Mitteln für Kunst und Kultur.

Werner Petschick

DJV-Mehrheit für IG Medien im DGB

Der außerhalb des DGB stehende Deutsche Journalisten Verband (DJV) hat sich auf seinem Verbandstag am 11. und 12. Mai 1983 in Hamburg nach teilweise turbulenten Auseinandersetzungen mit einer Mehrheit von 155 der 245 Stimmen für die weitere Mitarbeit in der Kommission Mediengewerkschaft (mit IG Druck und Papier und Gewerkschaft Kunst) ausgesprochen und sich zur einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB bekannt. Der Bundesvorsitzende Christian Schneider hatte seine Wiederwahl von dem Votum für eine Mediengewerkschaft abhängig gemacht. Besonders stark ist der Widerstand gegen eine Beteiligung an einer eventuellen IG Medien und Kultur im DGB in den autonomen Landesverbänden Bayern, Berlin (West), Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Gegen Mittelstreckenraketen wird Widerstand zur Pflicht

Interview mit Ingo Lehmann, Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck

Die Jugend der IG Druck und Papier tritt ebenso wie die gesamte Gewerkschaft engagiert gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles in der Bundesrepublik auf. Alle gewerkschaftlichen Kampfmittel sollen eingesetzt werden. Das ist auch ein Schwerpunkt des Interviews, das der Bundesjugend- und -bildungssekretär der IG Druck und Papier, Ingo Lehmann, unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer gab.

NACHRICHTEN: Die IG Druck und Papier – und nicht zuletzt ihre Jugend – tritt engagiert gegen den NATO-Raketenbeschluß auf. Welche Aktionen sind deiner Meinung nach notwendig, um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen zu verhindern?

Ingo Lehmann: Ausgangspunkt unserer Überlegungen muß die fast erschreckende Feststellung sein, daß die USA – allen Friedensbewegungen zum Trotz – die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen unbedingt durchsetzen will. Sie wird darin bestärkt durch die Haltung der konservativen Bundesregierung unter (Strauß) Kohl, Zimmermann, Wörner. Gerade in diesen Tagen weilt der amerikanische Scharfmacher Weinberger – von der Öffentlichkeit fast unbeachtet – in der Bundesrepublik, mit dem Ziel, die Stationierung in die konkrete Phase einzuleiten.

Wir müssen leider feststellen, daß dem DGB-Kongreßbeschluß (Mai 1982), es müsse in Genf ernsthaft und zügig verhandelt werden, nicht Genüge getan wurde. Die Forderung dieses Beschlusses, alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müßten abgebaut werden, und es dürfe keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen geben, hätte Anlaß sein müssen, die Bewußtseinsbildung der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben so zu intensivieren, daß sich sehr viel mehr für den Frieden aktiv engagieren, daß die tagespolitischen Aufgaben die Notwendigkeit „Frieden durch Abrüstung“ nicht überlagern, denn es ist doch so, wie der Kollege Loni Mahlein, 1. Vorsitzender, treffend formulierte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Nun, wir stehen gleichwohl vor der Frage, was soll jetzt geschehen? Ich denke, daß wir auf jeder Versammlung, sei es innerhalb oder außerhalb des Betriebes, deutlich machen müssen, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Sozial- und Demokratieabbau

sowie Hochrüstung gibt, wir alle also davon betroffen sind. Darüber hinaus sind betriebliche Aktionen bis hin zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen im Herbst im Rahmen der Oktober-Aktionswoche wünschenswert. Meines Erachtens wäre auch die Störung der infrastrukturellen Voraussetzung zur Stationierung wünschenswert, ob realisierbar, wird auch von unseren Aktivitäten abhängen. Das Grundrechtekomitee hat dazu bereits aufgerufen.

Auf jeden Fall sollten wir uns als Gewerkschaften uneingeschränkt für die Beteiligung an der Oktober-Aktionswoche der Friedensbewegung aussprechen



chen und darauf hin mobilisieren. Der Protest muß gewaltfrei, aber so unüberhörbar werden, daß die Regierenden einsehen, die Stationierung ist politisch nicht durchsetzbar! Ein Mittel, den Druck zu verschärfen, sehe ich darin, die von verschiedenen Seiten geforderte konsultative Volksbefragung mit zu unterstützen.

NACHRICHTEN: Von vielen Gewerkschaftern wird die Frage des politischen Streiks nach Artikel 20 GG angesprochen. Was meinst du dazu?

Ingo Lehmann: Ich denke, hier ist ein Punkt erreicht, wo Widerstand zur Pflicht wird. Im Gegensatz zu dem bereits erwähnten Grundrechtekomitee bin ich der Ansicht, daß die Grenze, bis zu der Gewerkschaften stillhalten dürfen, erreicht ist.

● Europa soll mit einer ungeheuren Zahl von Atomsprengköpfen und -raketen überzogen werden. Das führt im Ernstfall dazu, daß die BRD zum atomaren Schlachtfeld und unweigerlich ausradiiert wird.

● Vom Boden der BRD kann auf Grund dessen ein Erstschlag gegen die Sowjetunion ausgehen, und einen Angriffskrieg verbietet das Grundgesetz ganz eindeutig.

● In diesem Zusammenhang soll die Demonstrationsfreiheit drastisch eingeschränkt werden.

● Der soziale Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung wird noch mehr zu Gunsten von Hochrüstung abgebaut.

Dies im Zusammenhang gesehen, läßt m. E. durchaus politischen Widerstand begründen und gebietet ihn sogar. Ob wir dazu die Kraft haben, müssen wir illusionslos ausloten.

NACHRICHTEN: Es gibt in anderen Bereichen z. B. bei der Post betriebliche Friedensinitiativen und atomwaffenfreie Zonen. Kann auch die IG Druck von solchen Beispielen berichten?

Ingo Lehmann: Von ähnlichen Initiativen aus unserem Bereich kann ich insofern berichten, daß in unseren Jugendgruppen die Frage der atomwaffenfreien Zone in ihrem Wohn- und Lebensbereich eine große Rolle spielt. Wir halten es für sinnvoll, zur Betroffenheit der Menschen beizutragen und Straßenzüge, Stadtteile und Städte sowie ganze Regionen zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Lehrwerkstätten gibt es bei uns relativ wenige, und die Betroffenheit wäre auch relativ gering. Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß in vielen Jugendversammlungen „Frieden durch Abrüstung“ thematisiert wird. Die Unternehmervertreter springen im Quadrat: dies habe nichts mit den erlaubten Themen im Rahmen einer Jugendversammlung zu tun, dies sei Politik usf. Erfreulicherweise kann ich von keinem Fall berichten, wo sich unsere Kolleginnen und Kollegen haben einschüchtern lassen.

Auf allen Ebenen unserer Bildungsarbeit ist das Thema Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit Befreiungsbewegungen aktuell. Schwierigkeiten haben wir nur damit, daß ein großer Teil der Friedensbewegung uns momentan auf den sogenannten „Minimalkonsens“ festlegen will, d. h., es wird lediglich davon gesprochen und darauf hingear-

beitet, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern. Ausgeklammert wird die unterschiedliche Auffassung über den Inhalt von Frieden. Dabei machen wir keinen Hehl aus folgendem Standpunkt: Frieden ist für uns mehr als Abwesenheit von Krieg; vielmehr bedeutet das auch für uns die Fähigkeit, Spannungen innerhalb einer scheinbar friedlichen Gesellschaft demokratisch auszutragen, allerdings nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Das beinhaltet unausgesprochen die Feststellung, daß wir auch solidarisch sind mit der Solidarnosc und der autonomen Friedensbewegung in der DDR.

NACHRICHTEN: Die Anfang März stattgefundene 8. Bundesjugendkonferenz der IG Druck hat in 13 Thesen Grundlagen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit verabschiedet. Welche sind die wesentlichen Punkte?

Ingo Lehmann: In der Vorbemerkung zu unseren Thesen charakterisieren wir deutlich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und deren Auswirkungen auf unsere soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation. Wir weisen allerdings auf die differenzierte und komplexe Situation in unserer modernen Industriegesellschaft, die sich nicht allein aus dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ableiten läßt. Wir plädieren für eine offensive Interessenvertretung – unausgesprochen gegen Sozialpartnerschaft für eine gewerkschaftliche Jugendarbeit, die die Erfahrungen und Probleme der Jugendlichen in ihrem Meinungsbildungsprozeß aufnimmt, und stellen die Fragen Frieden und Abrüstung und Recht auf Arbeit und Ausbildung in den Vordergrund unserer Bemühungen. Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit, einschließlich der gewerkschaftlichen Kulturarbeit dient dem Ziel, junge Menschen für die gewerkschaftliche Arbeit zu interessieren und ihnen die Möglichkeit zu engagierter Mitarbeit zu eröffnen. Dabei ist es wesentlich, daß wir konkreter, als in der Satzung bisher beschrieben, deutlich machen, wer für die finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit zuständig ist. Darüber hinaus zeigt sich in unseren Thesen, daß wir zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die gleiche oder ähnliche Zielsetzungen, wie die Gewerkschaften verfolgen, bereit sind. Internationale Solidarität sehen wir ebenfalls als einen Schwerpunkt unserer Arbeit an.

Wir glauben, mit diesen Thesen, den berechtigten Anliegen der IG Druck und Papier, Genüge getan zu haben, unsere Ansichten und Wünsche als Jugend deutlich gemacht zu haben. Wenn diese Thesen auf dem Gewerkschaftstag angenommen werden, und da sind wir sehr optimistisch, wird sich die IG Druck und Papier auch gegenüber der Jugend in die Pflicht genommen fühlen. Insofern meinen wir, daß unsere Position beispielhaft im DGB ist.

„Bonn ist nicht Weimar“ – Eine These, die schläfrig macht

Auf einer „historisch-politischen Konferenz“ des DGB am 2. und 3. Mai in Dortmund bemühten sich namhafte Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter, den Ursachen auf die Spur zu kommen, die es 1933 den Hitlerfaschisten ermöglichten, an die Macht zu gelangen und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Um es vorwegzunehmen: Das wollte den Akteuren der Konferenz nicht so recht gelingen.

Anlaß der DGB-Veranstaltung war der 50. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933. Offensichtlich hatten vor allem die geladenen Wissenschaftler den falschen Ansatz gewählt, indem sie sich vornehmlich mit Oberflächenanalyse befaßten und dabei vergaßen, einmal mehr nach dem „Warum“ zu fragen. So stand das Resultat in einem deutlichen Mißverhältnis zu dem großen Aufgebot an Prominenz: Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Norbert Blüm, Kurt Biedenkopf, die Professoren Grebing, Steinberg, von Beyme, Krupp, Gutowsky, Mommsen, Niethammer, Petzina, Holtferich, Hartwich und andere Wissenschaftler und nicht zuletzt die Gewerkschafter Ernst Breit, Günter Volkmar und Günter Döding gehörten dazu.

Da die Referenten, Frager und Befragten sich in der Regel nach vorgegebenen Themen zu richten hatten und für die spontane Diskussion extrem wenig Zeit blieb, war eine Vertiefung der Problematik kaum möglich. Am dichtesten an das Thema heran kam der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, als er in seiner Eröffnungsrede feststellte: „Es waren die Gegner des Sozialstaates, die Verächter der Demokratie, die Freunde des starken Staates und die Befürworter ungehemmter Kapitalvermehrung, die die Schuld am Ende der ersten deutschen Republik und am Sieg des deutschen Faschismus auf sich geladen haben.“

Dessenungeachtet diskutierte man z. B. in der Arbeitsgruppe II mit dem aktuell klingenden Thema „Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Demokratieverlust – gewerkschaftliche Handlungsspielräume in der Krise“ streng zeitbezogen auf Weimar: Waren es die Belastungen des Versailler Vertrages, die die Wirtschaft in die Krise trieben mit all den Folgen? Waren die Löhne zu hoch? Waren die Verteilungskämpfe schuld? Welche Rolle spielte die Agrardepression, die Inflation? Hätte man die Krisenjahre und die Radikalisierung nach rechts gar mit Modellen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wie man sie heute kennt, verhindern oder doch entscheidend mildern können? Hätte... wäre... wenn... usw.

Prof. Holtferich von der Universität Frankfurt war es vor allem, der den Arbeitskreis mit derlei Fragen beschäftigte und schließlich das Krisen- und Untergangsdebakel der Weimarer Republik von der zu geringen Kapitalbildung und Investitionsquote der damaligen Unternehmer ableitete. Da endlich hatte einer die Parallele zu heute gefunden: Lohnverzicht zugunsten von Unternehmerinvestitionen hilft die Krise meistern und die Gesellschaft stabilisieren. In Kohls Regierungserklärung stand es ähnlich.

Dr. Schneider von der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD meinte, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften hätten um 1932 versäumt, die Arbeitsbeschaffung zum zentralen Thema zu machen. Statt dessen hätten sich die Nazis mit Erfolg dieser Frage angenommen. Heute – im Jahre 1983 – seien die Gewerkschaften mit ihren Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Lage, Alternativen zu bieten.

„Bonn ist nicht Weimar“ – das steckte deutlich in den Ausführungen Dr. Schneiders. Dieser Satz war aber auch der am häufigsten ausgesprochene von Politikern und Gewerkschaftern. Er sollte die Überzeugung ausdrücken, daß sich die Geschichte nicht wiederholen werde. Auch diejenigen, die im Sozialabbau in den Betrieben und durch den Staat, in der Massenarbeitslosigkeit und zunehmenden neonazistischen Aktivitäten erste Parallelen zu Weimar erblickten, gaben sich überzeugt: Bonn ist nicht Weimar.

Natürlich haben sie alle recht. Heute ist Bonn nicht Weimar. Doch wird es auch morgen noch so sein? Wenn Staat und Unternehmerschaft weiterhin den sozialen Standard drücken, wenn weitere Millionen arbeitslos werden und der DGB – handlungsunfähig durch Sozialpartnerschaft und Systemverteidigung – keinen Ausweg und keine Alternativen zeigt, wird dann Bonn ewig Bonn bleiben können? Manche Gewerkschafter hatten ja auch 25 Jahre lang Illusionen über den „sozialen“ Kapitalismus in der Bundesrepublik. Gerd Siebert

Forderung nach 35-Stunden-Woche führt die Prioritätenliste an

In den vergangenen Wochen fanden die Landesbezirkstage der IG Druck und Papier statt. Die Delegierten diskutierten die Arbeit der abgelaufenen Legislaturperiode, würdigten, was positiv war, deckten aber auch zu beseitigende Schwachstellen auf und faßten Beschlüsse über wichtige Aufgaben. Damit wurden die Weichen für den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 16. bis 22. Oktober in Nürnberg gestellt. Darüber hinaus wurden die gewerkschaftlichen Gremien gewählt. Keine Veränderungen der Spitze gab es in Niedersachsen, Bayern und Hessen. Über weitere Landesbezirkstage berichten wir in unserer nächsten Ausgabe.

Auf der Prioritätenliste stand die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ganz oben. Warum die IG Druck und Papier ihr den Vorzug vor der Verkürzung der Lebensarbeitszeit gibt, hat neben dem arbeitsplatzhaltenden Effekt folgenden Grund. Diesen nannte IG-Druck-Vorsitzender Leonhard Mahlein vor den bayerischen Delegierten (7./8. Mai in Ansbach): „Die wachsenden Belastungen führen zu vorzeitigem Verschleiß und haben in den letzten Jahren die Zahl der Frühinvaliden sprunghaft ansteigen lassen. Viele kriechen gleichsam auf allen Vieren aus dem Arbeitsleben.“

Ein weiterer nicht minder wichtiger Punkt, der ausführlich diskutiert wurde, war die Gefährdung des Friedens durch die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik. Hierzu gab es auf allen Landesbezirkstagen Beschlüsse, die die Kontraposition der IG Druck deutlich machten. Wiederum erwies sich diese Gewerkschaft – wie der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jochen Richert vor den hessischen Delegierten (14./15. Mai in Frankfurt) hervorhob – als „das Gewürz in der Suppe der DGB-Entscheidungen“.

Aber es blieb nicht nur bei einer verbalen Ablehnung, sondern es wurde auf Kampfmaßnahmen orientiert. So forderte der bayerische Landesbezirkstag den Hauptvorstand seiner Gewerkschaft und den DGB auf, „gegen die noch 1983 zu erwartende Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik von dem im Grundgesetz in Artikel 20 vorgesehenen Widerstandsrecht kollektiv Gebrauch zu machen und entsprechende Aktionen unter Einschluß aller gewerkschaftlichen Kampfmittel vorzubereiten“.

Diese „gewerkschaftlichen Kampfmittel“ nannte der hessische Landesbezirkstag beim Namen. Bei nur wenigen Gegenstimmen empfahl er, „Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch

Streiks bis hin zum Generalstreik“. Wie sehr die Unternehmer die Politik Kohls stützen, der auf Biegen und Brechen den NATO-Raketenbeschluß durchsetzen will, zeigt die Reaktion des Bundesverbandes Druck. Zwei Tage nach dem hessischen IG-Druck-Landesbezirkstag veröffentlichte das Unternehmenssprachrohr „Handelsblatt“ eine Stellungnahme. Wie nicht anders zu erwarten war, warnte der Unternehmerverband die Gewerkschaft, „die politische Auseinandersetzung in die Betriebe zu tragen“.

Auch die niedersächsischen Delegierten (16./17. April in Osnabrück) äußerten in einem Antrag die Erwartung an die DGB-Gewerkschaften, daß sie sich „noch stärker als bisher mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln zur Wehr setzen“.

Auf allen Landesbezirkstagen war es keine Frage: Der enge Zusammenhang zwischen verstärkter Aufrüstung und

„Bipoli“ in Marburg gegründet

Zu den Arbeitsloseninitiativen, die in der letzten Zeit an vielen Orten gegründet wurden, gehört auch die „Bildungspolitische Initiative (Bipoli)“ in Marburg. Ein Selbsthilfeverein arbeitsloser Lehrer und Pädagogen. Die „Bipoli“, die eng mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zusammenarbeitet, hat es sich zum Ziel gesetzt, auf eine Änderung der Situation im Bildungswesen hinzuwirken, eine Situation, die gegenwärtig gekennzeichnet ist durch

- Stellenstreichungen,
- Unterrichtsausfall im größeren Umfang,
- Unterversorgung der Schulen mit Lehrern,
- fehlende Reserve für erkrankte Kolle-

damit einhergehendem Sozialabbau wurde gesehen. Der niedersächsische Landesbezirkstag bekräftigte die Auffassung, den weiterhin geplanten Sozialabbau nicht nur mit papierernen Protesten zu bekämpfen. Und in diesem Sinne sprachen sich auch die bayerischen IG-Druck-Delegierten einmütig dafür aus, die gewerkschaftlichen Aktionen gegen die soziale Demontage wiederaufzunehmen und fortzusetzen. Ebenso forderte der hessische Landesbezirkstag in einem einmütig angenommenen Initiativantrag seine Gewerkschaftsspitze auf, „alle gewerkschaftlichen Mittel, von der Demonstration bis zur Arbeitsniederlegung einzusetzen, um weiteren Sozialabbau zu verhindern“. Erinnert wird an die Zeit vor 1933. Auch damals seien die Gewerkschaften Schritt für Schritt zurückgewichen. „Das Ende ist uns allen bekannt. Lassen wir es nicht noch einmal soweit kommen.“

Und noch ein weiterer Punkt wurde auf den Druck-Landesbezirkstagen ausführlich diskutiert: die Mediengewerkschaft. Daß sie notwendig ist, daran besteht kein Zweifel. Jedoch befürchteten nicht wenige Delegierten u. a. auch in Hessen, daß bewährte Grundsätze der über 100 Jahre alten Gewerkschaft über Bord geworfen werden.

Zur Mediengewerkschaft nahm Leonhard Mahlein in Frankfurt Stellung. Er zitierte den Vorsitzenden des Bundesverbandes Druck, Sulter. Die Mediengewerkschaft stelle, so erklärte Sulter, eine gewerkschaftliche Machtzusammenballung dar, die in jeder Hinsicht den Rahmen einer Interessenvertretung sprengt. „Wenn dies so ist“, kommentierte der IG-Druck-und-Papier-Vorsitzende die Unternehmermeinung, „dann sollten wir den eingeschlagenen Weg zur Mediengewerkschaft erst recht und entschlossen weitergehen.“ G. M.

gen bzw. sich im Mutterschaftsurlaub befindende Lehrerinnen,

um nur einiges zu nennen.

Betroffen sind von den Auswirkungen dieser Politik der Landesregierung sowohl die arbeitslosen Lehrer als auch die Schüler. So hat eine von der GEW an elf Schulen im Marburger Kreisgebiet durchgeführte Aktion „Lehrerbedarf vor Ort“ den Beweis erbracht, daß allein an diesen Schulen 230 Lehrer fehlen, soll den unmittelbaren Bildungsinteressen der Schüler Rechnung getragen werden.

Die Folgen einer solchen Politik der Lehrerarbeitslosigkeit und des Lehrermangels haben gerade Kinder aus den Familien hart zu tragen, die von der

Zusammenhänge im Betrieb diskutieren

Die Bezirkskonferenz Stuttgart der IG Metall am letzten Mai-Weekend hat sich auch mit der Betriebsratsarbeit beschäftigt, die sich in der Krise bewähren müsse. Die Unternehmer versuchten, den Betriebsrat von Gewerkschaftseinflüssen fernzuhalten und ihn für ihre Ziele zu nutzen. Weiter suchten sie zu vermeiden, daß in Betriebsversammlungen auch über politische und ökonomische Zusammenhänge diskutiert werde. Demgegenüber erklärte Bezirksleiter Franz Steinkühler: Angesichts des sozialen Abbaus und der weltweiten Hochrüstung vor dem Hintergrund eines atomaren Weltkrieges werden es die Geschäftsleitungen schon zulassen müssen, daß sich Arbeitnehmer auch im Betrieb darüber Gedanken machen.

Wer wenig verdient, wird ausgewiesen

Einen politischen Skandal hat der Bezirk Stuttgart der IG Metall aufgedeckt. Mit der Feststellung „Obwohl Sie in Arbeit stehen und einen Netto-Monatslohn von DM 1346,45 erhalten, sind Sie nicht ausreichend wirtschaftlich integriert“, empfahl das Einwohneramt der Stadt Ulm einer türkischen Arbeiterin mit zwei Kindern, ihren Antrag auf Aufenthaltberechtigung zurückzuziehen. Nach den Sozialhilferichtlinien könne sie einen Bedarf von 1517 DM geltend

herrschenden Rotstiftpolitik besonders betroffen sind, also aus sozial schwachen und arbeitslosen Familien. Insbesondere hier setzt die „Bipoli“ mit ihrer Arbeit an. So soll schwerpunktmäßig den Kindern eines Wohngebietes durch Einzel- und Gruppennachhilfe, Hausaufgabenbetreuung und sinnvolle Freizeitbeschäftigung ermöglicht werden, Defizite im Bereich schulischer und außerschulischer Bildung abzubauen und ein drohendes Abgleiten vieler von ihnen in die Jugendkriminalität zu verhindern.

Keineswegs will damit die „Bipoli“ den Staat von seinen Aufgaben im Bildungsbereich entlasten, sondern durch ihre Arbeit auf Defizite aufmerksam machen, die durch die staatliche Sparpolitik weiter verschärft werden. Wichtig ist dabei, daß nicht bei der Milderung der unmittelbaren Folgen dieser Politik stehen geblieben, sondern langfristig eine Änderung der Situation im gesamten Bildungswesen, für die Einstellung aller arbeitsloser Lehrer und eine umfassende Bildungsreform im Interesse der Schüler und ihrer Zukunftschancen angestrebt wird.

machen. Auf diese extrem ausländerfeindliche Vorgehensweise bemerkt die IG Metall sarkastisch: „Wenn diese Entscheidung rechtens ist, dann müßten auch Tausende deutscher Arbeiter ausgewiesen werden.“ Sie fordert dagegen wie in anderen europäischen Ländern einen gesetzlich festgelegten Mindestverdienst, der über den Sozialhilfesätzen liegen müsse.

Einschränkungen bei DGB-Pressen geplant

Wie NACHRICHTEN erfuhren, gibt es innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ernsthafte Bestrebungen, Zeitungen und Zeitschriften einzustellen bzw. zusammenzulegen. Im Grundsatz soll Einigkeit bestehen. Meinungsunterschiede soll es noch geben, ob „gekleckert“ oder „geklotzt“ werden soll.

Friedenskongreß der Pädagogen

Die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben zusammen mit den Initiativen „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ und „Lehrer für den Frieden“ zum 2. Pädagogen-Friedenskongreß unter dem Motto „Voneinander lernen – miteinander kämpfen“ am 10. und 11. September in Köln aufgerufen.

Gerade aus dieser Zielsetzung heraus erklärt sich die Unterstützung der „Bipoli“ durch die Marburger GEW. So heißt es in der Begründung eines Beschlusses der GEW-Kreisverbände Marburg-Stadt, -Land und Biedenkopf: „Deshalb begrüßen es die GEW-Kreisverbände, daß die in ihr organisierten arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen die Initiative zur Gründung eines Vereins ergriffen haben, der pädagogische Tätigkeitsbereiche eröffnen soll, die nicht nur Selbsthilfe gegen die Gefahr einer Austrocknung ihrer pädagogischen Qualifikation sowie Erarbeitung eines Teils ihrer materiellen Existenz ermöglichen, sondern zugleich der Förderung von Chancengleichheit im Bildungswesen dienen und durch das Aufzeigen vorhandener Defizite in der pädagogischen Versorgung zum Kampf für die zentrale gewerkschaftliche Forderung nach Einstellung aller Pädagogen beitragen.“

Wer mehr über die Arbeit der „Bipoli“ erfahren möchte, wende sich an: Bipoli, c/o GEW Marburg, Gisselsberger Straße 2, 3550 Marburg. Holger Klages

PERSONALIEN

Siegfried Bußjäger, 54, seit 1976 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), wird ab 1. Juli Arbeitsdirektor der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen Volksfürsorge Lebensversicherungs AG und Volksfürsorge Deutsche Sachversicherungs AG in Hamburg und scheidet damit aus seiner Gewerkschaftsfunktion aus.

Erwin Førlmann, 53, zweiter Vorsitzender der IG Druck und Papier, soll auf Vorschlag des erweiterten Vorstandes seiner Gewerkschaft auf dem Gewerkschaftstag im Oktober in Nürnberg die Nachfolge von **Leonhard Mahlein**, 62, antreten, der aus Altersgründen ausscheidet. Hauptvorstand und erweiterter Vorstand beschlossen in ihren Sitzungen Ende April auch, auf dem Gewerkschaftstag eine Satzungsänderung zu beantragen, nach der künftig zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen sind. Vorgeschlagen wurden dafür **Detlef Hensche**, 45, bisher Redakteur, und **Helz Müller**, 53, bislang Sekretär. Wegfallen sollen nach der Satzungsänderung die Funktionsbezeichnungen „Sekretär“, „Kassierer“ und „Redakteur“. Als weitere Mitglieder im geschäftsführenden Hauptvorstand wurden vorgeschlagen **Joachim Müller**, 48, zur Zeit Kassierer, und **Hans-Joachim Frenzel**, 52. Frenzel ist Leiter der Abteilung Vorsitzender beim Hauptvorstand.

Paul Krüger, einer der Väter der Einheitsgewerkschaft, Mitbegründer der ÖTV in Wiesbaden, später deren langjähriger Sekretär, Bezirksvorstandsmitglied des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen und kommunistischer Abgeordneter des hessischen Landtags, feiert am 17. Juni seinen 80. Geburtstag.

Siegfried Merten, 55, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, ist von der Regionalkonferenz Südwest des gewerkschaftseigenen Automobil Clubs Europa (ACE) für die anstehende Wahl zum Vorstandsvorsitzenden im Herbst dieses Jahres vorgeschlagen worden. Merten, der im geschäftsführenden Hauptvorstand für Verkehrspolitik zuständig ist, soll noch nicht entschieden haben, ob er diese Aufgabe übernimmt.

Hans Schirmer, 40, in der IG Metall seit drei Jahren in der Vorstandsabteilung Vorsitzender beschäftigt und zuvor ein Jahrzehnt beim DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, wurde Mitte Mai neuer stellvertretender Pressesprecher der IG Metall. Er trat die Nachfolge von **Peter Ruthmann**, 39, an, der im Februar – wie berichtet – Pressesprecher der ÖTV wurde.

CDU-Parteitag auf Rechtskurs Verhöhnung junger Arbeitsloser

Erstmals wieder als Regierungspartei veranstaltete die CDU vom 24. bis 26. Mai in Köln ihren 31. Bundesparteitag. Die Losung „Aufwärts mit Deutschland“ hätte treffender lauten können: Aufwärts mit Kapitalprofit, für das Wohl der Millionäre, gegen die Arbeiter, Unterprivilegierten und Gewerkschaften; für verschärften Rüstungskurs. Der Schwerpunkt des Parteitages „Jugendarbeitslosigkeit“ gestaltete sich zu einer Verhöhnung der Jugend.

Bundeskanzler und wiedergewählter Parteivorsitzender Helmut Kohl (von 781 Delegierten hatten 661 an der Wahl teilgenommen und 631 ihn gewählt) leitete in seiner Jubelrede aus dem Wahlausgang vom 6. März 1983 ab, daß die Bevölkerung bereit sei, Opfer zu bringen. Zugleich verkündete er, daß die Bonner Rechtskoalition am NATO-Beschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik festhalten wolle. Nach seiner Meinung gebe es keinen Frieden, „solange nicht die Macht des Bösen in und um uns überwunden ist“. Während Kohl das „Böse“ nicht näher erläuterte, griff sein Generalsekretär Heiner Geißler diesen Begriff auf und ließ keinen Zweifel darüber, wer damit gemeint sei. Mehr oder weniger offen sagte Geißler, die sowjetische Führung sei das Böse, sie würde überall, wo sie Einfluß und Macht habe, auch die geringste „freiheitliche und demokratische Entwicklung... unterdrücken“. Geißler und die anderen CDU-Obersten verstehen unter „Freiheit und Demokratie“ die Freiheit des Kapitals, die Arbeiter auszubeuten, Millionen auf die Straße zu werfen und vorhandene demokratische und soziale Rechte und Freiheiten im Unternehmerinteresse immer weiter abzubauen und einzuschränken.

All jene, die nach Geißler das Böse nicht bekämpften und dafür gegen den Raketenbeschluß auftreten, wären „geistig verwirrt“ oder „unglaublich“ wie die „Ostermarschierer“, wenn sie „Abrüstung“ forderten und „gleichzeitig Geld für Waffen in El Salvador“ sammelten. Das Geifern gegen die Friedensbewegung, gegen die Ostermarschierer und gegen aktiven Widerstand bis hin zum politischen Streik unterstreicht die Richtigkeit entsprechender gewerkschaftlicher Beschlüsse und der geplanten gemeinsamen Aktionen mit der Friedensbewegung.

Daß die Rüstungsausgaben weiter gesteigert werden sollen, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht besonders erwähnt. Dafür kündigte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in seiner Rede an: „Nach den Sparleistungen dieses

Jahres will sie (die Bundesregierung – W. P.) noch einmal kräftig den Rotstift ansetzen. Der Sozialbereich und der Personalbereich werden davon unvermeidlich besonders betroffen sein.“

Faktisch plädierte Dregger dafür, Tarifautonomie außer Kraft zu setzen, weil sich künftig nach seiner Auffassung die Tarifverhandlungen an der Marke orientieren müßten, die der Gesetzge-

... in bisher beispielloser Weise (soll) in die Geldbörsen der Arbeitnehmer gegriffen werden. Gleichzeitig sollen die ohnehin dicken Brieftaschen der Arbeitgeber noch weiter gefüllt werden. Die Arbeitnehmer, denen im Wahlkampf von den jetzigen Regierungsparteien eine Wende zum Aufschwung vorgegaukelt wurde, müssen sich belogen und betrogen vorkommen. Sie sollen jetzt zu Opfern eines Klassenkampfes von oben werden. Dagegen wehren wir uns! ...

(Aus dem Flugblatt der DPG an die Delegierten des CDU-Parteitages)

ber für die Beamtenbesoldung festlegt. Diese Marke lag für 1983 bekanntlich bei 2 Prozent und soll 1984 0 Prozent betragen. Wie zum Hohn sagte dann Dregger, daß den Gewerkschaften an der „konstruktiven Mitarbeit (bei dem Reallohnabbau – W. P.) keine Grenzen gesetzt wären“.

Wer nun geglaubt hatte, Arbeitsminister Blüm und andere Vertreter der christlich-demokratischen Arbeitnehmer-schaft (CDA) würden diesem reaktionären Unternehmertum widersprechen, sah sich enttäuscht. Blüm wirkte zwar wortradikal, zeigte sich aber bereit, den sozialreaktionären Kurs mitzutragen. Er sprach sich gegen die 35-Stunden-Woche und für den weiteren Abbau sozialer Leistungen aus. Lediglich in einem

Punkt versprach die CDU etwas: die für 1984 vorgesehene Rentenerhöhung soll nicht noch einmal verschoben werden.

Ein Meisterstück von Demagogie und Verhöhnung der Jugend leistete sich der Parteitag mit dem zur Schau gestellten Hauptschwerpunkt Jugendarbeitslosigkeit. So wurde keine der gewerkschaftlichen Forderungen, weder in Reden noch in zahlreichen Anträgen, aufgegriffen. Das Gegenteil ist der Fall: Im Eilverfahren sollen sogenannte ausbildungshemmende Maßnahmen, sprich der gesetzliche Jugendarbeitsschutz, abgebaut werden. Weder eine Ausbildungsabgabe der Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, soll erhoben werden, noch ist daran gedacht, an dem überholten dualen Ausbildungssystem etwas zu ändern.

Wie schon im Bundestagswahlkampf begonnen, beabsichtigt die CDU, das Thema Jugendarbeitslosigkeit zu einer Art Dauerbrenner zur Vernebelung der Jugend zu machen. Die Mehrheit der vorliegenden Anträge wurden der CDU-Zukunftskommission Jugend überwiesen, die dann bis Anfang 1984 eine Stellungnahme zur Jugendarbeitslosigkeit überarbeiten soll. In dem dazugehörigen Antrag der Jungen Union wird u. a. vorgeschlagen: „Das Bundesinstitut für berufliche Bildung ist als überflüssige Behörde (Jahresetat ca. 30 Millionen DM, 60 Gremien mit über 490 Mitgliedern) aufzulösen. Die Abstimmung der Ausbildungsverordnungen kann genauso gut im Einvernehmen zwischen den Selbstverwaltungen der Wirtschaft und den zuständigen Ministerien abgewickelt werden... Durch eine frühzeitige Musterung soll den arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit offenstehen, bereits mit 18 Jahren den Wehrdienst zu beginnen.“

Fazit ist also, von dieser Regierung hat die Jugend nichts zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels zu erwarten. Sie muß ihre Interessen mit Hilfe der Gewerkschaften im Widerstand gegen die Bonner Rechtskoalition und gegen die Unternehmer selbst durchsetzen.

Abgesehen vom DGB-Bundesvorstandsmittglied Ilse Brusis, die in einer Podiumsdiskussion als einzige in Kontraststellung zum Parteitag den Standpunkt der Gewerkschaften darlegte – während BDA-Präsident Esser voll übereinstimmte –, kamen die Delegierten noch zweimal mit den Gewerkschaften in Berührung: einmal direkt, als vor dem Kongreßgebäude Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft mit Transparenten und Flugblättern gegen die unsoziale Rotstiftspolitik der CDU protestierten, und einmal indirekt, als jeder Delegierte eine Aktentasche von der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft überreicht und vom gleichen Spender kostenlos Kaffee serviert bekam. Werner Petschick

System sozialer Sicherung soll durchforstet werden

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hatte ihre 32. Geschäftsführerkonferenz, die vom 26. bis 28. Mai im Baden-Badener Kongreßhaus tagte, unter das Motto gestellt „Wege zum Aufschwung“. Der Spitzenverband der Unternehmer ließ gar keinen Zweifel aufkommen, daß für ihn Aufschwung gleichbedeutend ist mit der Zunahme der „Unternehmererträge“ und dem rigorosen Abbau sozialer Leistungen. Der Präsident der BDA, Otto Esser, kleidete dies in die Worte: „Es muß wieder eine Umorientierung von konsumtiven zu investiven Ausgaben erfolgen, und damit dies möglich ist, muß eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialfinanzen erfolgen.“

Die Unternehmer erwarten, daß durch die „politische Wende“ in Bonn die politischen Bedingungen geschaffen werden, die „eine unabdingbare Voraussetzung für alle Wege zum Aufschwung bedeuten“. Die BDA stimme dem Grundsatzkurs der Regierung zu, sagte Esser, und fuhr fort: „Wir sollten für ihn auch immer wieder in der täglichen Arbeit und öffentlich werben.“

Wenn Esser das Ansteigen der Ausgaben der öffentlichen Hand beklagt und hier insbesondere auf „die konsumtiv wirkenden Personalausgaben für den öffentlichen Dienst und die Sozialhaushalte“ verweist, so ist anzumerken, daß er mit keinem Wort auf den schnell steigenden parasitären Konsum in Form der Rüstungsausgaben einging.

Der Hauptgeschäftsführer der BDA, Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, meinte unter Verweis auf „Sozialwissenschaftler“, daß die Gesellschaft Bundesrepublik ein Bild böte, die in persönlichen Strapazen oder Opfern keinen rechten Sinn sehe. Dem soll abgeholfen werden.

Otto Esser führte aus, daß eine konzeptionelle Neuordnung der Sozialsysteme auf der Tagesordnung bleibe. Dr. Hartmann-Kleiner, Hauptgeschäftsführer der Zentralvereinigung Westdeutscher Arbeitgeberverbände, sagte unmißverständlich, wohin die Reise gehen soll. Es sei notwendig, „das gesamte System der sozialen Sicherung zu durchforsten“. Eine Sanierung der öffentlichen Haushalte sei ohne Überprüfung der Sozialleistungen überhaupt nicht möglich. Dies gelte nicht nur für die beitragsfinanzierte Sozialversicherung sowie die direkten Leistungen der Betriebe, sondern gerade auch für die aus Steuern gespeisten staatlichen Leistungen und Vergünstigungen, die auf die tatsächliche Bedürftigkeit der Begünstigten abstellten.

In seinem Referat gab Otto Esser die Richtung an, in der die Unternehmer weitergehen wollen. In der Rentenversicherung sei der Übergang zur netto-

lohnbezogenen Anpassung der Renten „der bedeutsamste Schritt“. Zum Schwerbehindertenrecht wurde gesagt, daß die vielfältigen Anreize vermindert werden müßten, sich um diesen Status zu bewerben. Die Veränderungen, die beim Mutterschaftsgeld durch die Bundesregierung geplant seien, gingen „in eine strukturell richtige Richtung“. Esser will erörtert haben, ob das Kindergeld für das erste Kind, für das etwa ein Drittel der Kindergeldsumme aufgewendet werde, „unter familienpolitischen Gesichtspunkten eine notwendige Maßnahme“ sei. In Zukunft sollten langfristig bestimmte Sozialleistungen mehr vom Familieneinkommen als von Anspruchsvoraussetzungen der Einzelperson abhängig gemacht werden. Prof. Dr. Willi Albers von der Universität Kiel meinte in diesem Zusammenhang, daß die jetzt vorgesehene Höhe des Arbeitslosengeldes nach Familienstand (mögliche Senkung von 68 auf 63 Prozent) in die richtige Richtung ginge.

Wenn es nach der BDA geht, soll der Arbeitsplatzschutz für bestimmte Arbeitnehmergruppen verschlechtert werden. Ernst-Gerhard Erdmann verwies hier auf den Jugendarbeitsschutz. Er begrüßte die Absicht der Bundesregierung, im Wege der Rechtsordnung einige der angeblich ausbildungshemmenden Vorschriften abzubauen. Dies genüge jedoch noch nicht. Es seien auf diesem Gebiet „weitere Veränderungen auch der gesetzlichen Vorschriften erforderlich“. Ähnliches gelte schon heute für den Frauenschutz und für den Schutz anderer Gruppen.

Erdmann wandte sich auch gegen die angeblich ausufernden Sozialpläne. Die Sozialplanvorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes und fast mehr noch die auf ihnen aufbauende Rechtsprechung der Arbeitsgerichte sowie die Praxis der Einigungsstellen hätten die Sozialpläne zu einem überaus kostspieligen Instrument werden lassen.

Eine prinzipielle Absage erteilte die BDA den Forderungen der Gewerk-

schaften nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Aber auch eine generelle Verkürzung der Lebensarbeitszeit wurde abgelehnt. Esser verwies auf die Unternehmerkonzeption einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit in vielfältiger Form“ (siehe S. 3).

Die BDA deutete auf die Soll-Arbeitszeit der Arbeiter in den USA und Japan, die 100 Stunden bzw. 300 Stunden im Jahr über der der Arbeiter in der Bundesrepublik läge. Für den DGB und seine Gewerkschaften könnte dies durchaus als Anregung aufgegriffen werden, im IBFG und den anderen internationalen gewerkschaftlichen Vereinigungen darauf zu drängen, daß auch in diesen Ländern entschlossen Arbeitszeitverkürzungen angegangen werden. Dieses Argument sollte den Unternehmern schnell aus der Hand genommen werden.

Die Bundesvereinigung beließ es aber nicht bei ihrer Ablehnung jeglicher Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Sie visierte sogar künftige Arbeitszeitverlängerungen an. In den USA und Japan werde die Lebensarbeitszeit verlängert. In den neunziger Jahren könne sich die Frage stellen, ob die Altersgrenze nicht doch hinausgeschoben werden müsse. Wenn man jedoch jetzt erst einmal in die entgegengesetzte Richtung ginge, dann wäre der Besitzstand, der dann aufgegeben werden müsse, um so größer.

Sorgen bereitet den Unternehmern, daß sich insbesondere in der jüngeren Generation alternativ politische Vorstellungen entwickeln, wobei sie alternativ als Gegensatz „zu der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“, auffassen. Es sei müßig, darüber zu spekulieren, so Erdmann, wie lange die Grünen Bestand hätten. Die Unternehmer sollten in ihrer Arbeit nicht übersehen, daß eine vergleichsweise große Zahl junger Menschen sich vom Aktionismus von Teilen dieses Gedankengutes angezogen fühle. „Wir sollten“, sagte Erdmann, „nicht damit rechnen, daß derartige Tendenzen ohne weiteres vor den Betrieben halt machen.“ Dies ist sicherlich einer der Gründe, daß die BDA gewisse Aktivitäten andeutete, die den Anschein erwecken sollen, ernstlich die Jugendarbeitslosigkeit zurückzudrängen. So sollten Lehrstellen bereitgestellt werden. Es gäbe 350 000 junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ihnen wolle man über eine Teilqualifizierung berufliche Chancen eröffnen.

Insgesamt eröffnete die Geschäftsführerkonferenz den Eindruck, daß die Unternehmer die Chance sehen, gestützt auf die neue Bonner Regierung und die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, die Verteilung grundlegend zu ihren Gunsten weiter zu verändern. Die Gewerkschaften sollten dies so ernst nehmen, wie es gesagt wurde. Heinz Schäfer

Neue Belastungen für Kranke: Soziale Sicherung ist passé

Über zwei Milliarden DM Ausgaben sollen von der Renten- zur Krankenversicherung verschoben werden. Dazu hat das Bundesministerium mehrere Maßnahmen vorgesehen. So sollen die Aufwendungen für die Tuberkulosebehandlung künftig nicht mehr von der Renten-, sondern von der Krankenversicherung aufgebracht und die Krankenkassen und Bergleute stärker mit den Kosten der Krankenversicherung der Knappschaftsrentner belastet werden. Vor allem aber ist vorgesehen, den Kranken vom Krankengeld den Beitrag zur Rentenversicherung abzuziehen (s. „Kurs auf noch rigoroseren Sozialabbau“, NA 5/1983).

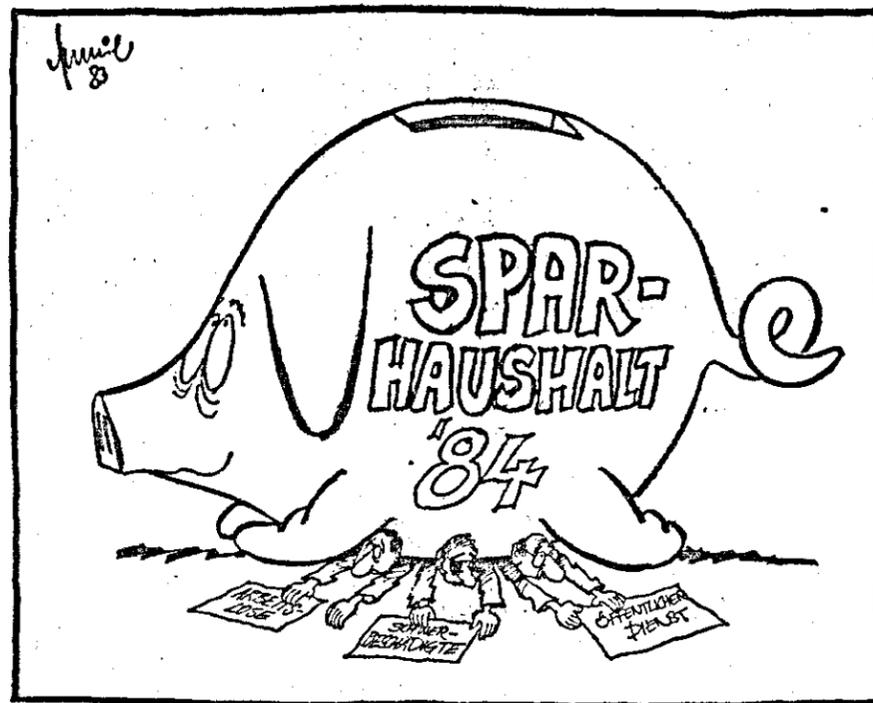
Ein Teil der über 2-Milliarden-Mehrbelastung der Krankenkassen soll durch die Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Bemessung des Sozialversicherungsbeitrages ausgeglichen werden, der etwa 1,3 Milliarden DM Mehreinnahmen für die Kassen bringen soll. Wie die Deckung der darüber hinausgehenden Belastung der Kassen erfolgt, ist absehbar: Die Krankenkassen werden ihren Beitrag erhöhen oder sonst mögliche Beitragssenkungen nicht vornehmen. Dabei hat sich erstmals seit vielen Jahren die Finanzlage der Krankenkassen stabilisiert: in erster Linie durch die Zurückhaltung der Arbeiter, Angestellten und Rentner bei der Inanspruchnahme von Leistungen.

Als „Erfolg“ der „Kostendämpfungs“-maßnahmen kann das nur werten, wer die Krankenversicherung ausschließlich unter finanziellen, nicht aber – was vorrangig sein sollte – unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Angesichts des hohen Standes der Frühinvalidität und der nach dem Schwerbehindertengesetz anerkannten Behinderten kann von einer Besserung des Gesundheitszustandes der arbeitenden Bevölkerung nicht die Rede sein. Der Ausbau der Zuzahlungen zu den Krankheitskosten aber blockiert die dringend notwendige Entwicklung der vorbeugenden Gesundheitsvorsorge.

Die beabsichtigte Kürzung des Krankengeldes um 9,25 Prozent durch den Rentenversicherungsbeitrag bedeutet eine weitere empfindliche Belastung der Kranken. Sie ist um so unsozialer, als davon die längerfristig Schwer-, nämlich arbeitsunfähigen Kranken getroffen werden. Dabei hat das alles mal recht „bescheiden“ mit der Rezeptgebühr von 50 Pfennig angefangen, von der Rentner sowie Kriegs- und Wehrdienststopfer von Anfang an befreit waren.

Schon mit den unsozialen Maßnahmen zur Abwälzung der Lasten der ersten etwas tieferen Nachkriegskrise wurde von der damaligen Bonner Großen CDU/CSU-SPD-Koalition ab Januar 1968 nicht nur erstmals ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt,

sondern auch die Rezeptgebühr auf 1 DM verdoppelt. Inzwischen wurde nicht nur die Befreiung der Rentner, Kriegs- und Wehrdienststopfer, der Schwerbehinderten und Bezieher von Kranken- und Übergangsgeld von der Rezeptgebühr beseitigt und die Zuzahlung der Kranken auf zwei DM je Arznei- und Verbandsmittel und vier DM je Hilfsmittel und Brille erhöht, sondern eine ganze



(Aus „Frankfurter Rundschau“, 20. Mai 1983)

Palette weiterer Zuzahlungen eingeführt: beim Zahnersatz, den krankheitsbedingten Fahrtkosten und selbst bei Krankenhausbehandlung und Kuren. Einige Arzneimittelgruppen aber muß der Kranke sogar voll selbst bezahlen.

Wenn Bundesarbeitsminister Blüm die auch von Ärzten kritisierte Negativliste von „Bagatellarzneien“ als „pädagogisches Lehrmittel“ zur Stärkung der „Selbstverantwortung“ wertet, so ist das blanker Zynismus. Um so erstaunlicher die Mitteilung des DGB nach ei-

nem Gespräch von Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses des DGB unter Leitung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr mit Minister Blüm. Es bestehe Einvernehmen darüber, daß der Bundeshaushalt nicht einseitig zu Lasten des sozialpolitischen Bereiches gesichert werden kann. Einvernehmen mit dem Minister, der seit Oktober zentrale Verantwortung für die verschärften Sozialdemonstrationen trägt?

Bei dem Schritt für Schritt ausgebauten System der direkten Zuzahlungen zu den Krankheitskosten geht es nicht um „Selbstverantwortung“, sondern um Umverteilung der Krankheitskosten zu Lasten der Arbeiter, Angestellten und Rentner. Es ist ein Bestandteil der Strategie des großen Kapitals zur Umverteilung von unten nach oben. Nicht die Pharmakonzerne und anderen Großverdiener im Gesundheitswesen – die Kranken werden belastet.

Zugleich wird damit aber auch Stück für Stück – und das gilt nicht nur für den Bereich der Gesundheitssicherung – der Charakter, die Qualität der sozialen Sicherung verändert. Statt Solidarität Individualisierung der Lei-

st ein Betriebsrat für die Dauer der Äußerungsfristen des § 102 Abs. 2 BetrVG beschlußunfähig i. S. des § 33 Abs. 2 BetrVG, weil in dieser Zeit mehr als die Hälfte der Betriebsratsmitglieder an der Amtsausübung verhindert sind und nicht durch Ersatzmitglieder vertreten werden können, so nimmt der Restbetriebsrat in entsprechender Anwendung des § 22 BetrVG die Mitbestimmungsrechte des § 102 Abs. 2 BetrVG wahr. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. August 1982 – 7 AZR 437/80.)

Der Arbeitgeber muß während der Betriebsversammlung eines Warenhauses den Laden schließen. Die Schließung kann durch einstweilige Verfügung erzwungen werden. (Arbeitsgericht Osnabrück, Beschluß vom 15. Oktober 1982 – 1 BV Ga 23/82 – rechtskräftig.)

stungen. Wer Leistungen in Anspruch nimmt, muß zusätzlich – zum Beitrag – bezahlen; statt voller Sachleistungen, ohne jede Zuzahlung nur noch Übernahme eines Teils der Krankheitskosten oder sogar – bei einigen Arzneimitteln – volle Selbstzahlung. Statt uneingeschränktem sozialem Rechtsanspruch Bedürftigkeitsleistungen; denn abgesehen von Krankenhausbehandlung kann, unter Berücksichtigung des Einkommens, die Zuzahlung zu den Krankheitskosten erlassen werden. Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Neue Urteile zur Betriebsverfassung Tätigkeit des Betriebsrats

Grundsätzlich ist der Unternehmer verpflichtet, das Anhörungsverfahren bei Kündigungen (§ 102 BetrVG) während der Arbeitszeit des Betriebsratsvorsitzenden oder (bei dessen Verhinderung) des Stellvertreters einzuleiten. Der Betriebsratsvorsitzende bzw. sein Stellvertreter sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, Mitteilungen des Arbeitgebers außerhalb der Arbeitszeit – hier: telefonische Mitteilung am Wochenende in der Wohnung – entgegenzunehmen. Die widerspruchslose Entgegennahme einer Mitteilung des Arbeitgebers i. S. des § 102 Abs. 1 BetrVG durch den Betriebsratsvorsitzenden oder (bei dessen Verhinderung) den Stellvertreter setzt auch dann die Wochenfrist des § 102 Abs. 2 Satz 1 BetrVG in Lauf, wenn die Mitteilung außerhalb der Arbeitszeit und außerhalb der Betriebsräume erfolgt. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 27. August 1982 – 7 AZR 30/80.)

Ist ein Betriebsrat für die Dauer der Äußerungsfristen des § 102 Abs. 2 BetrVG beschlußunfähig i. S. des § 33 Abs. 2 BetrVG, weil in dieser Zeit mehr als die Hälfte der Betriebsratsmitglieder an der Amtsausübung verhindert sind und nicht durch Ersatzmitglieder vertreten werden können, so nimmt der Restbetriebsrat in entsprechender Anwendung des § 22 BetrVG die Mitbestimmungsrechte des § 102 Abs. 2 BetrVG wahr. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. August 1982 – 7 AZR 437/80.)

Der Arbeitgeber muß während der Betriebsversammlung eines Warenhauses den Laden schließen. Die Schließung kann durch einstweilige Verfügung erzwungen werden. (Arbeitsgericht Osnabrück, Beschluß vom 15. Oktober 1982 – 1 BV Ga 23/82 – rechtskräftig.)

Der Arbeitgeber muß dem Betriebsrat die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ kostenlos zur Verfügung stellen. (Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 9. Dezember 1982 – 6 ABR 71/81.)

Schulungen des Betriebsrats zum Bundesdatenschutzgesetz wie zum Problem der Auswertungsmöglichkeiten der Personaldaten durch den Arbeitgeber (z. B. Personalinformationssysteme) sind erforderlich im Sinne des § 37 Abs. 6 BetrVG. (Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Beschluß vom 28. September 1979 – 3 TaBV 3/79 rechtskräftig.)

Die Teilnahme des Betriebsratsvorsitzenden an einem Arbeitsmarktgespräch, zu dem er vom Arbeitsamt eingeladen wurde, kann zur Durchführung der Aufgaben des Betriebsrats bei entsprechender Situation im Betrieb – hier: Kurzarbeit und Rückgang der Beschäftigtenzahl im Betrieb – erforderlich sein. (Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 23. September 1982 – 6 ABR 66/79.)

Einstweilige Verfügungen bei Betriebsänderungen

In den NACHRICHTEN 8 und 11/82 wurde über Beschlüsse des Arbeitsgerichts Darmstadt, des Arbeitsgerichts Düsseldorf und des Landesarbeitsgerichts Hamburg berichtet. Diese Gerichte haben den Erlaß von einstweiligen Verfügungen bei Betriebsänderungen vor Abschluß der Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialplan für zulässig gehalten. Entsprechende einstweilige Verfügungen zugunsten der Betriebsräte haben inzwischen auch die Arbeitsgerichte Gelsenkirchen (Beschluß vom 28. Januar 1983 – 2 BV Ga 4/83 noch nicht rechtskräftig), Arbeitsgericht Gießen (Beschluß vom 18. Oktober 1982 – 3 BV Ga 13/82) und Arnberg (Beschluß vom 5. November 1982 – 2 BV Ga 2/82) erlassen.

Auch das Arbeitsgericht Frankfurt hatte eine einstweilige Verfügung für zulässig gehalten.

IGM begrüßt BAG-Urteil zum Kündigungsschutz

Die Mitte Mai getroffene Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG), wonach Kündigungen wegen Veräußerung eines Betriebes auch im Konkursfall unzulässig sind, ist von Karl-Heinz Janzen, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, begrüßt worden. In einem Pressedienst seiner Gewerkschaft vom 30. Mai stellte er fest, daß mit diesem Spruch des höchsten Arbeitsgerichts die Gewerkschaften in ihrer Auffassung bestätigt worden seien, daß die Weiterbeschäftigung auch im Konkursfall Vorrang habe. Sichergestellt sei nun, so Janzen, daß Beschäftigte vom Konkursverwalter nicht deshalb gekündigt werden dürften, weil er den Betrieb nur mit einer „olympiareifen Mannschaft“ an den Erwerber übergeben wolle.

sig gehalten (Beschluß vom 2. September 1982). Seine Meinung wurde im wesentlichen durch das Landesarbeitsgericht Frankfurt (Beschluß vom 21. September 1982 – 4 Ta BV Ga 94/82) bestätigt. Das Landesarbeitsgericht Frankfurt entschied allerdings, daß die aufschiebende Wirkung des Kündigungsverbotes nur zeitlich beschränkter Charakter habe, da die Betriebsänderung nicht der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliege. Es erließ die einstweilige Verfügung zeitlich beschränkt.

Mitbestimmungsrechte

Der Betriebsrat hat bei der Aufstellung eines Rufbereitschaftsplanes ein Mitbestimmungsrecht. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats entfällt nicht deswegen, weil einem Regelungsbedürfnis mit kollektivem Bezug durch einzelvertragliche Vereinbarungen mit einem oder mehreren Arbeitnehmern bereits Rechnung getragen worden ist. Eine mitbestimmungsfreie einzelvertragliche Regelung liegt dann nicht vor, wenn mit dieser – wenn auch auf Wunsch des Arbeitnehmers – nicht individuellen Besonderheiten, sondern einem betrieblichen Regelungsbedürfnis Rechnung getragen werden soll. (Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 21. Dezember 1982 – 1 ABR 14/81.)

In einem Kaufhaus wird vom Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch eine Arbeitszeitregelung gedeckt, die die Ausschöpfung der gesetzlichen Laden-schlußzeiten unmöglich macht. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats stehen nicht unter dem allgemeinen Vorbehalt, daß durch sie nicht in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingegriffen werden dürfe. (Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 31. August 1982 – 1 ABR 27/80.)

Der Betriebsrat hat bei der Übernahme von Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis nach Abschluß der Ausbildung ein Mitbestimmungsrecht. (Landesarbeitsgericht Hamm, Beschluß vom 14. Juli 1982 – 12 Ta BV 27/82.)

Die Verlegung eines Betriebes oder eines Betriebsteils in ein 4,3 km vom bisherigen Betriebsort liegendes Gebäude ist eine sozialplanpflichtige Betriebsänderung. „Verlegung eines Betriebes oder eines Betriebsteils“ (§ 111 Abs. 1 Ziff. 2 BetrVG) ist jede nicht nur geringfügige Veränderung der örtlichen Lage des Betriebes oder Betriebsteils. § 111 Satz 2 BetrVG fingiert, daß die dort genannten Betriebsänderungen wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats entfallen daher nicht deswegen, weil die konkrete Betriebsänderung im Einzelfalle wesentliche Nachteile nicht befürchten läßt. (Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 17. August 1982 – 1 ABR 40/80.)

Florett

„Wer Szeged nicht kennt, weiß nichts von Ungarn“

Während unseres einwöchigen Aufenthalts Anfang Februar in Ungarn (siehe NACHRICHTEN 4/83) waren wir auch in der Stadt Szeged am Ufer der Theiß zu Besuch, 25 Kilometer von der jugoslawischen Grenze entfernt. Gastgeber war die Gewerkschaftsleitung des Komitats Csongrad und Gesprächspartner der 1. Gewerkschaftssekretär, Jozsef Agoston, der Sekretär für Wirtschaftsfragen, Sandor Kovačs, sowie die Sekretärin für Kulturfragen Karoline Doboczky. Bereits bei unserem Gespräch in der gewerkschaftlichen Komitatsleitung wurde sichtbar, daß Kollege Agoston mit seiner Behauptung recht hatte, daß wer Szeged nicht kenne, auch nichts von Ungarn wisse.

Szeged mit seinen 180 000 Einwohnern bedeutet nicht nur Paprika, Thermalquellen und Czardas, sondern Bergbau, 2000 Stunden jährlichen Sonnenschein und Herstellungsort der bekannten ungarischen Pik-Salami, die in fast jedem Supermarkt und jeder Metzgerei der Bundesrepublik angeboten wird. Übrigens ist der Szegediner Gulasch in dieser Stadt unbekannt.

Und die Pik-Salami-Fabrik durften wir besichtigen, allerdings nur mit weißen Kitteln und Mützen, denn die Hygienevorschriften sind äußerst streng. Hier in diesem Betrieb werden jährlich eine halbe Million bis 600 000 Schweine sowie 20 000 Rinder verarbeitet. Die Hälfte davon kommt von privaten Schweinezüchtern, denn Eigeninitiative wird in Ungarn großgeschrieben. Beispielsweise bekommen Ehepaare abgelegene Bauernhöfe zur Verfügung gestellt. Ihre schulpflichtigen Kinder werden derweil in Internaten untergebracht bzw. mit Schulbussen abgeholt. „Wenn diese Ehepaare das sechs Jahre gemacht haben, sind sie finanziell in der Lage, sich ein eigenes Haus in der Stadt zu bauen“, erfahren wir in unseren Gesprächen.

Aber wieder zurück zur Pik-Salami, die oft kopiert, aber deren Geschmack niemals erreicht wurde. Auch bei uns machte man keine Ausnahme. Das 100jährige Geheimnis erfuhren wir nicht. Nur soviel, daß sie eine 100 Tage dauernde Reife durchmachen muß, in dieser Zeit bildet sich auch der weiße Belag. Alles andere war top secret.

In erster Linie interessierten wir uns für die Arbeits- und Lebensbedingungen bei Pik-Salami, die fast 2500 Arbeiter und Angestellte in mehreren Produktionsstätten beschäftigt. Unser Wissensdurst wurde gestillt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in den Pik-Betrieben bei 96,1 Prozent. Es gibt 137 gewählte Vertrauensleute, wobei hier die letzten Wahlen 1980 stattfanden, und Räte für Sozialpolitik, für Kulturfragen und eine Frauenkommission. Das A und O ist jedoch der Wirtschaftspläne, der mit den gewählten Vertrauensleuten diskutiert wird.

Bei einem Gespräch saßen uns sechs der 137 gewählten Vertrauensleute, darunter auch zwei Kolleginnen gegenüber. Eine davon hatten wir zuvor bei der Besichtigung der Fabrik an der Wurstabfüllmaschine stehen sehen. Diese Kollegin, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, verdient 5000 bis 6000 Forint monatlich, hinzu kommen noch je Vierteljahr Prämien zwischen 1000 bis 1900 Forint. Die Familie besitzt ein Haus, einen Pkw und ein Wochenendhaus. Mit ihrem Leben ist diese Kollegin voll und ganz zufrieden. Allerdings, nicht überall ist der Lohn so hoch. Er liegt im Durchschnitt bei 4000 Forint, wobei zu berücksichtigen ist, daß davon keine Steuern abgezogen werden.

Ein weiterer Kollege ist Aufkäufer. Sein Grundgehalt beträgt 5500 Forint. 1973 bezog seine Familie eine 84 Quadratmeter große Eigentumswohnung, 30 Kilometer von Szeged entfernt. Er erzählt

R. Sommer bei IGM - L. Mahlein in der DDR

Für die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten haben sich der Vorsitzende der IG Metall im FDGB, Reinhard Sommer, und der Vorsitzende der IG Metall im DGB, Eugen Loderer, ausgesprochen. Während eines Besuches einer vierköpfigen Delegation der DDR-Gewerkschaft Ende Mai in der Bundesrepublik, betonten beide Seiten ihren Willen, konsequent und entschlossen für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses einzutreten. Normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien ein wichtiger Schritt zur Entspannung und friedlichen Koexistenz.

Die Delegation aus der DDR erwiderte einen Besuch Loderers vom Dezember vergangenen Jahres in der DDR. Neben Gesprächen mit geschäftsführenden

uns, daß diese 320 000 Forint gekostet habe. 195 000 Forint bekam er an Kredit mit 2 Prozent Zinsen und einer Laufzeit von 35 Jahren. Wird ein Kind geboren, so reduziert sich die Kreditsumme um 30 000 Forint.

Wir interessieren uns auch für die Urlaubsdauer. Im Vergleich zur Bundesrepublik gibt es aufgrund der noch geringeren Arbeitsproduktivität weniger Urlaub. Der Grundurlaub liegt bei 15 Tagen. Er erhöht sich um je einen Tag nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit. Der Beschäftigte hat also, wenn er z. B. neun Jahre im Betrieb ist, 18 Tage Urlaub. Frauen, die Kleinkinder zu versorgen haben, bekommen je Kind drei Tage zusätzlichen Urlaub. Das Werk selbst verfügt über zwei Urlaubshäuser, davon eines am Theißufer. Darüber hinaus werden Urlaubshäuser am Balaton (Siofok) und im Matra-Gebirge für die Urlaubszeit gemietet. Und es gibt einen Urlaubsaustausch mit der DDR, mit Urlaubsplätzen in Kühlungsborn und Friedrichsbrunn.

Aber auch Probleme sind vorhanden. Darüber informiert uns der Produktionsdirektor. Es bedürfe großer Anstrengungen, so erklärt er, um den Reallohn zu halten. An Lohnerhöhungen sei gegenwärtig nicht zu denken, denn die Produktionssteigerung war 1982 niedriger ausgefallen als in den vergangenen Jahren. Hauptaufgabe sei die Steigerung der Produktivität. Bei unserem Rundgang durch den Betrieb erfahren wir noch mancherlei Interessantes, so, daß nicht nur die Salami-Produktion für uns interessant war. So gibt es einen eigenen Betriebsarzt, mehrere Zahnärzte, wobei zu einem vollständigen Zahnersatz nur 800 Forint hinzugezahlt werden müssen. G. M.

IG-Metall-Vorstandsmitgliedern besichtigten die Gäste u. a. das Volkswagenwerk in Wolfsburg sowie einen Betrieb der Firma Grundig in Nürnberg.

Wenige Tage zuvor war der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, mit einer Delegation seiner Gewerkschaft in der DDR zu Gast. Während ihres mehrtägigen Aufenthalts wurde die Delegation auch vom Vorsitzenden des FDGB, Harry Tisch, zu einem Gespräch empfangen. Mahlein und Tisch äußerten ihre tiefe Besorgnis über die bedrohliche Verschärfung der internationalen Situation und waren sich einig, daß die dringendste Aufgabe die Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Krieges sei. Für die Gewerkschaften komme es darauf an, alle Aktivitäten zu verstärken, die der Friedenssicherung dienen.

Frankreich in unruhigen Zeiten: Die Gewerkschaften sind gefordert

Die Regierung der Linken in Frankreich befindet sich in schwierigen Zeiten. Ein schwankender Kurs in der Wirtschaftspolitik, Widersprüche in der Militärpolitik gefährden u. a. das Programm gesellschaftlicher Veränderungen und des sozialen Fortschritts, das 1981, im Jahr des Wahlsiegs, in Angriff genommen wurde. Das Bild ist verwirrend, weil neben der Opposition und den Unternehmerverbänden zunehmend auch die Gewerkschaften Kritik üben und Auseinandersetzungen über den Regierungskurs bis in die Regierungsparteien hineinreichen.

Fest verwurzelt im kapitalistischen System, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, des Europäischen Währungsfonds usw., ist Frankreich massiv von der Systemkrise, die alle kapitalistischen Länder der Erde erfaßt hat, betroffen. Die Finanzspielräume für Reformen werden enger, der Mut zu gesellschaftspolitischen Konsequenzen geringer. Auch wenn Präsident Mitterrand Ende März im französischen Fernsehen versicherte: „Wir gehen den eingeschlagenen Weg weiter“, so werden doch zunehmend Umwege oder gar Sackgassen auf diesem Weg sichtbar.

Das von Mitterrand in der gleichen Fernsehansprache angekündigte 10-Punkte-Aktionsprogramm zur „Wiederherstellung der äußeren Gleichgewichte Frankreichs“ hat Kritik im Lande ausgelöst. Vor allem von den Gewerkschaften wird die Einschränkung der Massenkaufkraft mit ihren Gefahren weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit kritisiert. Das Programm sieht u. a. vor:

– um 1 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens sollen die Zahlungen an die Sozialversicherung erhöht werden,

– um 8 Prozent sollen die Tarife für Eisenbahn, Telefon, Gas, Wasser, Strom erhöht werden,

– eine Zwangsanleihe von 10 Prozent der veranlagten Einkommens- und Vermögenssteuern soll von allen verlangt werden, die jährlich mehr als 1600 DM an Steuern zahlen,

– die Ausgaben französischer Touristen im Ausland sollen auf jährlich umgerechnet 670 DM pro Erwachsenen und 333 DM pro Minderjährigen beschränkt werden, wobei anzumerken ist, daß traditionell der Urlaub meist im Lande verbracht wird,

– ein weiterer Teil der jetzt verkündeten Maßnahmen, wie höhere Steuern für Alkohol und Tabak, war schon Mitte 1982 prinzipiell beschlossen worden.

Anders als die Oppositionsparteien und die Unternehmerverbände, die jeden Widerspruch, die jede Schwäche in der

Regierungspolitik ausnutzen, um deren negative Auswirkungen zu vergrößern und über ihren Propagandaapparat aufgebläht zu verbreiten, die allein im Jahre 1982 eine Summe von 80 Milliarden Francs ins Ausland geschafft haben, die mit anhaltenden Investitionsstreiks die Arbeitslosigkeit verschärfen, betreiben die Gewerkschaften eine verantwortungsvolle Politik und Kritik.

Henri Krasucki, Generalsekretär der CGT, erinnert in einer Artikelserie für die Wochenzeitung der CGT, „la vie ouvrière“, an die bleibende Aktualität des Wahlspruchs des gerade zurückliegenden 41. Kongresses der CGT, „Erfolg haben – Mit der CGT – Alles kommt auf euch an!“. Die Gewerkschaften hätten die Verpflichtung, eingedenk der politisch grundlegend veränderten Situation und mit voller Berücksichtigung der schon gemeinsam erreichten Verbesserungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die Regierungspolitik kritisch zu verfolgen. Die jüngsten Beschlüsse hätten eine gefährliche Tendenz. Louis Viannet, Chefredakteur der „vie ouvrière“ drückt es so aus: „1 Prozent weniger Massenkaufkraft bedeutet 100 000 Arbeitslose mehr für Frankreich.“

Wenige Tage nach Bekanntgabe des Regierungsprogramms übergaben CGT-Mitglieder der Regierung bald 100 000 unterschriebene Petitionen zur Veränderung der beschlossenen Maßnahmen. Kernpunkt der Gewerkschaftskritik bleibt die negative Entwicklung der Masseneinkommen, der Kaufkraft. Die CGT wird von ihren Forderungen, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu entlasten, ihr Budget zu verbessern, nicht abgehen.

Die CGT und mit ihr die gesamte französische Arbeiterbewegung sind zur Aktivität gefordert, wenn der beschrittene Weg, wie Mitterrand sagt, tatsächlich fortgesetzt werden und nicht vor den Gegebenheiten einer kapitalistischen „Weltwirtschaftskrise“ resigniert werden soll. Von anderen gesellschaftlichen Kräften sind diese notwendigen Impulse und der notwendige Druck nicht zu erwarten. a. p.

Massenaktionen gegen Pinochet

Am 11. Mai gab es in Chile die größten Aktionen gegen den Diktator Pinochet. In allen Städten und Regionen wurde trotz massivem Aufgebot an Polizei und Militär der Aufruf der Kupferarbeitergewerkschaft und der Nationalen Gewerkschaftsorganisation (CNS) befolgt, durch Protestdemonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Fernbleiben von Schulen und Universitäten gegen das Militärregime zu protestieren. An diesem Tag wurde in Santiago der Verkehr zu 75 Prozent lahmgelegt. Die Belegschaften mehrerer Betriebe traten geschlossen in den Streik. Auslösendes Moment für diese Aktion ist die drastische Verschlechterung des Lebensstandards der chilenischen Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote liegt bei 30 Prozent, und die soziale Not steigt von Tag zu Tag.

Holland und Belgien auf dem Weg zu 35 Stunden

Wie das Zentralorgan der IG Druck und Papier (Nr. 10/83) berichtete, wird die Arbeitszeit in der belgischen Druckindustrie von derzeit 38 Stunden ab 1. Oktober auf 37½ Stunden und zum 1. Oktober 1984 auf 37 Stunden verkürzt. Druckereien mit über 50 Beschäftigten sind verpflichtet, ihr Personal ab 1. Oktober dieses Jahres um 2 Prozent und um 1 weiteres Prozent ab 1. Oktober 1984 aufzustocken. In Betrieben zwischen 25 und 49 Beschäftigten muß ein zusätzlicher Arbeitnehmer eingestellt werden. Eine ähnliche Regelung gibt es auch in der Papierverarbeitung.

Neben Belgien befindet sich auch die Druckindustrie Hollands auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche. In einem Stufenplan wird ab Juli 1986 die 36-Stunden-Woche Wirklichkeit. Für Beschäftigte im Schichtdienst, die Arbeitszeiten zwischen 33 und 36 Stunden haben, verringert sich die wöchentliche Arbeitszeit um rund 1½ Stunden.

AFL-CIO gegen Aufnahme der CGIL

Lane Kirkland, der Präsident des stramm antikommunistisch ausgerichteten amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, läuft Sturm gegen die Aufnahme der italienischen Gewerkschaft CGIL in die internationalen Berufsekretariate. Damit stellt er sich gegen eigene US-Fachgewerkschaften wie z. B. der Metallgewerkschaft, die bereits vor zwei Jahren die Aufnahme der italienischen Metallgewerkschaft in die entsprechende internationale Fachgewerkschaft erlaubte.

24. Arbeiterkonferenz: Botschaft für den Frieden

Während einer Friedenskreuzfahrt auf der Ostsee mit 300 Gewerkschaftern aus den sieben Ostseeländern sowie Norwegen und Island wurde jeweils dem Oberbürgermeister der angelaufenen Städte eine gleichlautende „Friedensbotschaft des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands“ überreicht. Es handelt sich um die Städte Tallinn, Rostock, Kiel, Oslo, Göteborg, Kopenhagen und Helsinki. Die Friedenskreuzfahrt vom 21. bis 31. Mai war Auftakt der 24. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, die am 1. und 2. Juni in Tallinn/UdSSR stattfand. Hier Auszüge aus dieser Botschaft:

Von der Kreuzfahrt für den Frieden im Ostseeraum wenden wir uns an die Arbeiter, Gewerkschafter und alle Werktätigen, an alle, die den Frieden lieben.

Wir wollen gesicherten Frieden auf Erden: Er muß für immer zur normalen Form des Zusammenlebens der Menschen und Völker werden. Wir wollen, daß das Recht des Menschen auf Leben – unser wertvollstes Gut – für immer gesichert ist.

Frieden und Leben sind heute auf das ärgste gefährdet – das atomare Inferno droht. Wir wollen nicht, daß unser Kontinent mit seinem großen Reichtum an Geschichte, Kultur und Zivilisation in Schutt und Asche zerfällt – wir wollen kein Euroshima!

Deshalb Schluß mit dem Wahnsinn des Wettrüstens! Weg mit den Brüsseler NATO-Beschlüssen – keine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa! Schluß mit der Abwälzung der Krisen- und Rüstungslasten auf die Werktätigen!

Deshalb findet unsere 24. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands am 1. und 2. Juni 1983 in Tallinn, UdSSR, unter der Losung statt: Die Verantwortung der Gewerkschaften im Kampf gegen den Rüstungswahnsinn und gegen ein atomares Inferno – für Frieden, Entspannung, Abrüstung und soziale Sicherheit.

Wir begrüßen und unterstützen alle Vorschläge, die dem Frieden und der Abrüstung dienen und geeignet sind, Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern zu schaffen.

Wir treten ein für den Abschluß eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Warschauer-Vertrages und des Nordatlantikkpaktes: Wir erblicken in der Prager Deklaration der Warschauer-Vertrags-Staaten ein realistisches Initiativprogramm für den Frieden.

Wir setzen uns ein für die Vorschläge Finnlands zur Schaffung einer kernwaf-

nenfreien Zone in Nordeuropa. Wir unterstützen die von der schwedischen Regierung der Öffentlichkeit unterbreiteten Überlegungen, die darauf abzielen, eine von nuklearen Gefechtsfeld-

Auch in Österreich: Forderung nach der 35-Stunden-Woche

Nach einem geflügelten Wort des scheidenden Bundeskanzlers Kreisky gingen „die Uhren in Österreich anders“. Und dennoch: Auch in diesem Land wird die Arbeitslosigkeit zum Problem. Lag die Arbeitslosenrate 1982 noch bei 3,7 Prozent, so wird sie für dieses Jahr zwischen 4 und 5 Prozent prognostiziert.

Daher wundert es nicht, wenn die internationale Arbeitszeitverkürzungsdiskussion auch um Österreich keinen Bogen macht. Vor wenigen Monaten hat sich ein überparteiliches Gewerkschafterkomitee konstituiert, das eine bundesweite Unterschriftensammlung für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchführt. Diese Aktion ist breit angelegt; unter den 327 Erstunterzeichnern sind sowohl parteiungebundene Kolleginnen und Kollegen als auch Angehörige aller politischen Fraktionen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). Bis Ende April wurden bereits über 13 000 Unterschriften gesammelt. Sie sollen im Oktober dem X. Bundeskongress des ÖGB übergeben werden, der – nach Aussage des Vorsitzenden der Privatangestelltengewerkschaft und bisherigen Sozialministers Alfred Dallinger – die Weichenstellung für eine Arbeitszeitverkürzung vornehmen soll.

Die Situation innerhalb des ÖGB ist kompliziert. Auf der einen Seite treten Spitzengewerkschafter wie Dallinger, aber auch ganze Gewerkschaften, etwa die Gewerkschaft Druck und Papier oder die Landesexekutive des ÖGB von

waffen freie Zone in Europa beiderseits der Trennlinie zwischen dem Warschauer-Vertrag und der NATO zu schaffen.

Wir wollen nicht, daß der gesamte Reichtum und die gewaltigen materiellen und geistigen Ressourcen, über die die Menschheit heute verfügt, in einem mörderischen Wettrüsten sinnlos vergeudet und unersättlichem Profitstreben geopfert werden.

Wir Arbeiter und Gewerkschafter wissen: Nur dann, wenn gesicherter Frieden Realität des Lebens ist, können neue Wege zu sozialer Sicherheit, Glück und Wohlstand der Familien und Völker erschlossen werden. ...

Die Ostsee muß für immer ein Meer des Friedens sein!

Mai 1983

Ständiges Komitee der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands.

Oberösterreich, deutlich für die rasche Einführung der 35-Stunden-Woche ein, wobei der volle Lohnausgleich in unterschiedlich starker Akzentuierung gefordert wird. Auf der anderen Seite aber sind viele führende ÖGB-Funktionäre gegen die 35-Stunden-Woche, zumindest aber gegen den vollen Lohnausgleich.

Die Funktionäre Wille und Sekanina von der Metallarbeitergewerkschaft, aber auch der Präsident der Wiener Arbeitskammer, Czettel, haben ihre eigenen Vorstellungen von der Arbeitszeitverkürzung: Die 35-Stunden-Woche solle bloß branchenweise eingeführt werden oder gar nur für einzelne Berufsgruppen. Und vollen Lohnausgleich solle es auch nicht geben. Statt dessen meint man, ein Drittel der Kosten soll ähnlich wie bei der Kurzarbeit der Staat übernehmen, ein Drittel der Unternehmer, das letzte Drittel sollen die Betroffenen selbst tragen. Diese Form der Arbeitszeitverkürzung würde also einen Lohnverzicht um ein Drittel der ausgefallenen Stunden bedeuten.

ÖGB-Präsident Anton Benya ist ebenfalls kein Freund der Arbeitszeitverkürzung, von der er „nicht viel hält“. Der scheidende Bundeskanzler Kreisky stellte der 35-Stunden-Woche wiederum die Senkung des Pensionsalters gegenüber. Natürlich ist auch die Senkung des Pensionsalters wichtig, gerade in Berufen mit Schicht- und Schwerarbeit. Aber diese Forderung darf nicht von der nach Einführung der 35-Stunden-Woche ablenken. Tom Schmid, Wien

Alternativen zur Verkehrspolitik

Ernst Haar, Siegfried Merten, Fritz Prechtl (Hrsg.): Vorfahrt für Arbeitnehmer. Alternativen zur Verkehrspolitik, Bund-Verlag, Köln 1983, 264 Seiten, 16 DM.

„Mit der hier vorgelegten Veröffentlichung gehen die Gewerkschaften im Verkehrsbereich einen weiteren Schritt auf dem Weg einer gemeinsamen Verkehrspolitik. Dadurch soll auch ein überholtes Konkurrenzdenken bei den Arbeitnehmern überwunden werden.“ Was die herausgebenden Gewerkschaftsfunktionäre der GdED, ihrer österreichischen Brudergewerkschaft und der ÖTV in ihrem gemeinsamen Vorwort hier für die „Arbeitnehmer“ beschreiben, gilt leider allzuoft auch für die Gewerkschaften selbst. Um so erfreulicher diese Publikation, in der Ansätze für eine an den Interessen aller Beschäftigten orientierte Verkehrspolitik entwickelt werden, die sich nicht vordergründig an vermeintlich gegensätzlichen Arbeitsplatzsicherungsbedürfnissen ausrichtet. Würden in dem Bereich mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen, den längsten Arbeitszeiten, im Straßengüterfernverkehr, auch nur die notwendigsten sozialen Verbesserungen erzielt, bräuhete niemand um seinen Arbeitsplatz zu fürchten.

Den Bedingungen im privaten Güterverkehr wird demzufolge im Buch breiter Raum gegeben.

Karl Adamek: Lieder der Arbeiterbewegung, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt 1981, 336 Seiten, 13,90 DM, Begleikkassetten 33,— DM.

Die Bundesjugendkonferenzen der IGM und der DPG sowie der Landesbezirks-

tag der IG Drupa Hessen haben in Anträgen ihre leitenden Gremien aufgefordert, dafür zu sorgen, daß dieses Buch wieder in das Programm der Büchergilde Gutenberg aufgenommen wird. Nach drei verkauften Auflagen war es im Programm des II. Quartals nicht mehr aufgetaucht. In der Beschlußbeurteilung der DPG-Jugend heißt es: „Das ‚Liederbuch der Arbeiterbewegung‘ hat sich als hervorragende Arbeitsunterlage zur Durchführung von Aktivitäten im Rahmen der gewerkschaftlichen Kulturarbeit erwiesen. Durch seinen umfangreichen Inhalt und die kommentierenden Texte ist es im Zusammenhang mit den Begleikkassetten zu einer unentbehrlichen Arbeitshilfe für die Kulturarbeit geworden.“

Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Wolfgang Abendroth im Gespräch. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1982, 136 Seiten, 14,80 DM.

Wolfgang Abendroth entwickelt im Gespräch mit fünf seiner Schüler aus dem wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich Vorstellungen zur Perspektive der Friedensbewegung, insbesondere dem notwendigen Zusammengehen von Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Aus seinen geschichtlichen Erfahrungen heraus werden u. a. Problemfelder wie Gewerkschaften, SPD und Kommunisten und ihr jeweiliges Verhältnis zur Friedensbewegung eingeschätzt und in ihrer Perspektive bewertet. Kein Gewerkschafter sollte sich diese wichtige Lektüre entgehen lassen, die ihn mit vielen neuen und interessanten Ideen konfrontiert. B. K.

VERLAGSINTERNES

Ein großes Friedensfest war das diesjährige Festival der Jugend zu Pfingsten in Dortmund, veranstaltet von SDAJ und MSB Spartakus. Mehr als 200 000 Besucher, darunter nicht nur Jugendliche, erlebten und beteiligten sich an zwei Tagen an einem derart umfangreichen Programm mit Kultur, Politik, Sport und Frohsinn, das, hätte man alles mitbekommen wollen, einen mehr als 1000 Stunden in Anspruch genommen hätte. NACHRICHTEN waren auch diesmal mit einem eigenen Stand dabei. Zeitschrift wie Bücher unseres Verlages stießen auf lebhaftes Interesse. Eine ganze Reihe neuer Abonnenten können wir jetzt unserem Leserstamm hinzufügen. Reißenden Absatz fand unser gerade ausgeliefertes Buch „Wir wollen alles!“ zur Frauenbewegung, das auf dem Fest schon bald vergriffen war. Mittlerweile ist es ausgeliefert an Buchhandlungen und Vorbesteller, bei denen wir uns für die lange Lieferfrist entschuldigen müssen.

Höhepunkt des Festivals war die Friedensnacht in dem großen Rund der Westfalenhalle, in der prominente und engagierte Künstler unentgeltlich oder mit halber Gage zusammen mit mehreren Zehntausenden ihren unüberhörbaren Friedenswillen zum Ausdruck brachten. Wer dies miterlebte, der weiß, daß es der neuen Regierung nicht einfach von der Hand gehen wird, die beabsichtigte Wende „in diesem, unserem Land“ mit Raketenstationierung und umfassendem Sozialabbau durchzusetzen.

Daß „die Wende“ nicht im Handstreich zu machen ist, mußten auch die Verlagsmanager des Gruner-&-Jahr-Konzerns feststellen. Ihr Coup, nach dem Debakel mit den „Hitler-Tagebüchern“ den Kurs des „sterns“ mit rechtsstehenden Verlags- und Redaktionschefs umzukrempeln, ist zumindest teilweise am Widerstand der Redaktion gescheitert.

Wie viele andere, solidarisierten sich auch die Redakteure und Mitarbeiter unseres Verlages mit den „stern“-Beschäftigten. An und für sich eine Selbstverständlichkeit für einen nicht nur zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisierten Betrieb, dessen Mitarbeiter darüber hinaus auch in der Gewerkschaft aktiv sind. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß nun auch die nachrichtenreihe 24 „Heinz Seeger – Leben, Reden, Aufsätze“ erschienen ist, die neben einer biographischen Skizze des ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz und NACHRICHTEN-Gründers eine Auswahl seines publizistischen und gewerkschaftspolitischen Engagements dokumentiert, die auch heute nicht an Brisanz verloren hat.

jaco

Bestellschein

6/83

Hiermit bestelle ich
_____ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich
einschließlich Porto.

Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ. Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

Terminkalender

- **23. bis 30. Juni**
13. Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Oslo
- **1. September**
Veranstaltungen des DGB zum Antikriegstag
- **9. September**
15. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Oberhausen
- **17. September**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Gelsenkirchen
- **25. bis 30. September**
13. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Hamburg (CCH)
- **1. bis 2. Oktober**
20. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Münster
- **9. bis 15. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München (Bayernhalle)
- **16. bis 22. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg
- **19. bis 21. Oktober**
5. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **22. Oktober**
Demonstration und Großkundgebungen gegen den NATO-Raketenbeschluß in Bonn sowie jeweils eine Kundgebung in Nord- und Süddeutschland
- **23. bis 29. Oktober**
14. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover
- **30. Oktober bis 3. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim
- **9. bis 11. November**
Bildungspolitische Konferenz des DGB in Freiburg (geplant)
- **16. bis 18. November**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Köln
- **23. bis 24. November**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Wiesbaden

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 NI 83.006 0039
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHP-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Postler-Menü

Und hier nun unser Speiseplan für alle Postler, die es satt haben. Als Vorspeise empfehlen wir einen BPM-Kabelsalat. Den gibt der neue Minister seiner Familie. Ja dieser Schwarzkopfsalat bringt Sonnenschein in die Medienlandschaft. Bis zu dreißig unternehmergeistvolle Menüprogramme können Sie künftig – ganz privat – mit Ihrem Kabelnetz einkaufen, solange, bis Sie den Kanal endgültig voll haben. Unser Tafelessig: Matscheibenkleister total, der macht den Kohl nicht fett.

Nachdem Sie diese Deutsche-Bundes-Kost geschluckt haben, kommen wir nun zum Hauptgericht: ein rationalisierungsangarischer Gulasch in der Technologiegiftküche zubereitet. Das Besondere an diesem Au-Tomatengericht: Die überflüssige Arbeitskraftbrühe wird – nach dem Rezept der Verwaltungsköche – einfach weggeschüttet. Übrigens: Das Fleisch für das abgebrühte Ratio-Gulasch kommt von gutgenährten Rindviechern – direkt aus Bonn.

Auf Ihre trübe Brühe brauchen Sie trotzdem nicht zu verzichten: Nehmen Sie einfach unsere verkleckerte Dienstleistungstachkraftbrühe, garniert mit Kompromies-Muscheln. Unsere Tafelweinempfehlung: Briefabgangsgrusëkabinnett – natürlich mit Dienstgütesiegel. Dieser Wein ist vom Nachtdienst verwöhnt und auf dem Überstundenberg gereift, eine Spätlese, die man rund um die Uhr genießen kann. 200 000 Postler können nicht irren.

Auch die Beilagen schlagen auf den Magen. Probieren Sie unsere Breitbandnudeln, extra glasfaserig. Auch unser BIGFON-dü (Bildtelefon) ist nicht zu verachten, oder wäre Ihnen ein Koaxialkabel-jau zunächst einmal lieber? Sie können sich aber auch für eine randösische Spezialität entscheiden: Bildschirmaladus à la Ergonomieserabel. Dazu empfehlen wir Ihnen unsere Frauenarbeitsplätzchen: Ein Genuß für jede Teilzeit mit Hitze-, Staub- und Zugluftgeschmack. Bei Bedarf auch abrutkräftig zubereitet.

(Aus dem Kulturprogramm der Postgewerkschaft auf der 14. Bundesjugendkonferenz, Mitte Mai in Osnabrück)

NACHRICHTEN

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böppe, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 3. Juni 1983

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main